

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einzelnste Anzeigenzeile 70 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 12. Juni 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Der Sicherheitsvorschlag. Inhalt des deutschen Memorandums.

Ueber den Inhalt des deutschen Memorandums vom 9. Februar wird jetzt offiziös mitgeteilt: Das Memorandum bildet nur einen weiteren Schritt...

Weiter ist die Möglichkeit eines Schiedsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich vorgesehen, den bereits die Note des Kabinetts Cuno vom 2. Mai 1923 angeregt hatte...

Die Reichsregierung hat in ihrem Memorandum auch die Möglichkeit anderer Lösungen ins Auge gefaßt. Sie hat schließlich die Möglichkeit einer späteren, alle Staaten umfassenden Konvention offen gelassen...

Vor der französischen Antwort. Briand wieder in Paris.

Paris, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Außenminister Briand, der am Donnerstag nachmittag im Auto von Genf zurückgekehrt ist...

Deutschland hat jetzt das Wort.

London, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der 'Manchester Guardian' stellt fest, daß die diplomatische Initiative in der Sicherheitsfrage nunmehr wieder Berlin zufalle...

Einstimmigkeit gegen den Gastkrieg.

Im Plenum der Genfer Waffenhandelskonferenz wurde das Protokoll über das Verbot des Giftgaskrieges und des bakteriologischen Krieges einstimmig angenommen...

Licht im Fall Höfle.

Schlafmittelverschwendung im Untersuchungs-lazarett. Die gestrige Sitzung des Höfle-Untersuchungsausschusses brachte endlich über einen Punkt, in dem der Ausschuss bisher im Dunklen geblieben hatte...

Sie wurden in solchen Quanten angeschafft und ausgegeben, daß man, wie Genosse Dr. Wepl bemerkte, ein ganzes Armeekorps damit hätte einschläpfen können.

Es stellte sich heraus, daß die Eintragungen über Arzneimittel im Krankenblatt vollkommen unvollständig, im Meldebuch mindestens sehr lüdenhaft sind.

Der Vernehmung der Pfleger ging die des Ministerialdirektors Dr. Kauff voran. Er bestätigte, daß er selber als Untersuchungsgefangener sich Schlafmittel nach Belieben habe aufspeichern können.

Gegen das Versprechen der Staatsanwaltschaft wurde er, ein schwer herz- und malarialkranker Mann, in das Untersuchungsgefängnis gebracht, wo man ihn sechs Tage lang ohne ärztliche Behandlung ließ!

Die Staatsanwaltschaft eröffnete ihm, daß er wegen aktiver Beamtenbestechung angeklagt sei. Heute, nach fast einem halben Jahre, ist Kauff noch nicht einmal der Name desjenigen Beamten mitgeteilt worden, den er angeblich bestochen haben soll!

Genosse Kuttner erinnerte an eine Notiz der Heppresse, wonach Kauff 'ein großer Weinsäufer und Weinkenner' in total betrunkenem Zustand bei seiner Verhaftung aufgefunden sein sollte.

Kauff erklärte unter seinem Eide, daß er weder an diesem noch an den vorangehenden Tagen einen Tropfen Alkohol zuzufolge genommen habe!

Am Schluß der Sitzung wurde Oberjustizrat Dr. Lemke vom Strafvolksgesamt vernommen. Er sagte aus, daß bei der Revision des Untersuchungs-lazarett's Medizinalrat Dr. Seyfert über den Zustand der Apotheke die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen habe.

Seit freilich, nach dem Fall Höfle, ist vieles gebessert worden. Im großen ganzen kann man nach den gestrigen Vernehmungen den Fall Höfle als geklärt ansehen.

Zucker und Salz. Drohende Verteuerung und neue Steuern.

Durch die Steuervorlagen der Reichsregierung, die dem Reichstag bereits vorliegen, sollen alle Besitzsteuern ermäßigt werden. Die Lohnsteuer aber ist nur ganz unwesentlich gesenkt worden.

Bei allen bisherigen Besprechungen über die Steuervorlagen hat die Reichsregierung behauptet, daß weitere Erhöhungen von Verbrauchssteuern nicht beabsichtigt seien.

Vor allem bei der Zuckersteuer. Sie ist im Oktober 1923 auf 35 Proz. des Herstellerpreises für Verbrauchs-zucker festgesetzt worden.

Anders wurde es im Jahre 1924. Wie bei allen Warenpreisen, die am Ende der Inflation gewaltig überhöht waren, trat auch beim Zuckerpreis eine erhebliche Senkung ein.

Wir möchten das Geschrei der Großagrarien und Großindustriellen hören, wenn bei einer von ihnen zu errichtenden Steuer eine so flagrante Rechtsverletzung festzustellen wäre.

Die Reichsregierung kann sich auch nicht damit entschuldigen, daß die Zuckersteuer zu den an die Reparationskommission verpfändeten Einnahmen gehöre.

Der neue Entwurf der Reichsregierung sieht nun vor, daß der bisherige gesetzlose Zustand verewigt wird.

Im Anschlag gegen die Volksernährung und Volksgesundheit.

Ebenso verderblich sind die Pläne der Reichsregierung bezüglich der Salzsteuer. Auch hier wird entgegen der Wahrheit behauptet, daß es sich um keine Heraushebung der Steuer handle. In Wirklichkeit ist das Salz gegenwärtig mit 45 Proz. des Großhandelspreises belastet, und zwar sowohl das Speisesalz als auch das zu gewerblichen Zwecken dienende Salz und soll künftig fast das Sechsfache, nämlich 240 Proz. tragen. Die Reichsregierung schlägt vor, das Gewerbe- und das Salz zu landwirtschaftlichen Zwecken steuerfrei zu machen. Dafür aber soll die Steuerlast auf das Speisesalz um den Betrag erhöht werden, der durch die Steuerfreiheit auf Gewerbe- und Salz ausfällt. Da die jährlich verwendete Salzmenge sich etwa zu zwei Teilen aus Gewerbe- und zu einem Teil aus Speisesalz zusammensetzt, bedeutet das eine Heraushebung der Steuer von 0,74 Mk. für einen Doppelzentner auf 2,22 Mk. Die Regierung will noch darüber hinausgehen und hält 3 Mk. pro Doppelzentner für gerechtfertigt. Das entspricht der ungeheuerlichen Belastung von 240 Proz. des Großhandelspreises.

Sind diese Pläne an und für sich geeignet, den schärfsten Widerstand der minderbemittelten Bevölkerung hervorzurufen, so muß dieser Widerstand naturgemäß noch steigen, da die Besitztümer alle abgebaut werden und dadurch die Erhöhung der Verbrauchssteuern abgeleitet wird. Bei Zucker und Salz handelt es sich um Nahrungsmittel, auf deren Genuß niemand verzichten kann, und deren Einschränkung, z. B. bei Zucker, mit schädlichen Folgen auch für die Allgemeinheit verbunden ist. Nach der Wiederherstellung stabiler Währungsverhältnisse ist die Möglichkeit gegeben, den Steuerbedarf Deutschlands in der Hauptsache aus direkten und Besitzsteuern aufzubringen. Die Massenbelastung von unbedingt notwendigen Nahrungsmitteln ist jetzt nicht mehr zu rechtfertigen und statt der Erhöhung der Zucker- und Salzsteuer muß ihre Beseitigung erfolgen. Dieses Ziel zu erreichen, wird die Sozialdemokratie alle Kräfte anspannen.

Schwarz-Weiß-Rot?

Schaumslägererei — keine ersten Absichten.

Reichsinnenminister Schiele hat im Haushaltsauschuß des Reichstags dazu aufgefordert, den Kampf um die Flaggen- und Verfassungsfrage aufzunehmen. Diese Aufforderung hat naturgemäß bei den republikanischen Parteien eine starke Entrüstung hervorgerufen und der deutsch-nationale Abg. Schlang-Schöningen sah sich veranlaßt, zu beteuern, den Deutschnationalen sei es mit dem Verfassungsummel nicht ernst gemeint. Herr Schlang hat derartige Versicherungen zweimal abgegeben. In der deutsch-nationalen Presse findet man davon allerdings kein Wort. Sie macht die Begleitmusik zu dem vom Innenminister Schiele befohlenen Verfassungsummel. Sehr erklärlich. Die Außenpolitik ist seit dem Eintritt der Deutschnationalen in das Reichskabinet um keinen Schritt der von den Deutschnationalen während der Opposition versprochenen und verlangten Richtung nähergebracht worden. Die Entwaffnungsnote und die Entwicklung des Garantiepaktproblems bringen die Deutschnationalen in eine Lage, die ihr heuchlerisches Spiel mit den nationalistischen Instinkten restlos enthüllen muß. Eine Entlastungs-offensive, ein neuer Trieb, um die Offenheit zu narzotisieren, ist notwendig. Flaggenstreit und Verfassungsummel sollen diesen Zweck erfüllen. Daher das deutsch-nationale Kaufaufstreifen in Presse und Parlament.

Hinter den Kulissen befiehlt man indes heute schon: Kurz treten. Vor uns liegt ein nicht für die Öffentlichkeit bestimmter Bericht über den letzten Vertretertag der Vaterländischen Verbände, auf dem der bekannte Politiker Graf von der Goltz ausführte, nach der Wahl Hindenburgs und dem Eintritt „nationaler“ Männer in die Regierung, müsse man mit der nationalen Opposition abbauen: „Gewiß verbindet sich mit dem Witzregieren die Furcht vor der Verflachung des nationalen Gedankens. Aber wir haben nun

einmal den Parlamentarismus, und die 51proz. nationale Mehrheit in Parlament dürfte in absehbarer Zeit unerreichbar sein.“

Aus diesen Worten spricht deutlich die Resignation. Kein Wort mehr vom Kampf gegen Parlamentarismus und Demokratie, kein Wort der Aufmunterung zum Kampf für die Monarchie. Man ist in der Regierung, man hat seinen „nationalen“ Reichspräsidenten. Da werden antiparlamentarischer Kräfte und monarchistische Phrasen sein säuberlich in die Schublade gelegt. Sie haben ihre Schuldigkeit getan und sind vorläufig nicht mehr notwendig.

Aber wie will man den Flaggenstreit, wie die Verfassungskampagne austragen, wenn man die Ueberzeugung hat, daß die 51proz. nationale Mehrheit im Parlament in absehbarer Zeit unerreichbar ist? Schaumslägererei, nichts als Schaumslägererei, wie auch Antiparlamentarismus, monarchistische Begeisterung und nationale Opposition nur für den Dummengang berechnet waren. Auch darüber gab die Tagung volle Klarheit. Der ehemalige Polizeipräsident v. Glasenapp war so naiv, unter Hinweis auf die Aufkündigung des Reichsinnenministers Schiele für die Wiedereinführung der schwarzweißen Farben einzutreten. Die Antwort? Der Bericht meidet lakonisch:

Herr Dr. Everling führt aus, weshalb es nicht in näherem Sinn liegt, jetzt den Antrag auf Aenderung der Farben zu stellen.

Der deutsch-nationale Reichsinnenminister Schiele fordert öffentlich dazu auf, einen Verfassungsausschuß zu bilden und den Flaggenstreit zu beginnen. Zur Rede gestellt, antwortet er, er folge lediglich einer Anregung aus den Reihen seiner Partei. Der Gottseidank-Everling aber erklärt, daß es nicht in „unserem“, also im „nationalen“ Sinne liegt, den Antrag auf Aenderung der Farben zu stellen! Ein seltsamer Gegensatz zwischen dem deutsch-nationalen Minister und seiner Partei.

Aber leider verständlich. Dem deutsch-nationalen Minister wird angst und bange, wenn er daran denkt, daß die „nationalen“ Männer im Reichskabinet die Durchführung der Abrüstungsnote, die Dawes-Erfüllung und den Sicherheitspakt auf ihre Schultern laden sollen. Er fürchtet die Opposition innerhalb der eigenen Partei und wünscht deshalb eine Entlastungs-offensive. Aber wie diese Entlastungs-offensive durchführen, wenn man von vornherein sicher ist, daß eine 51proz. „nationale“ Mehrheit außerhalb des Reichs der Möglichkeiten liegt? Und so setzt der junge Herr Dr. Everling seinem Parteiminister ein entschiedenes Nein entgegen, während die deutsch-nationale Reichstagsfraktion eine unüberlegte Verlegenheitskampagne vom Stapel läßt, deren einziger Erfolg es ist, Verwirrung und Beunruhigung zu stiften. Peinlich für einen Reichsminister. Um so peinlicher, als er gern mit dem Mäntelchen der Fraktionisten alten Stils prunken möchte. Er wird auf diese Weise von seiner eigenen Partei entlarvt.

Schwarz-Weiß-Rot? — Schaumslägererei!

Der Angeklagte als Ankläger.

Was bleibt noch von der Barmat-Hege übrig?

Wie veröffentlichten an anderer Stelle die Fortsetzung des Berichts über die gestrige Vernehmung von Julius Barmat in seiner Wohnung durch den Vorsitzenden des Preussischen Untersuchungsausschusses, Dr. Leidig, in Gegenwart von Vertretern der Behörden und der Seehandlung.

Vor drei Monaten hätte dieser Bericht geradezu sensationell gewirkt. Denn damals feierte die Barmat-Hege wahre Orgien und es gab keine so niedrige Verleumdung, sowohl gegen die unmittelbaren Opfer dieser Aktion wie auch vor allem gegen die politischen Persönlichkeiten, denen diese Hege von Anfang an galt, die nicht geäußert wurde. Inzwischen hat allerdings — nicht zuletzt im Zusammenhang

mit den Enthüllungen über den Fall Höfle — ein fühlbarer Umschwung in der öffentlichen Meinung eingeleitet, und viele Menschen, die zunächst gemeint hatten, es handle sich um einen aufgedeckten Korruptionsfall, haben unterdessen erkannt, daß es sich hauptsächlich, wenn nicht gar ausschließlich um einen Justizskandal handelt. Deshalb wirken die Enthüllungen und Anklagen, die Barmat zum großen Teil an der Hand von Originaldokumenten bei seiner gestrigen Vernehmung gemacht hat, nicht mehr so aufsehenerregend, wie das noch in der Zeit von Januar bis März der Fall gewesen wäre.

Aus den vorgelegten Urkunden geht einerseits hervor, daß verschiedene Zeugen, die es für gut und klug befunden hatten, vor den Ausschüssen unter Eid Barmat zu belasten, glatt und dreist gelogen haben. Es ergibt sich ferner daraus, daß das bekannte Kondensmilchgeschäft, mit dem sogar im Präsidentschaftswahlkampf der Reichsblock in seinen „hundsgemeinen Flugblättern“ operierte, von seiner Seite völlig in Ordnung war, daß aber die „Fachleute“ der Reichsstellen sich als absolut unfähig erwiesen.

Aber das ist nicht einmal das wichtigste Ergebnis der gestrigen Vernehmung, sondern entscheidend waren die Darlegungen Barmats über seine geschäftlichen Beziehungen zur Staatsbank. Hier müssen wir auf den Bericht verweisen. Selbst nach den nicht wesentlichen Differenzen zwischen seinem Standpunkt und den Aeußerungen der Staatsbankdirektoren ergab sich einwandfrei, daß von einem Kreditbetrug an der Staatsbank niemals die Rede sein konnte.

Barmat hat sich gestern als ein Opfer der anti-jeminitischen und politischen Hege bezeichnet. Wenn man das wenige liest, was er über das Auftreten des berühmten Herrn Kuhmann mitgeteilt hat, wenn man ferner erfährt, daß seine Kredite bei der Staatsbank gar nicht gekündigt, sondern zumindest stillschweigend prolongiert wären, wenn man schließlich hört, wie nach der Verhaftung die wertvollsten Objekte des Konzerns geradezu verschleudert wurden, dann kommt man in der Tat zu dem Ergebnis, daß die Barmat-Affäre ein politischer Justizskandal ersten Ranges ist.

Ein feudales Schieberpanama.

Das Ergebnis der Eydorf-Carlowitz-Untersuchung.

Der Untersuchungsausschuß des Landtages, der zur Prüfung der Kreditgeschäfte der Landespfandbriefanstalt mit dem bekannten Adelskonjunktum und seinen arischen bzw. nicht-arischen Spiegelfellen eingeholt worden war, hat seine Arbeiten abgeschlossen. Der Schlussbericht liegt noch nicht vor, und dennoch glaubt die Rechtsprelle verstanden zu können, daß von irgendeinem feudalen Schieberstandal keine Rede sein kann. Das eine muß man den „Reinigern des öffentlichen Lebens“ lassen: Sie verstehen den Betrug genau so gut wie das politische Geschäft. Monatlang wurde von ihnen eine systematische Barmat-Hege betrieben, während ihre Anhänger aus den eigenen Zeitungen über das Treiben des arischen Schwindler-Konjunktums kaum ein Wort erfuhren. Welch Wunder, wenn man den gleichen Anhängern heute erzählt, daß die Schieberbetätigung der Herren v. Eydorf, v. Carlowitz und v. Karstelt kaum der Rede wert ist?

Aber so einfach ist die Geschichte nun doch nicht. In Wirklichkeit sind die Enthüllungen und Feststellungen über die adligen Schieber außerordentlich umfangreich und bezeichnend. Die Bilanz des Untersuchungsausschusses, die in Kürze zu erwarten ist, dürfte das beweisen, und damit wird sich zeigen, in welcher unerwarteten Art die „Reiniger des öffentlichen Lebens“ arbeiten. So liegt uns fern, dem Urteil des Untersuchungsausschusses auch nur irgendeine Vorzugreifen. Aber heute schon läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß für die Parteien in den Rechtsparteien folgende hinführende klamafache Tatsachen feststehen: Das adlige Schieber-Konjunktum hat öffentliche Gelder, die der allgemeinen Wohlfahrt dienen sollen, für seine privaten Zwecke verwendet. Die Gelder wurden von ihm zum Teil zur Finanzierung von Spekulationsgeschäften und zu einem recht flotten Leben benutzt — Autos und schöne Freundinnen kosten Geld — oder, um

Der „unbekannte Soldat“ im Rhein.

Früh v. Unruh's „Heinrich aus Andernach“.

(Uraufführung im Kölner Schauspielhaus.)

Und die Stadt verjagt die Dichter nicht. ... Eines Tages ging in diesem Frühjahr eine Aufforderung der Stadtdirektion Köln an den Dichter Früh v. Unruh ab, er möge ein Festspiel zur Jahrtausendfeier der Rheinlande schreiben. Gab es nicht zwölf Jahre zuvor in Breslau ein Beispiel? Damals ließ Oberbürgermeister zur Jahrtausendfeier der Erhebung gegen Napoleon in seinem „Festspiel“ die erlauchtesten Kriegshelden als Marionetten antanzen, so daß sich der hulanen-Kronprinz ergötzt auf seinem Sporenstiefelablag und drehte und ein Signal zum Bockst blauen ließ. Was aber war dann erst von diesem Früh v. Unruh zu gewärtigen? Die dem Republikanismus und Pazifismus, der gegen die heilige Tradition anstürmte und sich zwischen Deutschland und Frankreich auf die vom Veröhnungsglauben getragenen „Flügel der Risse“ geschwungen hatte?

Das heilige Köln hat den verdienten Lohn für seine erstaunliche Kühnheit erhalten. Früh v. Unruh schrieb ihm in der Woche zwischen Palmsonntag und Ostern „Heinrich aus Andernach“, ein Schauspiel zur Jahrtausendfeier der Rheinlande, und im Kölner Schauspielhaus wurde es dieser Tage zum ersten Male aufgeführt. Dies alte Hebe Haus hat eine solch himmelstürmende Ueberrückung wohl nie erlebt — selbst wenn man eine Unruhische Explosion von vornherein in Rechnung stellte. Hier, wo man den Rhein meist in mondcheinumflößener Verklärung mit „grünem Gemelle“ sah, wie der frühere Oberbürgermeister Eggelsen Wallraf einstmals vor Wilhelm's Antlitz so poetisch sagte — hier begab es sich, daß der Rhein von einem Dichter zum Strom aller Herzströme in den großen Menschheitsentscheidungen erhoben wurde. Die Jahrtausendfeier der Bratenröcke mit dem Ordensbändchen im Anopsloch verlor im molentosen Schein. Ueber dem Rhein steigen stahlhart, ohne Barockaborte und Kaffhäusermäntel, das Leid und die Sehnsucht der zertrissenen Zeitwände auf:

Spinnt Verträge, die unhaltbar; reist um im Reiz ihr Wesen zu erkennen, sehen Nachbar — ruhlos Tag und Nacht. Sieht sie Scheinbar auch im Pomp der Krone — hinter ihrer Krönung Fahnenpracht, hinterm Wappstein haucht die Rede. — Ja, ihr Feldmarschall herzherschernder Befehle ist der Tod!

Heinrich, Bürger in Andernach am Rhein, ist der Held dieses Schauspiels, das mit leichtem satirischen Dialog beginnt und mit dem Hymnus endet. Ein französischer Soldat hat ihm mit der Peitsche ein blutiges Mal über das Antlitz gelegt — gerade ihm, der nie einen Hefegelson hören wollte. Nun bäumt er sich auf. Hinter jeder Hege am Rhein vernimmt er den „Schrei der geschändeten Freiheit“. Er will die Peitsche auf dem Rücken seines Volkes abmahnen und vereint sich mit dem Chor der jungen Burken zum Racheruf. Die Frauen unter Führung von Heinrich's Weib Mathilde, die Leben zeugten und nun liebend über Leben entscheiden wollen, verbergen den Franzosen. Einer von den Freunden Hein-

richs, der im Krieg blündergeschossene Karl, ist wissender und darum lehnender als die Kameraden. Heinrich im Schloß träumendes Kind soll entscheiden. Aber noch sind die Steine erhoben zum Wurf gegen den „Feind“, sollen die Feuer brennen zum Signal des Aufzuges von Höhe zu Höhe, von Rheinstadt zu Rheinstadt, fordert Heinrich's Mütter von dem Sohne Stolz und Blut wider Blut.

Da erbraust die Lust. Aus einem Massengrab, das der blinde Karl gewöhnlich, trippeln Soldatenleichen heran, die Ipernregion, süßlich-perfekt. Fünf feldgraue Kriegstrüppel heben den „unbekannten Soldaten“ hoch empor. Die Stunde des Gerichts! Hat Heinrich dereinst im Kriege, in Ramur, nicht selbst gepötte? Er erkennt die Peitsche des einen über dem anderen, von Brüdern über Brüdern, von Völkern über Völkern! Karls tiefe Wahnung bringt die große Wende der Herzen:

Keiner weiß, wo die Schuld begann!

Doch der erste,

der des Fluchs

unendliche Verfristung

stolz zerriß —

und allein,

nur sich zum Fluch bekennend,

wagt zu sagen:

„Ich!“

der hat die Schuld der Welt gelöst —

und das Löwentor des Friedens aufgetan.

Alle ziehen zum Rhein herab, um sich zu reinigen. Den „unbekannten Soldaten“ begraben sie in des Stromes Mitte, damit Hoch und Nache nie wieder ihr „modriges Zwiegespräch“ beginnen können. Die Sirenden, Erwachten bauen sich das neue Reich, das von „innenwendig“ kommt. Nahe beim Strom ist das Lager der dampfenden Arbeit. Und die Männer nehmen die Steine, die sie zum Kampf erhoben hatten, und errichten die erste Siedlung des Friedens am Heiligen Rhein. Peitschen sind zu Reben, Steine zu Leben geworden.

Das ist Unruh's Schauspiel. Gefammet und geschmeißt seine Sprache, wirksam sein Spott über die Zwiebracht, flammend sein Bekenntnis gegen die Lüge von Arica, der die Welt mit blutgetränkten Leidenschauern bedeckt. Was Unruh selbst erlebt, das hat er herausgeköpft in dieser Dichtung. Wirksam wird die ewige Lehre im Ergebnis unserer jüngsten Zeit, sonst die gefährlichste Klippe für den Dramatiker. Nach diesem Schauspiel gibt es nun kein „Festspiel“ mehr zur Jahrtausendfeier. Wir könnten von Glück sagen: Colonia pacem! Du hast es gewollt!

Ein in Köln nie dagewesener Beifallssturm, angefaßt durch Me glänzend bewegte Aufführung unter Gustav Hartung's Regie mit Karl Ebert vom Berliner Staatstheater als Gast, folgte dem letzten Bekenntnis zum „Heiligen Rhein“. Unruh verneigte sich mehr als zwanzigmal. Einmal verflangen ein paar Biiffe. Nun wird sich der Dichter, der Verkörper so vielen Seelenliebens, vor dem blonden Kind am Rhein zu verantworten haben.

G. Beyer.

Unruh's „Heinrich aus Andernach“ ist soeben im Druck in der Frankfurter Societäts-Druckerei erschienen.

Eine modereindliche Regierung. Trotz der Sorgen, die der bulgarischen Regierung aus der kommunistischen Bewegung erwachsen, scheint sie noch Zeit zu haben, sich mit den Nichtigkeiten der Frauenmode zu befassen. In Bulgarien herrscht selbstverständlich wie überall in der Welt der Modewitz. Seine Lage ist aber gequält, da die Regierung entschlossen ist, mit allen gesetzlichen Mitteln gegen ihn und alle anderen Frauenmoden, die ihr nicht passen, energisch vorzugehen. Zu diesem Zweck haben sich Staat, Kirche, Finanz und Industriewelt zu einem Feldzug verbunden, der unter der Weiblichkeit Bulgariens panischen Schreden erregt. Ein in Vorbereitung befindliches Gesetz enthält nicht nur Vorschriften über die Länge der Frauenhaare, sondern bedroht jede Ausschreitung der Mode, die das Schamgefühl verletzt, mit strenger Strafe. Daneben soll auch auf gesetzgeberischen Wege der Geldvergeudung gesteuert werden, die durch den Modewitz herbeigeführt wird. Die Anregung zu diesem Vorgehen geht vom heiligen Synod der bulgarischen Kirche aus, der sich dabei der Unterstützung der weltlichen Macht zu erfreuen hat. Die Regierung hat bereits vor einiger Zeit angeordnet, daß alle im staatlichen Dienst beschäftigten Frauen eine einheitliche Uniform tragen müssen, die aus einem hochgeschlossenen Kleid aus schwarzem Stoff mit langen Ärmeln besteht und durch kleine, runde Hüden verknüpft wird, die im Sommer von weißer und im Winter von schwarzer Farbe sind.

Der „Florida“-Tanz. Der internationale Kongreß der Tanzlehrer und Tanzlehrerinnen, der zu Pfingsten in Paris tagte, hat den Tanz „Florida“ als den Tanz der Sommersaison proklamiert — denn tanzen muß man doch auch in den Hundstagen. Der Schöpfer des Floridatanzes ist „Professor“ Koroff. Die Pariser Blätter, die über den Tanzkongreß berichten, erzählen Wunder von der Anmut des neuen Tanzes, der langsam und gleitend, zaudernd und wiegend und dabei ein wenig kompliziert ist. Noch zwei anderen Tanzschöpfungen, die auf der Pfingsttagung präsentiert wurde, hat der Kongreß seine Genehmigung erteilt, wenn auch nicht mit solcher Begeisterung wie bei „Florida“.

Ueber die Bedeutung von Tanz und Rhythmus für die Erziehung spricht am 16. 7. Uhr abends in öffentlicher Versammlung des Bundes Antifaschistischer Schullehrer in der Aula des Werner-Siemens-Realschulhauses, Dödenkaufstr. 47/48, Oswald Dabille, dessen Spandauer Schullehrer dazu Vortragshaltungen darboten werden. Nachher sprechen Rektor Kainzfelder und Lehrer Schulke-Orphan über Schwererhörigunterricht, wobei der letztere sein Unterrichtsmodell vorführt. Jedermann eingeladen.

Aktinonität der sowjetrussischen Beamten. Ueber die Kriminalität der sowjetrussischen Staatsbeamten unterrichtet eine Statistik aus dem Gewerkschafts-Vereinigung. In einem Jahre wurden 304 Staatsbeamte wegen Verbrechen verurteilt. Und 3000 wurden wegen Verleumdung von Staatsgebern 252, Gefährdung und Belästigung 118, Verleumdung von Verdächtigen 81, Raub und Verkauf von Staatsvermögen 66, Uebertretung der Nachforschungs-Verordnung solcher Verbrechen 11 und wegen eigenmächtiger Steuererhebung drei Beamte verurteilt. Zwei Staatsbeamte haben eigenmächtig verhaftete Personen erschossen.

Eine kanadische Polizeipatrouille. Nach einer Meldung aus Ottawa wird die kanadische Regierung unter Leitung Madensens eine Polizeipatrouille nach den in der Abtragung lebenden kanadischen Inseln entsenden, um von ihnen, die gefunden werden, Besitz zu ergreifen. Unter Hinterlassung von Mannschaften sollen dort Polizeistationen errichtet werden.

wie das Herr v. Karstedt nebenbei betrieb, alle Schulden zurückzahlen.

Bei den Beamten, die diese Dinge duldeten, handelt es sich um Beamte der alten Schute und um „Fachmänner“, auf die unsere Rechtspartheien sich so fürchterlich viel einbilden. Die Kreditgeber wurden in sachungswidriger Weise hergegeben; in der Sicherung der Beträge und in der Kontrolle für ihre Verwendung wurde höchst fahrlässig gehandelt. Herr Geheimrat Rehring, der u. M. übrigens Mitglied der Deutschen Volkspartei ist, hat einsoch auf die abligen Namen hin und weil die Schieber sich gegenseitig als „wohlhabend“ und „gut“ charakterisierten, die Kredite gegeben. Seiner Aufsichtsbehörde hat er den Sachverhalt verschleierte, statt hergestellt. Dazu kommt das völlige Versagen der Aufsichtsbehörde und besonders des Staatskommissars.

Diese über jedes Maß hinausgehende Protektion, der sich das Schieber-Konfession erfreute, ist mehr als Protektion, ist Korruption. Das kann und muß schon heute festgestellt werden.

Der Betrugsfall bei der Eisenbahn. Zement statt Aufklärung.

Zu unseren Mitteilungen im gestrigen Morgenblatt erläßt die Reichsbahngesellschaft folgende Erwiderung:

Zu der in einer Morgenzeitung behandelten Meldung über Unregelmäßigkeiten bei Bahnhofsumbauten in Neu-Bentzen und in Frankfurt (Oder) liegt nach Angaben von unterrichteter Seite folgender Tatbestand vor:

Im Sommer 1924 gelangten Anzeigen an die Reichsbahnverwaltung wegen Uebertretungen an Unternehmern für Arbeiten, die bei der Ausgestaltung der Bahnanlagen infolge der veränderten Ostgrenze in der Inflationszeit ausgeführt worden sind. Die wegen der bei der Reichsbahngesellschaft bestehenden Dezentralisation zuständigen Reichsbahndirektion Frankfurt (Oder) hat daraufhin sofort eine eingehende Untersuchung in die Wege geleitet. Es wurde festgestellt, daß es sich darum handelte, für einzelne Baupositionen der Inflationszeit eine Aufwertung an Unternehmer zu zahlen. Die Höhe der Aufwertungsbeträge unterliegt noch jetzt der Nachprüfung.

Als Anfang d. J. weitere Anzeigen wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei diesen Bauausführungen einliefen, die bei der Ausgestaltung der Bahnanlagen infolge der veränderten Ostgrenze in der Inflationszeit ausgeführt worden sind. Die wegen der bei der Reichsbahngesellschaft bestehenden Dezentralisation zuständigen Reichsbahndirektion Frankfurt (Oder) hat daraufhin sofort eine eingehende Untersuchung in die Wege geleitet. Es wurde festgestellt, daß es sich darum handelte, für einzelne Baupositionen der Inflationszeit eine Aufwertung an Unternehmer zu zahlen. Die Höhe der Aufwertungsbeträge unterliegt noch jetzt der Nachprüfung.

Als Anfang d. J. weitere Anzeigen wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei diesen Bauausführungen einliefen, die bei der Ausgestaltung der Bahnanlagen infolge der veränderten Ostgrenze in der Inflationszeit ausgeführt worden sind. Die wegen der bei der Reichsbahngesellschaft bestehenden Dezentralisation zuständigen Reichsbahndirektion Frankfurt (Oder) hat daraufhin sofort eine eingehende Untersuchung in die Wege geleitet. Es wurde festgestellt, daß es sich darum handelte, für einzelne Baupositionen der Inflationszeit eine Aufwertung an Unternehmer zu zahlen. Die Höhe der Aufwertungsbeträge unterliegt noch jetzt der Nachprüfung.

Der erhobene Vorwurf, daß sich die Deutsche Reichsbahngesellschaft, sobald die Angelegenheit zu ihrer Kenntnis kam, nicht ernsthaft damit beschäftigt habe, muß zurückgewiesen werden. Die obige Darstellung gibt einen Beweis dafür. Von einer Entbindung der Beamten von der Schweigepflicht kann nicht gesprochen werden; im Gegenteil, es ist von vornherein den Reichsbahnbeamten zur Pflicht gemacht worden, durch ihre Auslagen Klarheit in die Angelegenheit zu bringen. Die Reichsbahngesellschaft hat selbst die größte Anteilnahme daran, Unregelmäßigkeiten in ihrem etwa 200.000 bis 300.000 Häusern beschäftigten Unternehmen so schnell wie möglich aufzudecken.

Zu dieser Erwiderung ist folgendes zu bemerken:
Wenn die Reichsbahngesellschaft den schlechten Zustand der Siedlungshäuser leugnet, so möge sie sich einmal die beim technischen Bureau 21 der Eisenbahndirektion Ost gesammelten Meldezettel über Mängel ansehen. Sie wird dort überreiches Material finden. Als eingestürztes Haus melden wir ihr das Haus Kullmer Straße 11 der Frankfurter Siedlung. In den Häusern am Thorner Grund steht das Wasser einen halben Meter hoch in den Kellerräumen, viele sind dem Einsturz nahe. Hält es die Eisenbahn für solide Bauweise, wenn beim einfachen Holzbohlen in Kellern der dünne Zementboden durchbricht, so daß der Haderkloß im Boden verfaulst? Weiß die Eisenbahn nicht, daß in den meisten Häusern die Heizungsanlagen durch Anschluß mehrerer Defen an das gleiche Rohr vollkommen verfehlt sind, so daß die Defen nicht brennen? Weiß sie nichts von Fensterrahmen, die jetzt herausgerissen werden müssen? Ueber den traurigen Zustand der Siedlung Neu-Bentzen hat außerdem ein Berichterstatter des „B. L.“ (Nr. 268 vom 9. Juni) auf Grund eigener Wahrnehmungen detaillierte Schilderungen gemacht.

Wenn die Eisenbahn behauptet, daß die Siedlungshäuser durchschnittlich 9000 Mark gekostet haben, so steht das im Widerspruch einerseits zu dem amtlichen Bericht I 5/661 in Sachen Reichsministerium an Reichsverkehrsministerium, wo die Kosten der Häuser je nach Typ mit 4500—7000 M. angegeben werden, andererseits zu dem von Regierungsrat Riesling fast gleichzeitig in einer Sitzung des Aufsichtsrats erstatteten Bericht, wonach die Häuser tatsächlich im Durchschnitt 20.000 M. gekostet haben. Dies ergibt sich aus dem Protokoll der betreffenden Sitzung.

Wenn die Reichsbahngesellschaft die in dem Kündigungsschreiben ausgesprochenen Verdächtigungen des Arbeitervertreter Sprengholz wiederholt, so werden sie dadurch nicht richtiger. Sprengholz hatte bereits vierzehn Tage vor seiner Unterredung beim Präsidenten seine Ehrenämter zur Verfügung gestellt. Erst daraus ist überhaupt die Unterredung entstanden. Hätte Sprengholz nötigen wollen, so würde er seine Ämter ruhig behalten haben. Im übrigen hätte auch eine etwa angenommene Abkündigung des Sprengholz den Präsidenten und seinen Vertreter nicht abhalten dürfen, den von Sprengholz mitgeteilten Betrügereien nachzugehen. Sie glaubten aber, ihrer Pflicht genügt zu haben, wenn sie den Sprengholz entließen. Uebrigens: als Sprengholz seine Ehrenämter niederlegte, wurde ihm von seinem Vorgesetzten, Regierungsrat Dr. Giehrer, gesagt, er hätte gar nicht das Recht dazu. Wenn ihn die Eisenbahndirektion in diese Posten geschickt habe, so sei das einfach Dienst!

Die Eisenbahndirektion ist auch genügend von anderer Seite auf die Mißstände hingewiesen worden. Bereits seit vier Wochen vor der Maßregelung des Sprengholz erschienen im „Frankfurter Volksfreund“, unserem Parteiblatt, regelmäßig „Eingelände“, die sich mit den Mißständen befaßten. Aber vielleicht hätte man auch viel früher auf die Dinge kommen können. Ist der Eisenbahndirektion der Fall eines Bauassistenten Bergholz bekannt, der am 15. Januar

1924 abgebaut werden sollte, dann aber auf seinen Wunsch, „ohne Lohn und Gehalt“ weiter arbeiten zu dürfen, noch mehrere Monate lang beschäftigt wurde? Hat sie je danach geachtet, wie Bergholz dieses generöse Angebot an den Staat machen konnte? Ist dann wirklich die Tätigkeit des Bergholz nicht honoriert worden? Schon damals, im Januar 1924, kombinierte man sehr naheliegende Zusammenhänge zwischen dieser auffälligen Weiterbeschäftigung und den Unregelmäßigkeiten, deren tatsächliches Vorhandensein ja übrigens von der Eisenbahn keineswegs geleugnet oder abgetritten wird.

Ferien- und Reisezeit

kann der „Vorwärts“ auf jede Dauer allerorts bezogen werden.

Touristen und Wanderer

fordern das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Bahnhofsbuchhandlungen, Zeitungskiosken, Buchhandlungen und sonstigen Verkaufsstellen.

Sommerfrischler

lassen sich den „Vorwärts“ bei einer Aufenthaltszeit unter 14 Tagen per Kreuzband durch die Hauptexpedition nachsenden. Außer dem Abonnementsbetrage ist in diesem Falle das Porto zu zahlen, welches wochentags 6 Pf., Sonntags 10 Pf. (pro Woche 45 Pf.) beträgt. Bei längerem Aufenthalt ist der „Vorwärts“ durch Postüberweisung zu beziehen, welche die Hauptexpedition vornimmt. In letzterem Falle kommen zu dem Abonnementsbetrage die Zustellungsgebühren in Höhe von 72 Pf. pro Monat. Sobald die eine oder andere Art der Nachsendung der Zeitung gewünscht wird, ist die in Frage kommende Ausgabebestelle oder die Hauptexpedition des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu benachrichtigen. Abonnenten, welche den „Vorwärts“ bereits durch die Post beziehen, können denselben jederzeit bei dem Postamt gegen eine Gebühr von 50 Pf. umbestellen. Bei Postüberweisungen bitten wir zu beachten, daß die Angabe der neuen Adresse bei der Ausgabebestelle oder bei der Hauptexpedition bzw. bei der Post möglichst eine Woche vorher erfolgt, um eine rechtzeitige Zustellung des „Vorwärts“ zu gewährleisten.

VORWARTS-VERLAG

Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Fernspr. Dönhoff 2506/2507

Der Fall Stinnes.

Neunzig Millionen zur Sanierung festgelegt.

Der Berliner „Börse-Courier“ teilt mit:
Wie wir von durchaus zuverlässiger Seite erfahren, befaßt sich die Verpfändungen des Stinnes-Konzerns auf 155 Millionen Reichsmark. Davon sind 110 Millionen Reichsmark kurzfristige, im Juni oder Juli fälligen Verbindlichkeiten. Etwa 20 Proz. der Gesamtsumme sind durch Rembourse und Waren gedeckt, weitere 20 Prozent finden Deckung in verschiedenen Forderungen. Es bleibt also eine Schuldenslast für den Stinnes-Konzern von 90 Millionen Reichsmark zu decken.

Die Banken, die an den letzten Konferenzen teilgenommen haben, sind bereit, 50 Millionen Reichsmark fest auf sechs Monate zu geben gegen Verpfändung der vorhandenen Sicherheiten.

Für die restlichen 40 Millionen Reichsmark wird ein Konsortium gebildet.

Die Sicherheiten sind vorsichtig bewertet und auf Unternehmungen verschiedenster Art verteilt. Die konsortiale Leitung haben die Darmstädter und Nationalbank.

Die Reichsbank, unter deren Führung bekanntlich die Transaktionen eingeleitet worden sind, ist bereit, den Banken beim Herbeibringen von Hypothekendarlehen Erleichterungen zu gewähren.

In dem Garantiekonsortium sind endgültig folgende Banken beteiligt: Darmstädter und Nationalbank, Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Commerz- und Privatbank, die Seehandlung, Wertheim u. Co., die Girozentrale, die Reichskredit-Ges., M. Warburg u. Co., die Berliner Handels-Gesellschaft, Bleichröder, Delbrück, Schickler u. Co., Hardey u. Co., A. Lenz, S. Oppenheim, Dreyfuß, Speyer-Gilfen, der Schaaffhausensche Bankverein, die Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Strauß u. Co. und die Mitteldeutsche Creditbank.

Eine Erklärung Schachts.

Von seiner Wiener Reise zurückgekehrt, hat Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit größtem Bedauern gesehen, daß in der Wiedergabe eines amerikanischen Interviews mit ihm ein großer, sinnentstellender Druckfehler enthalten ist. Der Reichsbankpräsident hat niemals von einem „Zusammenbruch der deutschen Börsen“, gesprochen, sondern in ganz anderem Zusammenhang erwähnt, daß bei der Fortsetzung der unerhörten politischen auswärtigen Druckes die deutsche Wirtschaft selbstverständlich leiden müsse, und daß es bei Fortsetzung dieser falschen Politik wohl einmal zum Zerbrechen unserer Neppen kommen könne. Aus den „Korven“ hat der Draht anscheinend „Börse“ gemacht. Herr Dr. Schacht legt Wert darauf hinzuweisen, daß nach der bekannten völlig ausreichenden Ordnung der Stinnes-Angelegenheit von irgend welchen weiteren akuten Schwierigkeiten innerhalb der deutschen Wirtschaft ihm nichts bekannt ist.

Aufwertung der Obligationen.

Laß nationale „Opfer“ der Industrie.

In der Sitzung des Aufwertungsausschusses vom 9. Juni wurde die wichtige Frage der Aufwertung der Industrieobligationen entschieden. Diese Frage gehörte zu den unstrittigsten der neuen Aufwertungsvorlagen und nirgends trat die unvollkommene Abhängigkeit der deutschnationalen Reichsregierung von den Diktatoren der Großindustrie so kraß zutage wie in den einschlägigen Bestimmungen. Knapp und kurz und ohne jedes Wort der Begründung wurde in der ursprünglichen Regierungsvorlage bestimmt, daß bei Industrieobligationen jede erhöhte Aufwertung und jede Rückwirkung ausgeschlossen ist. Das mag die deutsch-nationale Reichsregierung dem Volke zu bieten, trotzdem gerade bei den Industrieobligationen die ungeheuerliche Bereicherung der Schuldner gegenüber den Obligationären ganz offensichtlich liegt.

In einer vom Abg. Dr. Best im Verein mit anderen Juristen herausgegebenen Broschüre gegen die neuen Regierungsvorwürfe finden sich neben interessanten anderen Material Tabellen über das Verhältnis, in dem große, namentlich aufgeführte Industrieunternehmen auf Grund der gesetzlichen Vorschriften ihr Aktienkapital in 1924 auf Gold umgestellt haben. Es haben danach 751 Gesellschaften seit Juli 1914 bis Ende 1924 einen Gesamtzuwachs an Goldkapital von nicht weniger als 2384 Millionen Reichsmark erzielt. Zu diesen 2384 Millionen treten hinzu die riesigen Werte, die in den neuen Goldmarkbilanzen verstreut sind und deren Höhe für Aufstehende gar nicht abzuschätzen ist. Mit diesen ungeheuren Summen sind aber die Geminne der Industrie aus den kritischen Jahren des Krieges, der Nachkriegszeit und der Inflation noch keineswegs erschöpft.

Die Gesamtobligationenbelastung der Industrie vor dem Krieg belief sich auf 4,2 Goldmilliarden im gleichen Kennbetrage. Hieron hat die Industrie während der Inflation in 1922 und bis Ende 1923 die Hälfte mit 2,1 Goldmilliarden getilgt. Zu dieser Tilgung hat nach Feststellung der Regierungsdienstschrist die Industrie Papiermarkbeträge aufgewendet, deren Goldwert, hoch geschätzt, etwa 8 Proz. des Nennwertes beträgt. 92 Proz. des Gold-, d. h. des Nennwertes dieser 2,1 Milliarden Obligationenschulden hat die deutsche Industrie also nach der Regierungsdienstschrist glatt gewonnen, indem sie durch Zahlung von 8 Proz. der obigen Obligationenschuld die gesamte Obligationenschuld von 100 Proz. tilgen konnte. Die bedauernswerten Obligationäre waren damals gegen solche Praktiken wehrlos. Die Industrie hat also durch solche „Rückzahlungen“ bis Ende 1923 einen Gewinn von genau 1940, von rund 2 Milliarden Goldmark erzielt!

Wohl unter dem Druck dieses für sich selbst sprechenden Materials haben Regierung und Regierungsparteien sich entschlossen, in dem vereinbarten Kompromiß die ursprüngliche Regierungsvorlage zugunsten der Obligationäre ein wenig zu modifizieren. Aber wie hat man das gemacht! Man erhöhte den Aufwertungssatz für Altbesitzer, d. h. für Personen, die bereits am 1. Juli 1920 Inhaber der Obligationen waren, um 10 Proz. auf 25 Proz. Diese Erhöhung um 10 Proz. wird in der Form von Genußscheinen erhöht, die unter starker Bevorzugung der Aktionäre nach einem höchst verwickelten Verfahren den Obligationären zugute kommen sollen. Die Beschlüsse des Aufwertungsausschusses hielten sich eng an dieses Kompromiß. Unser Antrag, Obligationen und Hypotheken in genau der gleichen Weise zu behandeln, wurde abgelehnt. Ebenso wurde abgelehnt, für die Obligationäre eine Rückwirkung zuzulassen.

Der Wille der industriellen Interessenten war also auch hier ausschlaggebend über alle anderen Erwägungen.
Als am 30. August 1924 die Dames-Gesetze zur Annahme gelangt waren und der Industrie damit eine hypothetisch gesicherte Reparationsschuld von 5 Milliarden auferlegt wurde, überschlug man sich in den der Industrie nahestehenden und ergebenen Kreisen in Lob und Dank über das von der Industrie übernommene große Opfer. Die oben mitgeteilten Ziffern ergeben, daß diejenigen, die dieses Opfer in Wahrheit gebracht haben, nicht die Industriebarone, sondern die armen Gläubiger der Industrie sind. Dafür gehen diese letzteren bei der neuen Regelung nach dem Uebereinkommen zwischen Regierung und Regierungsparteien wiederum nahezu leer aus, weil man doch der Industrie zu dem hohen von ihr übernommenen Reparationsopfer unmöglich noch weitergehende Inflationsoffer auferlegen konnte!

Juristischer Werttarif.

Strefemann = 50 M., Generale = 1000 M.

Das Magdeburger Schöffengericht unter Vorsitz des Ebert-Richters Bewersdorff hat einen deutschnationalen Redakteur wegen Beledigung des Reichsanwalters Marx und des Außenministers Strefemann zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Folglich wird die Ehre Strefemanns von Bewersdorff mit 50 M. eingekauft. Das ist ungefähr so viel, wie etwa Reichspräsident Ebert oder Minister Seuring den deutschen Richtern wert waren.

Aber in Liegnitz wurde ein sozialdemokratischer Repakteur, Genosse Makke, von der Liegnitzer Volkszeitung wegen Beledigung der deutschen Generalität zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt legte noch Berufung ein — allerdings vergeblich — weil er Freiheitsstrafe für unbedingt geboten hielt.

Also: die deutsche „Generalität“, ein Begriff, der nirgends verfassungsmäßig „verankert“ ist, wird juristisch mit 1000 M. eingekauft, die Reichsregierung aber, die angeblich Landesparat bereit ist, „vor den Sitzungsgerichtshof“ gehen, mit 100 M. oder jeder der beiden hauptsächlich beteiligten Reichsminister mit höchstens 50 M.!

Wenn man so feststehende Tarife für alle mögliche Vergehen einführt, könnte man das juristische Studium sehr wesentlich verbessern.

Die Feme der KPD.

Zeugenaussagen im Wecklender Tschelaprozess.

Leipzig, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Wecklender Tschelaprozess wurde am Donnerstag in die Zeugenernehmung eingetreten. Zeuge Förster Kuhl hat am 15. April 1924 in einem Gehölz zwischen Hagenow und Lübbchen die Leiche des ermordeten Jonas aufgefunden. Unweit von ihm lag ein Axtstod und die Wistole.

Zeuge Amtsrichter Bienenje aus Lübbchen hatte noch am gleichen Abend festgestellt, daß Jonas nicht Selbstmord verübt hatte, sondern ermordet worden war.

Der völkische Landtagsabgeordnete Dr. Henkel aus Hagenow will gehört haben, daß Jonas zu den Wüstlingen übertraten wollte. Frau Frida Jonas, die Ehefrau des Ermordeten, hat angeblich wiederholt beobachtet, wie ihr Mann Flüsschen mit Gift im Auftrag der Kommunistischen Partei aufbewahrt hat. Am 11. April kam ein Unbekannter, der ihren Mann mit sich nehmen wollte. Jedoch ging er nicht darauf ein. Er entschloß sich erst am 14. April 1924, mit dem Mann fortzugehen. Als die Zeugin dem Angeklagten Zeuschel gegenübergestellt wird, rief sie unter großer Bewegung und mit weinerlicher Stimme aus: „Ja, das ist der Mann, der wie meine Gatten getauft hat!“ Auf wiederholtes Befragen des Vorsitzenden bleibt sie bei ihrer Aussage und behauptet, daß Zeuschel der Mann sei, der mit ihrem Gatten am 11., 13. und 14. April 1924 zusammen gewesen sei.

Auch die beiden Töchter des Ehepaars Jonas, Renate und Frida Jonas, erkennen den Angeklagten Zeuschel als den Mann wieder, mit dem der Vater fortgegangen ist.

Die Zeugin Freise, die viel bei Jonas verkehrt, will Zeuschel ebenfalls als den Mann wiedererkennen, der am Tage vor dem Mord in der Wohnung des Jonas war.

Zeugin Reiffener hat am Ostermontagabend in der Nähe des Gehölzes, wo am anderen Tage der ermordete Jonas gefunden wurde, 3 bis 4 Schüsse gehört.

Zeuge Jakob Bender verweigert die Aussage über die Sprengstoffangelegenheit, in die er einmal mit Jonas verwickelt war. Den Angeklagten Zeuschel erkennt er wieder, weil er mit Jonas öfter zusammen gewesen ist.

Die Zeugin Frau Rahlow will den Angeklagten Winkel auch genau wiedererkennen. Am 15. April 1924 soll Harry ihr erzählt haben, ehe die Leiche des Jonas gefunden war, daß Jonas tot sei. Bei einer Zusammenkunft in ihrer Wohnung seien der Landtagsabgeordnete Barnte, Harry und Winkel anwesend gewesen. Bei dieser Gelegenheit soll von der Ermordung Jonas gesprochen worden sein.

Der aus dem Justizhaus vorgeführte Palmzeit war längere Zeit mit Ruhmann in einem Hof zusammen, wo Zeuschel einem Unbekannten eine Bombe gezeigt haben soll. Er habe sich ebenfalls mit nach Potsdam begeben und ist wegen dieses Sprengstoff-Interessens zu fünf Jahren Justizhaus verurteilt worden. Kriminalassistent Kratt teilte mit, daß bei Zeuschel eine Pistole, 3 Handgranaten und eine Anzahl anderer Sprengstoffe sowie eine Bombe in Feldflaschenform gefunden wurden.

Richard Runge dementiert. Er läßt uns durch seinen Anwalt eine Berichtigung gehen, in der er versichert, der von uns aus der „Berliner Volkszeitung“ abgedruckte Brief Runges an Wilhelm Bruhn sei „von Anfang bis zu Ende gefälscht“. Er habe niemals einen solchen Brief an Bruhn geschrieben. — Wir nehmen von dieser Berichtigung Kenntnis, umso mehr, als Runge wie Bruhn mitteilen, daß sie wegen des Briefes die Gerichte angerufen haben.

Gewerkschaftsbewegung

Großkampf in der Holzindustrie.

Die Scharmacher als Unschuldslämmer.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes erhalten wir folgende „Berichtigung“ vom Arbeitgeberverband der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, die zwar den Anforderungen des Preßgesetzes nicht entspricht, die wir jedoch mit Vergnügen veröffentlichen. Dieser Ablehnungsversuch, dessen Rühtheit nur übertrieben wird von dem bösen Gewissen der Scharmacher, stellt diese ins hellste Licht. Die Aufschrift lautet:

In dem Artikel „Großkampf in der Holzindustrie“, mit der Unterüberschrift „Austritt aus dem Verbande — oder Aussperrung“ in Nr. 268 des „Vorwärts“ vom 9. Juni 1925 sind Unrichtigkeiten enthalten, die wir wie folgt berichtigen:

1. wird darin behauptet, daß die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, die am 13. Mai in Weimar stattfand, einen vollständigen Kriegspakt beschlossen habe und der Vorstand bevollmächtigt wurde, für alle Bezirke zu verhandeln und Spigenlöhne zu vereinbaren, die von der Generalversammlung genau begrenzt wurden und, wenn dieses Ziel nicht erreicht würde, der Vorstand des Arbeitgeberverbandes verpflichtet sei, die Verhandlungen abzubrechen.

Richtig ist, daß dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes am 13. Mai in Weimar von allen angeschlossenen Landesverbänden Vollmacht erteilt wurde, für die Lohnbezirke gemeinsam und an einem Ort über die Erneuerung der Lohnabkommen mit den Holzarbeiterverbänden zu verhandeln.

Unrichtig ist dagegen, daß die dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes seitens der Landesverbände erteilten Vollmachten begrenzt waren und der Vorstand verpflichtet worden sei, die Verhandlungen unter dem „Vorwärts“ mitgeteilten Bedingungen abzubrechen.

2. wird behauptet, daß das ganze Verhandlungsangebot und die mehrtägigen Verhandlungen nichts als eine Finte der Unternehmer war. Dieses ist unrichtig! Wahr ist dagegen, daß an 4 Verhandlungstagen die Unternehmer bemüht waren, ein Verhandlungsergebnis auf mittlerer Linie zu erzielen, was die z. T. weitgehenden Lohnangebote der Arbeitgeber bewies.

3. behauptet der „Vorwärts“, daß vom Landesverband Brandenburg des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes ein vorbereitetes Rundschreiben herausgegeben worden sei, in dem es wie folgt heißt:

„Zwecks geschlossener Abwehr der maßlosen, sich kurz wiederholenden Forderungen der Holzarbeiter hat unser Spitzenverband die restlose Aussperrung aller Holzarbeiter des Deutschen Reiches bis zum Sonnabend den 13. Juni bei Arbeitsstillstand beschlossen.“

Alle Arbeiter, die dem Holzarbeiterverband nicht angehören und dieses unterschriftlich bezeugt haben oder noch bezeugen, werden mit voller Arbeitszeit weiter beschäftigt.

Gleichzeitig wurden die Unternehmer angewiesen, den Arbeitern einen Revers zur Unterschrift vorzulegen, durch den diese sich verpflichten, aus dem Deutschen Holzarbeiterverband auszutreten und keiner anderen Organisation beizutreten.“

Richtig ist dagegen, daß nach dem durch das Verhalten der Gewerkschaften veranlaßten Scheitern der gemeinsamen Verhandlungen am 6. Juni 1925 ein Rundschreiben des Landesverbandes Brandenburg pflichtmäßig herausgegeben wurde, in dem es wie folgt heißt:

„Zwecks geschlossener Abwehr der maßlosen sich in kurzen Zwischenräumen wiederholenden Forderungen der Holzarbeiter hat unser Spitzenverband die restlose Aussperrung aller Holzarbeiter im Reich bis Sonnabend, den 13. Juni 1925 bei Arbeitsstillstand beschlossen.“

Unrichtig und völlig aus der Luft gegriffen ist also, daß eine Anweisung arbeitgeberseits herausgegeben ist, daß Arbeiter, die dem Holzarbeiterverband nicht angehören und dies unterschriftlich bezeugt haben, weiter beschäftigt werden sollen.

Unrichtig ist ferner, daß eine Anweisung arbeitgeberseits herausgegeben wurde, den Arbeitern einen Revers zur Unterschrift vorzulegen, durch den diese sich verpflichten, aus dem Holzarbeiterverband auszutreten und keiner anderen Organisation beizutreten.

Arbeitgeberverband der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes.
v. Jaström.

Hierzu wird uns vom Deutschen Holzarbeiterverband geschrieben:
Zu 1: Die Beschlüsse der Weimarer Generalversammlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagte, sind natürlich im Vorlaut nicht bekannt. Daß dem Vorstand des Arbeitgeber-

verbandes dort Vollmachten erteilt wurden, wird nicht bestritten. Aus dem Verhalten der Unternehmer ist aber zu schließen, daß diese Vollmachten eng begrenzt waren. Tatsache ist, daß lange, ehe der Vorstand des Arbeitgeberverbandes sich zur Beratung des von ihm zu machenden Lohnangebotes zurückzog, von Unternehmervertretern privatim Vertretern des Deutschen Holzarbeiterverbandes bereits die beschlossenen Lohnangebote mitgeteilt wurden, die nachher vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes den Arbeitgebern auch unverändert als angebliches Resultat der eben gepflogenen Beratungen überreicht wurden. Was der Arbeitgeberverband in seiner Berichtigung in dieser Beziehung bestritt, ist also nur ein Spiel mit Worten. Tatsache ist ferner, daß schon über eine Woche vor Beginn der Verhandlungen von dem Syn-

Achtung! SPD.-Betriebsvertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre!

Am Montag, den 15. Juni, abends 7 Uhr, in den Russischen, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31:

Große Funktionärkonferenz.

Tagesordnung:

1. Die neuen Steuern und die Zollvorlage. Referent: Dr. Paul Berg, M. d. R. — 2. Aussprache. — 3. Wahl von drei Vertretern in den Bezirksvorstand. — 4. Verschiedenes.

Einlaß nur gegen Vorzeigung des Parteiausweises.

Das Betriebssekretariat.

dikus des Württembergischen Arbeitgeberverbandes die Möglichkeit einer Gesamtaussperrung angedeutet wurde unter Berufung auf Beschlüsse seines Gesamtverbandes.

Zu 2: Da es sich um die Neuregelung von Lohnabkommen aus selbständigen bezirklichen Verträgen handelt, konnten ernsthafte Verhandlungen überhaupt nur bezirklich geführt werden. Die Arbeitnehmer haben die zentrale Verhandlung nur als die gleichzeitige Verhandlung über die bezirklichen Abkommen aufgefaßt. Die Arbeitgeber lehnten aber zunächst die getrennten bezirklichen Verhandlungen überhaupt ab. Erst auf das entschiedene Verlangen der Arbeitnehmer erklärten sie sich auch zu getrennten Verhandlungen für die einzelnen Bezirke bereit, setzten dafür aber gleich eine Zeitdauer von 15 bis 30 Minuten für die einzelnen Bezirke an. Diese Verhandlungen liefen gar keinen Zweifel darüber, daß sie von den Arbeitgebern nur als eine Farce angesehen wurden. Die Tatsache, daß die Lohnabelle der Arbeitgeber, über die sie später jede Verhandlung abbrachen, bereits vor Beginn der Verhandlungen fertig war (s. unter 1), ist die weitere Bestätigung für die Richtigkeit unserer Behauptung.

Nicht vier, sondern zweieinhalb Tage betrug die Gesamtdauer der Verhandlungen. Hiervon entfiel ein knapper Tag auf die oben gekennzeichneten bezirklichen Scheinverhandlungen. Die übrige Zeit wurde ausgefüllt mit der Erledigung von Vertragsdifferenzen, die außerhalb der Lohnfrage lagen. Eigentliche Lohnverhandlungen haben nicht stattgefunden, da sofort nach Austausch der gegenseitigen Forderungen die Arbeitgeber die Verhandlungen abbrachen.

Zu 3: Die wiedergegebenen Sätze aus dem Rundschreiben des Landesverbandes Brandenburg des Arbeitgeberverbandes sind die wörtliche Wiedergabe eines Anschlagens am schwarzen Brett der Firma Winkler in Finsterwalde. Der Kopf dieses Anschlagens lautet: „Landesverband Brandenburg des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes“. Sekretär dieses Landesverbandes ist derselbe Herr von Jaström, der auch Generalsekretär des zentralen Arbeitgeberverbandes und der Einfender der preßgesetzlichen Berichtigung ist. Der Firmeninhaber Winkler ist der 2. Vorsitzende des Landesverbandes der Arbeitgeber. Die Ableugnung, daß „arbeitgeberseits“ den Arbeitern der von uns mitgeteilte Revers vorgelegt worden ist, ist umso toller, als dieser Revers im Bezirk des 2. Vorsitzenden des Landesverbandes Brandenburg den Arbeitern vorgelegt worden ist.

Festigung im DEU.

Dem Geschäftsbericht des Deutschen Eisenbahnverbandes entnehmen wir folgendes: Der Bestand in der Hauptkasse betrug am Schluß des Jahres 246 804 M. 54 Pf. Dazu kommen für 1924 Einnahmen in Höhe von 3 300 944 M. 16 Pf. Die Ausgaben stellten sich auf 2 615 883 M. 62 Pf. Somit verblieb per 31. Dezember

1924 ein Vermögensbestand von 931 365 M. 11 Pf. Die Ausgaben verteilten sich u. a. mit 251 709 M. 8 Pf. auf den Verlag, mit 206 921 M. 89 Pf. auf die Verwaltung, mit 401 813 M. 29 Pf. auf Unterzügen (Streits, Rechtschutz usw.) und mit 1 417 665 M. 54 Pf. auf die Agitation. Die Hauptkasse für den Bezirk Saarbrücken hatte Ende 1923 einen Vermögensbestand von 73 143,16 Franken und eine Gesamteinnahme von 233 056,20 Franken für das Jahr 1924. Die Ausgaben stellten sich auf 151 570,05 Franken.

Die Mitgliederbewegung litt im Verband naturgemäß unter dem Personalabbau. Ende 1924 ist jedoch eine merkliche Besserung festzustellen. Für 1923 buchte der Verband eine Durchschnittsmitgliederzahl von 504 712, für 1924 eine solche von 224 893. Davon waren, immer im Durchschnitt gerechnet, im dritten Quartal 19 269 Beamte, 1390 weibliche Mitglieder, 1494 Lehrlinge und Jugendliche.

Im Laufe des Berichtsjahres ist es in vielen Bezirken u. a. im Bezirk Stuttgart, Nürnberg, Karlsruhe, Elberfeld, Altona und Sachsen zu Arbeitsniederlegungen gekommen. Der Geschäftsbericht bemerkt dazu: „Wenn es im Laufe der Geschäftsperiode nicht zu noch mehr Explosionen gekommen ist, so ist das nur der Einsicht der Funktionäre zu verdanken. An Anlässen zu Streikbewegungen hat es wirklich nicht gefehlt. Die Verwaltung hatte Löhne festgesetzt, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel waren. Dazu kam die Verlängerung der Arbeitszeit auf 9 bzw. 10 Stunden täglich. Besonders machte die Handhabung der Dienstdauer Vorschriften an vielen Orten das Maß der Unzufriedenheit voll.“

Zum Konflikt bei Bolle.

Die Belegschaft nimmt den Schiedspruch an.

Gestern abend fand im Raabiter Gesellschaftshaus wiederum eine Versammlung des Personals der Meierei Bolle statt. Kellinger vom Betriebsbund wies zunächst darauf hin, daß man wegen der Weiterbeschäftigung und Entlohnung der älteren Arbeiter mit der Meiereileitung Verhandlungen führen wolle. Nach langwierigen Auseinandersetzungen beider Parteien vor dem Schlichtungsausschuß kam es zu einem Schiedspruch, der eine Lohnzulage von 2,50 und 3,50 M. pro Woche vorsieht. Das Lohnabkommen hat noch dem Schiedspruch bis Anfang Oktober Gültigkeit, während der Mantelvertrag bereits Ende September abläuft. Die jugendlichen Arbeiter seien auch bei dieser Lohnregelung nicht berücksichtigt worden. Daran trage vor allem die Nichtzugehörigkeit zur Organisation schuld. Die Verhandlungskommission habe sich nach reiflicher Ermägung schließlich entschlossen, den Schiedspruch zur Annahme zu empfehlen.

Auch Scharff vom Verband der Maschinen- und Heizer ermahnte zu erneuerter gewerkschaftlicher Arbeit.

In der Aussprache wurde besonders die lange Dauer des Lohnabkommens kritisiert, aber auch die Geringfügigkeit der Lohnerhöhung. Bei der Abstimmung wurde der Schiedspruch trotz aller Bedenken gegen eine Minderheit angenommen.

Die Stilllegungen in der Schwerindustrie.

Hörbe, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Verwaltung der Zechen „Freier Vogel“ und „Unserhoff“ in Schüren, „Admiral“ in Bellinghofen, „Glückauf Segen“ in Bellinghofen und „Gottes Segen“ in Böhringhausen haben bei dem Regierungspräsidenten in Arnsberg die Genehmigung zur Stilllegung ihrer Betriebe beantragt. Insgesamt beträgt die Belegschaft rund 4500 Mann. Der Verlauf der bisherigen Verhandlungen spricht dafür, daß die Entlassung der in Betracht kommenden Belegschaften am 1. Juli d. J. erfolgt. Für die beteiligten Gemeinden wird die Stilllegung der gesamten vier Zechen geradezu verhängnisvoll werden. Die Aussichten auf andere Unterbringung des neuen Erwerbslosenheeres sind sehr gering, da auch die Nachbarbezirke unter verhärtetem Arbeitsmangel leiden.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: Arthur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Ausland: Dr. John Schifano; Politik und Contingent: Fritz Korbelt; Anzeigen: H. Meier; Gemischt in Berlin: Berlog; Fortwärts-Berlog G. m. b. H., Berlin; Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen aus „Unterhaltung und Wissen“.

Seit sechzig Jahren wohne ich in Deutschland und bin überall beliebt und bekannt.

MAIZENA

bin eine Tochter des Maiskorns und jede Hausfrau weiß mich zu schätzen. In der Küche bin ich unentbehrlich und wer mich noch nicht genau kennt, schreibe um ein Kochbüchlein an die Deutsche Maizena Gesellschaft A.-G. HAMBURG 15.

Das blonde Haar

erfordert besonders sorgfältige Pflege, da es leicht streifig und dunkel wird. Alle 8 bis 14 Tage eine Kopfwäsche mit Schaumpon mit dem schwarzen Kopf mit Kamillenzusatz erhält die gleichmäßige Farbe des Haares und gibt diesem luftiges, volles und glänzendes Aussehen. Schaumpon steht in seiner Wirkung einzig da. Ein Päckchen kostet nur 20 Pfennig. Man achte genau auf die Schutzmarke und lasse sich nichts anderes als ebenstgut empfehlen. Alleinigiger Hersteller: Hans Schwarzkopf, Chem. Fabrik, Berlin-Dahlem



Nur für Herren!

Ein ganz besonders günstiges Angebot in Braun

Herren-Schnürstiefel
braun Rindbox, moderne halbspitze Form, beste Verarbeitung... **15⁹⁰**

Herren-Schnürstiefel
braun Box calf, elegante Form, Original Goodyear-Welt... **18⁵⁰**

Besondere Gelegenheit:

Herren-Schnürstiefel
pa. braun Box calf, moderne spitze u. halbspitze Form, Orig. Goodyear-Welt

20⁵⁰

Herren-Schnürstiefel
braun Box calf, elegante halbrunde Form, mit echter Zwischensohle, Original Goodyear-Welt, Gr. 39-44 **22⁵⁰**

„Grimsby“
der elegante Wandertiefel mit der durchgehenden Doppelsohle, in Braun und Schwarz



15⁹⁰

Leisen

Die Berliner Wasserkatastrophe.

Folgen privater Gewinnjucht - Kommunalisiert die Charlottenburger Werke.

Die Wasserversorgung des Berliner Westens und Südwestens wird von Stunde zu Stunde katastrophaler. Die Miserie aus den betroffenen Stadtteilen immer häufiger und dringender. Die Empörung über die skandalösen Zustände der Berliner Wasserversorgung ist in der gesamten Bevölkerung allgemein und äußert sich in einem Sitom heftig anklagender Zuschriften. Man vergegenwärtigt sich die Situation: Eine Stadt von mehreren Millionen Einwohnern, eine Stadt, die der Zentralpunkt eines 45-Millionen-Volkes sein will, ist seit ca. 8 Tagen zu 50 Proz. völlig ohne Wasser. Diese unglaublichen Zustände, die Leben und Gesundheit der Einwohner schwer gefährden, sind ein hervorragender Beweis für die Unfähigkeit der privaten Charlottenburger Wasserwerke, den lebenswichtigen Bedürfnissen der Bevölkerung bei gesteigerten Ansprüchen und in krisenhafter Zeit Rechnung zu tragen. Die schon konstatierten Entschuldigungen, die gleich täglichen Kriegsbulletins von der Direktion der Charlottenburger Wasserwerke losgelassen werden, erscheinen als falsche Ausreden, die die schwere Schuld der maßgeblichen Stellen bemänteln wollen. Wir müssen noch einmal darauf zurückkommen: Es ist weit über zwei Wochen her, als sich die ersten Schwierigkeiten in der Wasserversorgung der westlichen Stadtteile zeigten. An dieser Stelle wurden die Charlottenburger Wasserwerke eindringlich auf ihre Pflicht verwiesen, umgehend für Abhilfe Sorge zu tragen. Auch damals wurden Entschuldigungen gestammelt. Es geschah nichts. Die Direktion der Charlottenburger Wasserwerke ließ in sträflichem Leichtsin die Dinge treiben wie sie wollten. Eines ist sicher: Diese Wasserwerke hätten niemals den katastrophalen Umfang annehmen können, den sie heute hat, wenn die Wasserwerke zur rechten Zeit energische Maßnahmen zur Lieferung der Wasserversorgung durchgeführt hätten. Als die Argumente von übermäßigem Wasserverbrauch, von anhaltender Trockenheit spielen eine viel zu geringe Rolle, als daß die Direktion diese bei ihren Reklamationsversuchen ernstlich ins Treffen führen sollte. Die ganze Kalamität hat den einen Grund: Das Werk ist technisch gar nicht in der Lage, seine Aufgaben bewältigen zu können. Die Reuanlagen, die, wie man jetzt plötzlich hört, in Aussicht genommen sind, waren schon vor Monaten, und man möchte fast sagen vor Jahren dringend notwendig. Diese Betriebserweiterung ist aus Sparmaßregeln nicht erfolgt. Die Direktion des Unternehmens muß aber eindringlich darauf hingewiesen werden, daß die Bevölkerung es ablehnt, sich zum Spekulationsobjekt für die rationalen Betriebsmethoden dieses Privatinstiutns machen zu lassen. Die Charlottenburger Wasserwerke sollen nicht mit der Ausrede kommen, daß sie nicht in der Lage wären, die Kosten dieser Betriebserweiterung zu tragen. Ganz davon abgesehen, daß der Wasserpreis 5 Pfennig höher ist als der städtischen Werke, sei nur darauf hingewiesen, daß die Gesellschaft hohe Dividenden ausgemorren hat, also keineswegs mit schlechter Bilanz arbeitet. Den Aufsichtsbehörden müssen ebenfalls erhebliche Vorwürfe gemacht werden. Sie hätten unter allen Umständen für die notwendigen technischen Erweiterungen des Betriebes Sorge tragen müssen. Man vernimmt, daß bei einer gestern vormittag in den Wasserwerken stattgefundenen Sitzung der sofortige Bau neuer Brunnenanlagen beschlossen wurde. In einem Unterjah wird mit einiger Unversicortheit gesagt, daß dieser Bau jedoch einige Monate in Anspruch nehmen würde. Der an anderer Stelle des Blattes veröffentlichte Bericht des Polizeipräsidenten läßt die Hoffnung zu, daß mit einer baldigen Behebung der Wasserfalamität zu rechnen ist. Die schwere Kritik, die man an der Direktion der Wasserwerke üben muß, wird natürlich durch die Aussicht auf Besserung in ihrem sachlichen Wert nicht herabgemindert.

Der Polizeipräsident greift ein.

Wie wir bereits im gestrigen Abendblatt berichteten, fand am Donnerstag vormittag in den Städtischen Wasserwerken u. a. eine

Konferenz auf Veranlassung des Berliner Polizeipräsidenten statt. Die Beschlüsse, die dort gefaßt wurden, sind von weittragender Bedeutung und dürften die Gesamtlage in wenigen Tagen vollkommen ändern. Vom Polizeipräsidenten geht uns der nachstehende Bericht zu:

Die Wassernot wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages erheblich behoben werden. Gestern nachmittag ist infolge des energischen Eingreifens des Berliner Polizeipräsidenten zwischen den Charlottenburger Wasserwerken und den Städtischen Wasserwerken eine Einigung darüber erzielt worden, daß sofort eine Zweigleitungsverbinding, und zwar in der Kanalleitungsstraße, hergestellt wird. Durch diese Maßnahme wird voraussichtlich schon heute eine ganz erhebliche Besserung in der Wasserversorgung der betroffenen Stadtteile eintreten. Jedenfalls wird der Berliner Polizeipräsident mit allen Mitteln darauf dringen, daß die Charlottenburger Wasserwerke ohne Rücksicht auf die entstehenden Kosten, die selbstverständlich von den Werken zu tragen sind, schnellstens alle Vorkehrungen treffen, die erforderlich sind, um die Wassernot völlig zu beseitigen. Von verschiedenen Seiten ist die Anregung an den Polizeipräsidenten ergangen, ein Verbot der Wasserbenutzung für bestimmte Zwecke auszusprechen, wobei besonders auf die starke Inanspruchnahme der Wasservorräte durch die Kleingärtner hingewiesen wurde. Auch ist angeregt worden, den Wasserverbrauch der Badeanstalten einzuschränken. Den beiden Anregungen konnte der Polizeipräsident nicht Folge geben, da er auf dem Standpunkt steht, daß man einmal den Kleingärtnern nicht zumuten kann, ihre der Ernte entgegenstehenden Gartenerzeugnisse verdorren zu lassen, und daß auf der anderen Seite die Menge des für Bodezwecke benutzten Wassers kaum ins Gewicht fällt, da bei der jetzigen Jahreszeit ein großer Teil der Bevölkerung ohnehin im Freien badet. Der Polizeipräsident hat um so mehr von den angeregten Verboten abgesehen, als er der sicheren Erwartung Ausdruck gibt, daß es nur einer Wahnung an die Berliner Bevölkerung bedarf, damit diese von sich aus durch Einschränkung des unnötigen Wasserverbrauchs mit dazu beiträgt, die augenblickliche Wassernot so schnell wie möglich zu überwinden. — Nach diesem Bericht ist zu erwarten, daß bereits ab heute in der Wasserversorgung der gefährdeten Stadtteile eine Besserung eintritt, die nach und nach zu einer völligen Behebung der Kalamität führen wird. Besonders ist darauf hinzuweisen, daß bei einem stärkeren Einsetzen der Wasserzufuhr nicht in unnützer Weise Wasser gekniffert wird. Die Maßnahmen, die in der höchsten Not ergriffen wurden und in gewissem Sinne einem notwendig gewordenen Diktat gleichkommen, werden ausreichend sein, jeden Haushalt mit dem erforderlichen Wasser zu versorgen.

Die Dividendenwirtschaft der Werke.

Die sozialdemokratische Rathausfraktion hat wegen der Bedrohung der Wasserversorgung der Bevölkerung in den westlichen Vororten und in Neukölln im Rathaus folgenden Antrag eingereicht: „Die Verammlung ersucht den Magistrat, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die durch die privaten Charlottenburger Wasserwerke gefährdete Wasserversorgung großer Teile der Berliner Bevölkerung sicherzustellen.“ — Dieser Antrag wird jedenfalls am nächsten Donnerstag die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen und es ist anzunehmen, daß er als erster Punkt behandelt wird.

Inzwischen gab es im Verlauf der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses eine kommunalpolitisch außerordentlich interessante Debatte. Genosse Reuter wies an der Hand des Geschäftsberichtes der Charlottenburger Werke für das Jahr vom 1. Oktober 1923 bis zum 30. September 1924 darauf hin, daß die privaten Werke eine geradezu skandalöse Profitwirtschaft betrieben haben. Bei einem Umsatz von rund 6,5 Millionen Mark haben sie nicht weniger als zwei Millionen Mark Dividenden ausgemorren! Auf tausend Papiermark ihres damals nominell 150 Millionen betragenden Kapitals 13½ Goldmark! Das war im Herbst des vergangenen Jahres eine ganz ungewöhnliche Praxis! Hinzu kommt, daß der Aufsichtsrat, der sich aus zwölf der hauptaktionäre zusammensetzt, eine Tantieme von 220 000 Mark bezog.

Demgegenüber haben die Charlottenburger Werke sich darauf beschränkt, für Erneuerung lediglich 800 000 Mark, also nur viermal so viel wie die Tantieme des Aufsichtsrats, auszuwerfen. Im Frieden betrug das Goldkapital der Werke 40 Millionen Mark. Die Goldmarkenöffnungsbilanz per 1. Oktober 1924 weist ein Goldkapital von 60 Millionen Mark auf. Dabei sind zweifellos die einzelnen Aktiosten der Bilanz vorsichtig und unter Bornahme erheblicher Abschreibungen eingesezt. Der Gesellschaft liegt offenbar daran, ein nicht zu niedriges Goldkapital aufzuweisen, damit die ausgeschaltete Dividende nach außen nicht so stark wirkt. Wenn man nämlich auf 60 Millionen Mark 2 Millionen Dividende auszahlt — so spekulieren die Herren —, dann wird jeder brave Spieler finden, daß die arme Gesellschaft nur eine geringe Dividende zahlt. In Wirklichkeit ist die Ausschüttung von 2 Millionen Goldmark bei einem Umsatz von 6,5 Millionen für ein Geschäftsjahr, das noch in die Inflationszeit hineinragt, und infolgedessen wirtschaftlich nicht entfernt so ertragreich sein konnte, wie das jetzt bereits der Fall ist, eine ganz kolossale Abgabe. Wenn die Gesellschaft anstatt nur 800 000 Mark für Erneuerung einzusetzen, eine Million ihres Ertrages mehr auf Werkserneuerung verwandt hätte, dann wäre wahrscheinlich keiner der Aktionäre gestorben, aber die Wasserversorgung würde heute funktionieren und eine ungeheure Gefahr wäre von der Bevölkerung abgewandt.

Ganz anders sind die Städtischen Wasserwerke verfahren, sie haben für das Jahr 1924 bei einem Umsatz von rund 17 Millionen lediglich 800 000 Mark an ihren Eigentümern, die Stadt, abgeführt. Dafür haben sie nach Ausweis ihrer Bilanz nicht weniger als 2 Millionen auf Kapitalerwerbskonto und 3,9 Millionen auf Werterhaltung und -erneuerung abgeschrieben. Das heißt, aus der Sprache der Joffern in die wirtschaftliche Praxis übertragen: die Städtischen Werke haben Millionen-Beträge dafür verwandt, um ihre Leistungsfähigkeit in vollem Umfange wiederherzustellen. Sie sind infolgedessen auch in der Lage, die gegenwärtige Höchstproduktion von täglich 500 000 Kubikmeter Wasser glatt zu bewältigen. Wäre heute eine Rohrverbinding zwischen den Städtischen Werken und den Charlottenburger Wasserwerken hergestellt, dann würde die Kalamität nicht eingetreten sein. — Im städtischen Haushaltsauschuss fand deswegen Oberbürgermeister Böß eine einstimmige Unterstützung, als er als das Ziel der Berliner Kommunalpolitik die

Vereinheitlichung der Berliner Wasserversorgung

in der Hand der Stadt forderte. Nur der Volksparteiler Dr. Capari konnte es sich nicht verlagern, den privaten Werken zu sekundieren. Er meinte, daß man von den privaten Werken keine Reuinoestierungen erwarten könne, wenn ihnen die Vertragsdauer nicht neu garantiert werde. Für die privaten Werke soll es also selbstverständlich sein, daß sie aus wirtschafts-egonistischen Gründen sich ihren Verpflichtungen entziehen, während diese Betriebe niemals daran denken, anderen irgend etwas zu schenken. Heute bedauert wohl jeder, daß der Sozialisierungsgegnerwurf des früheren sozialdemokratischen Rätepräsidenten Paul Hirsch im Preussischen Landtage von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt worden ist. Wäre er Gesetz geworden, dann hätten wir eine einheitliche Verforgung in ganz Berlin und die jetzige Kalamität könnte nicht eintreten. Aus den Ausführungen des Oberbürgermeisters Böß ging klar hervor, daß die Werke absichtlich Kapitalanlagen gescheit haben.

Die Lehren.

Die bitteren Erfahrungen, die die Berliner Bevölkerung jetzt mit den privatwirtschaftlichen Erwägungen einer so großen, und wie immer behauptet worden ist, gut geleiteten Privatgesellschaft machen muß, dürfte dem Antikomunalisierungssimmel, der in den letzten Jahren fast überhand zu nehmen drohte, den Todesstoß verfehen. Es zeigt sich, daß der kommunale städtische Betrieb, zumal in der modernen Form der rein kaufmännisch betriebenen Gesellschaft, leistungsfähig ist und daß vor allen Dingen keine Ueber-schüsse zunächst dem Ausbau des Unternehmens zugute kommen. Was für Verhältnisse würden wir zum Beispiel haben, wenn die Berliner Strohhanbahn heute nicht in der Hand der Gemeinde wäre und infolgedessen ihre erste Sorge nicht die Erneuerung ihres in der Inflationszeit fast mitgenommenen Betriebes, ihrer Wagen und Geleise, sondern die Ausschüttung einer anständigen Dividende an die anleidenden Aktionäre wäre. Die Kalamität würde unabsehbar sein. Die Auseinandersetzung mit den Charlottenburger Wasserwerken, die durch ihr klägliches Verfehen heraufbeschworen ist, kann infolgedessen nur mit der Ueberführung dieser Werke in die Hand der Gemeinde endigen.

Die Berliner Städtischen Wasserwerke u. a. teilen mit: Im

Schnod.

Ein Roman von See und Sümpfen.
Von Svend Neuron.

Je stärker der Wideracher, desto größer Lohn und Befriedigung; ihr Magenack giert nach der langen Wurst, die Junge und Zähne so nahe spüren; es muß ihr gelingen, diesen gewaltigen Bissen sich zu unterwerfen — wie feinerzeit den kleinen Bruder — so daß er willenlos in ihrem Maule liegt und sie ihn voller Wonne drehen und darangehen kann, ihn hinunterzuschlingen.

Schnod dreht und windet sich, um ihre Zähne anzubringen; aber Schnod hat glücklicherweise so weit nach vorn sich festgehackt, daß jener kein Platz zum Bisse gelassen ist. Schnod steht nur das Schwanzstück zum Schlagen zur Verfügung — und damit legt sie denn auch so gewaltige Rodderwolken auf, daß sie sehr wohl einen Elefanten hätten verhüllen können.

Ueber drei Stunden währt der Kampf, und alle Eischollen des Tümpelloches zerschellen dabei in tausend Splitter! — da erst ist Schnods schlammstinkende Begnerin mattgelegt! Der Schlag gelang der alten Brudermörderin... von dem Tage an, als sie so groß nur war wie eine Stopfnadel, hatte sie diese Art von Großschlachten immer gewonnen.

Dann dreht sie mit einer hastig schnappenden Wendung die arme, mißhandelte Moorfrau herum und ersticht sie, indem sie ihren Kopf zwischen den Schlundwänden einkeilt...

Uber es sind vier Tage und vier Nächte nötig, bis Schnod durch das Türlein zu ihrem Schnürack hineingeglitten ist — das war doch endlich einmal ein Fisch, um den es sich gelohnt hat!

Schnodentwickselt sich.

Mit ihren gut anderthalb Metern Länge hatte Schnod nunmehr ungefähr das dänische Gardemaß erreicht, sie wog wohl etwa ein halbes Hundert Pfund.

Wie bei allen Hechten, die in kleinen Gewässern leben, hatte der Kopf sich unproportionalmäßig vergrößert. Ihr täglicher zäher Kampf um die Nahrung hatten zur Folge, daß sie die Kopfmuskeln viel gebrauchen mußte, weshalb diese sich denn auch besonders entwickelt hatten. Allein in ihrem Schnabel würde man jetzt bequem einen Holzschuh aufbewahren können! Die ehemals so lebendigen Farben an Rücken und Bauch

waren jetzt gänzlich verändert! Der Körper mit seinem tiefen Schwarz kämpfte mit dem stinkenden Schlamm des Moores um den Borrang, und breite, bronzegoldene Flammenstreife behahteten die fahlen Seiten. Draußen im Sonnenlicht leuchtete sie wie von Grünspan überzogen und kupferbeschlagen!

Ein Sagenhecht war sie... einer aus den guten, alten Tagen, von dem der Holzdrehler seinerzeit gefaselt hatte! Sogar eine förmliche Wähne fingerlanger Schuppen vom Nacken bis hinab zu den Brustflossen fehlte nicht.

Ihr Blick aber war bössartig, ein Gemisch von Gelb und Grün, Rote und Tüde, ähnlich wie der Scham der Sumpfwoge... ein wilder Hunger leuchtete ihr immerwährend aus dem einen starren Glohauge, und war der Hunger ausnahmsweise einmal gestillt, so wurde der Schimmer in dem Auge von einer unerklärlichen Eier abgelöst.

Die nächsten Moorlöcher um ihr Standquartier herum hat sie glücklich jedes einzigen Frosches, aller Wasserratten und Wildentenjungens beraubt. Und allen Schwalben, die hier im Fluge zu trinken pflegen, ist sie ebenio auf den Leib gerückt. Sie hatte wieder ein weites Stück über Land fahren müssen, bis sie in einem wilden, ausgedehnten Tümpel einläuft, den sie bisher noch nicht heimgesucht hat.

Hier glückte ihr wieder ein willkommener Streich: ein zweites, großes schlammüberzogenes Exemplar eines Sumpfhechtes, gewichtiger noch als Schnod, hat sie übermunden und verschlungen; der Bursche aber hatte sich gerade an einem kleineren von seiner Art gemästet — und in dem hatte eine ausgewachsene Wildente gelegen.

Frah... Frah!

Sie fühlte sich allerdings immer etwas schwer im Magen, denn sie hatte im Laufe der Zeiten ihn mit den merkwürdigsten Dingen gefüllt. Ueber verschiedene Haken und Messinglöcher fand sich da ein großer Schlüssel, den sie einmal in jüngeren Jahren, als sie unter dem Bauche eines der großen Schwimmgel gestanden, wie einen Weißfisch durch das Wasser herabfallen sah. Dann war da noch ein Eßlöffel, den sie unter ähnlichen Umständen sich glücklich angeeignet hatte, und ferner ein Bleislot — und eine Uhrkette: der Ueberrest vom Holzdrehler. Aber alles dies hatte sich ja eingekapselt und war als Nahrung nicht zu brauchen; allerhöchstens half es mit bei der Verdauung!

Eine Woche war sie mit ihrer letzten herrlichen Beute beschäftigt...

Sie macht neuen und immer neuen Frang; aber nach Verlauf von zwei Monaten hat sie auch diesen Loriphuhl ausgeraubt. Was nun und wohin?

Eines Abends wälzt sie sich durch blühende Iris, zwischen Binsengestrüpp und Sumpfsgras und schielt neidisch zu den großen Wasserjungfern empor, die kaum einen Zoll von ihrem Kopf entfernt fetten fliegen nachjagen. Ihr Hunger wird stärker denn je, sie vergißt sich so weit, daß sie schwarze Pferdeegel für Aale ansieht und die Wurzeln gewisser Wasserpflanzen verschlingt, von denen sie sich einbildet, es seien Würmer.

An dem stillen, lauen Sommerabend schieben sich die Schlag Schatten von den Ufern ins Wasser hinein und fügen einen ebensolchschwarzen Rahmen um den weinroten Schein der untergehenden Sonne. Wären noch ein paar Weißfische übriggeblieben, sie hätten einen Kopfsprung über das blanke Wasser vollführt!

Da bebt ein Schilfstengel dicht neben Schnod — und von ihrer Lauerstellung am Rande des Schilfes sieht sie den Weiderich droben auf dem Wasser umherhuschen. Der hinterlistige Ausdruck tritt in das flache Auge... sie mißt den Abstand, sezt dann in einem Fangsprung in die Luft...

Das erstemal ist der Vogel ihr zu schnell, das nächstemal aber ist der Versuch von Erfolg gekrönt — und das drittemal schießt sich die Tonne über dem Pflagekind des Weiderichs: einem großen, feuerrotäugigen Kuckusjungel!

Oho, sie hat so ihre Spezialitäten! Seit dem Sprunge damals aus dem Boote des Holzdrehlers hatte sie sich zu einem wahren fliegenden Fisch entwickelt.

Frah, Frah... der ewige Kehreim über wie unter dem Wasser!

Etwas für die Gurgel, viel für die Gurgel... Frah, Frah!

Der Tümpel ist sehr tief, von steilen, überwucherten Böschungen umgeben, nur an einer Stelle, wo einstmals an dem einen Ufer hinauf Torf gestochen worden ist, gehen Wasser und Land ganz allmählich ineinander über. In dem starren Lehm steht Spur neben Spur von den Hufen und Knochenröhren des Viehs, und überall dort sind die obersten grünen Spitzen aller Riedgrasbüschel abgegrast.

Hier befindet sich eine Schwemme.

Oftmals hat sie in ihrem unsäglich verhungerten Zustand, in einem Hungerrausch, der ihre Schwanzflosse wie wahnwichtig, in unaufhörlicher Jagd nach Nahrung, um sich peitschen macht, mit einem Rud innegehalten, wenn sie sah, wie ein Paar großer, dicker Beine im Schlamm wühlten. Eine graufende Färsle oder ein Ochse hatte sich dann der Tränke genähert und ist so weit hinausgewatet, bis ihm kühles Wasser um das Maul spülte.

(Fortsetzung folgt.)

Verorgungsgebiete der Berliner Städtischen Wasserwerke ist bisher ein Wassermangel nicht eingetreten, vielmehr hat sich ein empfindlicher Wassermangel nur in den von den Charlottenburger Wasserwerken (einer Privatgesellschaft) versorgten Stadtteilen gezeigt. Das von den Städtischen Wasserwerken gelieferte Wasser wird nur zu etwa 5 Proz. aus dem Müggelsee entnommen, während der Rest von 95 Proz. des gesamten Wasserbedarfs Grundwasser ist.

Auch Neukölln ohne Wasser!

Man schreibt uns: Die katastrophalen Zustände in der Wasserversorgung, hervorgerufen durch die Mängel bei den Charlottenburger Wasserwerken, machen sich bei uns ebenso bemerkbar wie im Westen. Dort wohnen die Menschen lange nicht so dicht gedrängt wie gerade in der Arbeiterstadt Neukölln mit ihren großen Mietkasernen. Wenn weiter berücksichtigt wird, daß gerade in dieser Gegend die Wohnungen überfüllter sind, weil zum großen Teil mehrere Familien sie zusammen teilen, so kann sich jeder ein Bild von diesen trostlosen Zuständen machen. In Schlangenreihen die Bewohner dieser Kasernen auf dem Hofe an, um nur das allernotwendigste Wasser zu bekommen. Sind schon die Verhältnisse in den düsternen Straßen selbst bei genügender Wasserzufuhr nicht gerade besonders glänzend, so sind sie jetzt einfach unhalbar geworden. Man stelle sich vor, was für ein pestilenzartiger Geruch die Häuser umlagert, wenn tagelang die Klosettspülung verliert. Wenn dieser Zustand auch nur noch einige Tage anhält, können sich Verhältnisse entwickeln, die für die Gesundheit und das Leben dieser bedauernswerten Bewohner gefährlich werden dürften. Hier ist es erst recht die Pflicht der Aufsichtsorgane, energisch durchzugreifen, damit gerade diese Teile der Stadt voll beliefert werden.

Die Wissenschaft vom Straßenverkehr. Freakonische Strafen für Fußgänger.

Soeben ist eine neue Polizeiverordnung über die Regelung des Fußgängerverkehrs erlassen. Sie tritt am 15. Juni in Kraft. Nach dieser neuen Verordnung dürfen Fußgänger in Verkehrsstraßen erster Ordnung den Fahrdamm nur an den Straßenseiten, und zwar im Zuge eines Bürgersteiges sowie auf den Schutzwegen überschreiten. In den Stellen der Straßen, an denen der Verkehrsverkehr der Fußgänger und Fahrzeuge von Polizeibeamten durch Lichtsignale oder durch Armzeichen geregelt wird, dürfen die Fußgänger den Fahrdamm nur überschreiten, während die Fahrzeuge in der zu überschreitenden Straße halten. Dabei darf der Fahrdamm nur vor den haltenden Fahrzeugen überschritten werden.

Diese Bestimmung findet auch entsprechende Anwendung auf Plätze, wo der wechselnde Verkehr der Fußgänger und Fahrzeuge geregelt wird. Die Nichtbeachtung dieser Verordnung wird mit einer Geldstrafe bis zu 150 M. oder entsprechender Haft bestraft. Aber auch ohne diese Strafandrohung dürfte das Publikum selbst in der Sorge um die eigene Sicherheit das lebhafteste Interesse daran haben, diese neuen Bestimmungen für den Fußgängerverkehr genau einzuhalten, denn jeder Schritt vom Bürgersteig ist bei dem Verkehr einer Weltstadt mit Gefahren für Leib und Leben verbunden. Gleichzeitig wird auch darauf hingewiesen, daß nach den früheren Bestimmungen das Stehenbleiben auf den Bürgersteigen verboten ist, ebenso das Gehen von mehr als drei Personen nebeneinander. Stöße und Schirme sind so mitzuführen, daß andere Personen weder gefährdet noch behindert werden können. Auch Gegenstände, die wegen ihrer Form und Größe andere Personen belästigen, gefährden oder beschmutzen können, dürfen auf dem Bürgersteig nicht mitgeführt werden. Doch stets rechts auszuweichen ist und rechts gegangen werden muß, dürfte wohl jedem Berliner zu Fleisch und Blut gemordet sein.

Sicherlich sind energische Maßnahmen notwendig, um dem Leichtsinne des Publikums, aus dem oft genug folgenschwere Unglücksfälle entstehen, ein Ende zu bereiten. Trotzdem scheint diese Strafe ungewöhnlich hoch, vor allem, wenn man bedenkt, daß viele ankommende Fremde dieser komplizierten verkehrspolizeilichen Vorschriften völlig unfähig sind und noch nie Ähnliches gesehen haben. Will man schon eine solche „Belastigung“ auferlegen, so finde man sie mit einer Summe ab, die den miserablen Geldverhältnissen ein wenig Rechnung trägt und sehr davon ab, sich egoistisch hohe Summen zu verlangen. — Uebrigens scheint sich nach und nach eine ganze Wissenschaft vom Straßenverkehr herauszubilden. Vielleicht kommt es noch so weit, daß sich die Großstädter und alle die, die in die Großstadt reisen wollen, erst einer Prüfung unterziehen müssen, in der sie ihre Kenntnisse über die Regelung des Großstadtdrucks dargun müssen. Wenn sie dann diese Prüfung bestanden haben und trotzdem bei Verstößen gegen diese jüngste Wissenschaft erfaßt werden, wird man sie wenigstens mit Zug und Recht bestrafen können.

Das Montessori-Volkskinderheim am Wedding.

Am Leopoldplatz am Wedding ist das erste Montessori-Volkskinderheim neuerdings zu einem Tagesheim erweitert worden. Hier haben Kinder von 2 bis 6 Jahren ihre eigene, kleine Welt. Hier sitzen sie an kleinen, leichten Tischchen zu zwei oder allein, spielen beim Spiel auf dem Teppich, machen nach Musik rhythmische Übungen, ruhen, wenn sie müde sind, auf schnell hergerichteten Lagerstätten und fühlen sich so unendlich wohl dabei. Denn nichts ist Zwang, nichts geht nach Kommando. Sie suchen sich das Spielzeug aus, das ihr Interesse erregt und spielen angefüllt, ohne daß ein Erwachsener eingreift, ihre Fehler verbessert und zum Scheinmachten zwingt. Das Spielzeug, das ihnen zur Verfügung steht, ist das Material der italienischen Pädagogin Dr. Maria Montessori, das sie an diesen hundert Kindern aller Nationen erprobt hat und das wie kein anderes die schlummernden Fähigkeiten des Kindes weckt und bildet.

Was will die Schule? Sagen wir es kurz: Kenntnisse vermitteln, vor allem das Nützlichste, Lesen, Schreiben, Rechnen. Was wollen die Kindergärten? Kinder beschäftigen und „aufbewahren“ in der Zeit, wo die Eltern der Arbeit nachgehen. Dr. Maria Montessori will mit ihren Kinderheimen unendlich mehr. Sie will dem Kinde keine Kenntnisse „beibringen“. Sie fragt: Wie mache ich dem Kinde den Weg frei zu den Fähigkeiten, die in ihm liegen? Dazu hat sie die Pädagogik und die Schulen ganz Europas studiert, als Pädagogin und Erzieherin an normalen und abnormen Kindern Erfahrungen gesammelt, immer wieder probiert, bis sie ihr Material zur Sinnesausbildung, das die Kinder in höchstem Maße interessiert, so daß sie freiwillig die Übung wieder und immer wieder vornehmen, fertig hatte. Daß ihr Material das richtige ist, beweist der Erfolg, es ist so sinnreich konstruiert, daß die Kinder selbst die Fehler, die sie machen, erkennen können. Die Kinder, die ein Montessori-Kinderheim besuchen, erlangen so kein ausgebildete Sinne, sei es nun Gesichtsinn, Gehörinn, Muskelinn, ein solches Abschätzungsvermögen, daß sie Erwachsene darin beschämen. Und die Fertigkeiten, die sie sonst unter viel Geduld und Zwang lernen: Lesen, Schreiben, Rechnen, eignen sie sich hier mühelos an.

Das klingt übertrieben, ist aber die Wahrheit. Es wird verständlich, wenn wir den Entwicklungsprozess im „Montessori-Kind“ verfolgen. Von früh an sucht es sich seine Beschäftigung selbst, wählt die, die seinem Entwicklungsstand entspricht — denn eine andere hat keine Reize für das Kind. An dieser Sache arbeitet es, solange es will, ohne äußeren Antriebs, auch ohne Lob, es tut wirklich alles nur aus sich heraus. Die vollendete Arbeit gibt dem Kinde vereinfachte Sinne, innere Befriedigung, Lust zu neuer Arbeit, es führt immer einen Schritt weiter auf seinem eigenen Wege. Was gibt es Höheres beim Erwachsenen, als daß er die Arbeit um ihrer selbst willen tut? Das tut das Kind im Kinderheim, es hat also eine ganz andere Einstellung zur Arbeit, die einzig richtige.

Die Montessori-Methode kennt keine Strafen, keine Belohnungen. Ein anerkennendes Wort in dem einem Fall, bei einer Unart ein schlichtes: das tut man nicht, das ist alles. Und

die vielen Kinder, 30 bis 40 in einem Heim, folgen willig solchen Worten der Leiterin und erziehen einander. Es gibt kein Strebertum, kein Vorlesen, kein Abgucken, jedes Kind ist bereit, dem anderen zu helfen, daß es darum bittet.

Bezirksverband Groß-Berlin!

Der Bezirksvorstand beruft hiermit für Freitag, den 19. Juni, abends 7 Uhr, nach dem Preussischen Landtag (Saal 12) einen

Bezirksbeamtentag

ein. Tagesordnung:

1. Die Beamtenpolitik der Sozialdemokratie im Reichstage. Referent: Genosse Stelling, M. d. R.
2. Der Neuaufbau des Reichsbeamtenbetrags. Referent: Genosse Hermann Wäger.
3. Wahl der Berliner Mitglieder des Reichsbeamtenbetrags.
4. Wahl der Beamtensprecher für den Bezirksvorstand.

Zur Teilnahme berechtigt sind außer den Mitgliedern des Bezirksvorstandes, des Reichsbeamtenbetrags und der Reichs- und Landtagsfraktion sämtliche Mitglieder der Beamtenwerkeauschüsse, die sich im Besitze einer Funktionärkarte befinden. Die Funktionärskarte dient in Verbindung mit dem Mitgliedsbuch der Partei als Ausweis. Die Bezirksvereineauschüsse der Post, Polizei, Eisenbahn, Kommune, Verwaltung, Finanzen und Steuer, Justiz und weiblichen Beamten müssen — soweit dies noch nicht geschehen ist — noch vor dem 19. Juni zusammentreten und sich über die Person der von ihnen vorzuschlagenden Vertreter für den Reichsbeamtenbeirat einigen. Die Vereinsauschüsse der Polizei- und Kommunalbeamten haben dem Bezirksbeamtentag außerdem je einen Vertreter für den Bezirksvorstand vorzuschlagen.

Der Bezirksvorstand.

Waldbrand bei Velten.

Mehrere 100 Morgen Forstbestand vernichtet.

Ein Großfeuer, das meistens zu sehen war, wütete seit Mittwoch in der Nähe von Velten, wo zurzeit ein neuer Verbindungsstapel zur Havel durch Waldgelände usw. erbaut wird. Am Mittwoch geriet dort Waldboden, auf dem eine Menge trockener Reisig lagen, in Brand. Die Flammen fanden so reiche Nahrung, daß ein Böschchen ausgeschloffen war. Rasend schnell fanden große Flächen in Flammen. Diese griffen dann auf den angrenzenden Wald über. Unbeschreibliche Hitze und mächtige Rauchwolken erschwerten die Annäherung an den Brandherd, der ständig trotz aller Bemühungen zahlreicher Wehren aus Velten, Hennigsdorf, Stolpe, Bergsdorf, Böhmow usw. und zahlreicher Arbeiter usw., an Ausdehnung gewann. Man versuchte es mit Gräbenziehen, Gegenfeuer und Sandaufwerfen, sowie mit Abholzen. Gegen Abend schien die Nacht des entsetztesten Elements gebrochen. Nur hier und da glimmten die Baumstümpfe, rauchte die glühende Asche. Aber in der Nacht wurden die glühenden Reste von neuem zu hellem Feuer entzündet. Der Wind haft mit und am Donnerstag war der Brand noch gefährlicher als am Tage vorher. Abermals mußten die Wehren, Forst- und Kanalarbeiter sowie freiwillige Hilfskräfte herbeigerufen werden. Stundenlang war die Gefahr groß, daß man fast keine Hoffnung auf Eindämmung hegte. Schließlich gelang die Eintreibung. Der Schaden ist natürlich gewaltig, denn es sind mehrere hundert Morgen von den Flammen ergriffen worden. Heute, Freitag, wird sich erst die ganze Größe des Brandes übersehen lassen.

Im Schlaf überfallen.

Eine schwere Schlägerei entwickelte sich in dem Wartesaal 4. Klasse auf dem Steglitzer Bahnhof. In dem Wartesaal befanden sich etwa 5 junge Burken, die dort müßig herumlungerten und ein Arbeiter, der auf seinem Stuhle ein wenig eingeschlafen war. Plötzlich fühlte er, wie jemand sich an seinem Rock zu schaffen machte. Er erwachte sofort und sah nun, daß einer der Burken versuchte, ihm die Brieftasche aus dem Rock zu ziehen. Böllig ermuntert, wehrte er den Dieb ab und konnte ihm die Brieftasche, die dieser bereits in der Hand hielt, wieder entreißen. Der Burke wollte seine Beute aber nicht so ohne weiteres im Stich lassen und schlug auf den Arbeiter ein, wobei er von den anderen unterstützt wurde. Obwohl der Überfallene sich einer großen Leberjäh gegenüber sah, teilte er kräftige Hiebe aus, wobei ihm ein Stuhlbein, das, wie er sagt, „plötzlich in seine Hand rutschte“, treffliche Dienste leistete. Unabwäglich droht er auf seine Angreifer ein, so daß sie endlich von ihm ablassen mußten. Einer der Burken versetzte dem Manne einen Stoßhieb, der ihm das Nasenbein zertrümmerte. Beamte der Schulpolizei trennten die Kämpfer und nahmen den Taschendieb, einen arbeitslosen 24 Jahre alten Bruno Gendrich fest. Er hat bei der Schlägerei eine schwere Verletzung des rechten Auges davongetragen und wurde als Polizeigefangener in das Krankenhaus gebracht. Ebenso mußte sich der Arbeiter in ärztliche Behandlung begeben. Er hat zwar seine Brieftasche vor den diebstahligen Händen retten können, doch muß ihm der Burke vorher schon die silberne Uhr mit Kette entwendet haben, da er sie später nicht mehr bei sich hatte. Wahrscheinlich hat der Dieb sie, ehe er nach der Brieftasche griff, einem seiner Helfershelfer bereits zugesteckt.

Eine Tragikomödie.

Als Tragikomödie bezeichnete der Staatsanwalt den Fall zweier Gefängnisaufseher im Untersuchungsgefängnis Moabit, die wegen schuldhafter Gefangenenscheidung vor dem Schöffengericht-Weite angeklagt worden waren. In einem dienstfreien Tage hatten sie es übernommen, einen Untersuchungsgefangenen auszuführen. Obwohl der Richter die Festsetzung angeordnet hatte, ließen sie sich überreden, von dieser Maßnahme Abstand zu nehmen. Statt den Gefangenen nach Bismarckhof zu führen, wie die Bestimmung lautete, wurden die beiden Aufseher weiterhin veranlaßt, mit ihm zum Zentralhotel zu gehen, weil er angeblich dort seinen Chef treffen würde. Als dieser nicht dort war, gingen sie mit ihm zu Uehlinger, um dort ihre Frühstücksbrote zu verzehren und führten ihn dann auf seine Verankerung, daß der Chef jetzt im „Heidelberger“ sein würde, dorthin. Aber nicht genug damit, sie fielen auch auf den Teil des Gefangenen herein, der sie bat, um jedes Aufsehen zu vermeiden, zwei Schritte zurückzubleiben. In dem Gedränge, das um die Mittagzeit in dem Lokal herrschte, gelang es dem Gefangenen, den Aufsehern zu entkommen und durch einen zweiten Ausgang zu verschwinden. Die Angeklagten waren geständig, daß sie aus Gutwilligkeit sich zu einer Abweichung der strengen Dienstvorschriften hatten verleiten lassen. Es wurde ihnen von ihrem Vorgehen das Zeugnis ausgefällt, daß sie zu den besten Beamten des Gefängnisses gehörten. Auch der Gefängnisinspektor hatte aus dem scheinheiligen Wesen des Gefangenen den Eindruck gewonnen, daß er harmlos sei und nicht daran denke, zu entfliehen. Die Verteidiger boten, die tadellose 20jährige Amtsführung der Angeklagten zu berücksichtigen, und auch dem Umstand, daß sie ohne jeden Vorteil gehandelt hätten, Rechnung zu tragen. Demgemäß erkannte das Gericht auf eine geringe Geldstrafe von 120 M. gegen den einen und 75 M. gegen den anderen.

Fahrtpreismäßigung für Schulkinder des Bezirks Neukölln. Für Kinder, die infolge ihrer Beziehungen aufs Land fahren wollen, kann Fahrtpreismäßigung eintreten. Nach den Bestimmungen müssen die Kinder entweder Transporten angegeschlossen werden oder mindestens vier einen größeren Teil der Strecke gemeinsam zurücklegen. Der Aufenthalt auf dem Lande muß mindestens vier Wochen dauern. Die Fahrt darf nicht an Sonn- und Feiertagen stattfinden. Ausgeschlossen sind Reisen nach Industrie- und Großstädten. Diejenigen Kinder, die von der Bergünstigung Gebrauch machen wollen, haben sich zur Erlangung eines Antrags bei Volksschulen an die Schulpflegerin bei höheren Schulen an den Leiter der Anstalt zu wenden. Für Reisen nach jenseits des polnischen Korridors liegenden Ortschaften ist geplant, Kinderfahrbücher zu lassen. Diese Anträge müssen spätestens bis zum 18. Juni dem Gesundheitsamt (Randaufenthalts), Rathaus, Neukölln, 1. Treppe, Zimmer 154, eingereicht sein, da spätere Meldungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Ein unglücklicher Schuß.

Böse Folgen eines nächtlichen Zusammenstoßes.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II hatte sich der Polizeioberwachmeister und Diensthilfsführer Bruno Schulze gegen die Anklage des Amtsmißbrauchs und der Körperverletzung mit Todeserfolg zu verantworten. Wie die Beweisaufnahme ergab, hatte er in Notwehr für seinen Kollegen Koch auf einen Chauffeur Rudolf Glöck ein tödliches Schuß abgegeben.

Auftraggemäß machten die beiden Beamten in der Nacht zum 2. November v. J. mit ihren Hunden in der Ortschaft Brüg Straßendienst. Gegen 4 Uhr morgens kontrollierten sie ein dortiges Lokal, in dem ein Turnklub noch ein Vergnügen veranstaltete. Um diese Zeit fuhr ein defekter Kraftwagen, der sich auf einer Schotterstraße befand, vor. Einige Kellner, Chauffeurs und einige Damen verfolgten ihn und gingen in das Lokal, um dort Zigaretten zu kaufen. Zwei Anfallen des Kraftwagens gerieten wegen der Wahl einer Dame zum Tanz in Streit, der Beamte Koch wies den Angreifer Glöck juristisch, wurde jedoch selbst von diesem angegriffen. Der stark angeheiterte Kaufmann überwallte auch noch den Beamten Schulze, der bei einem unglücklichen Griff im rechten Unterarm eine plötzliche Sehnenzerrung davontrug und wegen heftiger Schmerzen sich nicht weiter wehren konnte. In seiner Not zog er seine Revolverpistole und gab einen Schuß auf Glöck ab, so daß dieser sofort tot zusammenbrach. Der Staatsanwalt erkannte selbst, daß die Anklage auf schwachen Füßen stehe und gab sich mit einem Antrag auf sechs Monate Gefängnis zufrieden. Die Rechtsanwältin Dr. Sack und Dr. Aras machten geltend, daß der Beamte in rechtmäßiger Ausübung seiner Befugnisse seine Pflicht getan habe. Das Gericht erkannte eine Schuld nicht für vorliegend, sprach den Angeklagten frei und entschuldigte den folgenloseren Schuß damit, daß der Beamte, der gar nicht die Absicht gehabt hatte, den Brustkorb des Begneters zu treffen, im Pistolenziehen nicht genügend ausgebildet (!) war.

Wie er sich helfen wollte.

Eine höchst seltsame Auffassung von der Ehe hatte der Kaufmann Caspia und eine Frau Piska. Beide lebten in Weußen und hatten ein Liebesverhältnis, obwohl Caspia verheiratet war und vier Kinder besaß. Die Ehefrau kam schließlich hinter dieses Verhältnis und es gab fortgesetzt Eifersuchtsjahren. Um dem zu entgehen flüchtete das Paar nach Berlin. Der Bri, bei dem sie wohnten, nahm jedoch nach einiger Zeit Anstoß an dem Verhältnis der Beiden. Caspia mißbrauchte den Namen eines Bandenmannes namens Fränkel und ließ sich die standesamtlichen Urkunden ausstellen, mit deren Hilfe er dann als Fränkel seine Geliebte heiratete. Das Ehehindernis wurde jedoch nach kurzer Zeit durch die rechtmäßige Ehefrau gestört. Auf der Suche nach dem pflichtvergessenen Familienvater, den sie wegen seiner Unterhaltungslosigkeit in Anspruch nehmen wollte, ermittelte sie dessen Aufenthaltsort. So kam die Bigamie ans Tageslicht. Das Schöffengericht hatte Caspia zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hatte sich damit auch beruhigt. Seine zweite Frau jedoch war mit der ihr zukünftigen Strafe von 9 Monaten Gefängnis nicht einverstanden. Die Strafkammer des Landgerichts III gewann aber die Ueberzeugung, daß sie ebenso schuldig sei, denn sie wußte, da sie aus demselben Ort stammte, ganz genau, daß ihr Liebhaber schon verheiratet war. Deshalb wurde ihre Verurteilung verworfen.

Steuertarten für Kraftfahrzeuge. Wir weisen unsere Leser auf die Veröffentlichung des Finanzamts Börsen im Anzeigerblatt des Blattes hin, die Steuertarten für Kraftfahrzeuge in der Zeit vom 22. Juni bis 31. Juli 1925 zu erneuern.

Großfeuer in Boston.

New York, 11. Juni. (U.) Auf der Halbinsel nördlich von Boston ist ein Großfeuer ausgebrochen. Betroffen ist das Gebiet, in dem sich die Sommervillen, darunter auch die Villa Coolidge, befinden, jedoch ist die Villa des Präsidenten vom Feuer nicht berührt worden. Es sind viele hundert Villen zerstört oder beschädigt worden. Die Zahl der Obdachlosen ist bisher nicht abzuschätzen. Die Feuerwehren der gesamten Umgebung sind alarmiert worden. Außerdem wurden auch militärische Abteilungen zur Hilfe herbeigeholt. Der Sachschaden wird bis jetzt auf 400 000 Dollar geschätzt.

Winter in Sibirien. Vom 6. Juni wird aus verschiedenen Gebieten Sibiriens berichtet, daß anhaltende Fröste das Wintergetreide schädigen und den Graswuchs zurückhalten.

Arbeitersport.

Fußball.

Spieler am Sonntag, den 14. Juni 1925.

Verolina stätet mit 2 Männermannschaften Tasmania-Frederdorf einen Besuch ab, M.S.C. fährt nach Birkenwerder mit der ersten Mannschaft. Lichtenberg 3 spielt mit der 1b Mannschaft gegen Einigkeit 25 in Jeperndorf. Rowaves empfängt Schöneberg in Wabelberg mit 2 Männermannschaften. Vorwärts-Hennigsdorf begibt sich nach Sparta 11, um dort mit 2 Mannschaften seine Kräfte zu messen. Lichtenberg 1 fährt mit der 1b Mannschaft nach Neuhof und spielt gegen S.C. Richterwald. Der ostdeutsche Meister S.V. Stralau spielt auf eigenem Platz in der Söhlerstraße mit 2 Männermannschaften gegen Reichendorf. Richterwald — V.C. Moabit, R.S.C. II. — Kauf-Brig II. Sonntags finden folgende Jugendspiele statt: V.f. V. Rüpenid — Lichtenberg 3. Vorussia — V.f. V. Rüpenid 2. Rinerna — Bilmersdorf 1. und 2. Mannschaften Sparta 2. — Lustig, Fabel, Sparta 1. — R.S.C. 1. Mannschaft, Lichtenberg 1. Schüler — Bilmersdorf, Rowaves 1. Jugend — Müstig-Vorwärts. 2. Jugend — Rowaves 2. Am Sonnabend, den 13. spielt Vorussia 1. Männermannschaft gegen A.T. Weihenau in Reinigsdorf. Stralau 1b empfängt Lichtenberg 1b in der Söhlerstraße. Eick-Gieshal fährt zu Teutonia.

Auf zum Arbeiter-Fußball in Eberswalde! Der Reichsarbeiter-Sporttag ist in Groß-Berlin vom 14. auf den 28. Juni verlegt. In Eberswalde waren sämtliche Vorbereitungen schon getroffen. Auf diesem Grunde findet nun, um den Sportplatz auszunutzen, ein Arbeiter-Fußballtag statt. Die bürgerlichen Vereine, die die Platzverteilung in Eberswalde in der Hand haben, veranstalten als Gegenmaßnahme auch einen Fußballtag. Arbeiter-Fußballer Groß-Berlins! An Euch liegt es nun, ob die Arbeiter-Fußballbewegung in Eberswalde weitere Fortschritte machen soll oder nicht. Scheut nicht die Pfennige an Fahrgehalt, wo es gilt, etwas Großes zu unterstützen. Sonntags-Rückfahrkarte nach Eberswalde 1,90 Mark.

Lausitzkreuzer „Die Ratzeburger“ (Kretzschmar) Wkt. Schnabbunnen. Sonntag, den 14. Juni, Wanderung nach dem Ueber See (Grundhild). Ueber See am Abend, nachmittags 1,45 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen bis Reichow (Rückfahrkarte). Führer: Schwaga.

4. Bezirk, Berlin, Sonntag, den 14. Juni, 8 Uhr, im Turnerheim, Sozial-Genossenschaftsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht, 2. Abrechnung vom Sozialtag, 3. R.S.C. 2. Mannschaft, 4. Sozialgenossenschaft. Erfahrenen aller Sportlerinnen ist Pflicht, die Revolution 7½ Uhr. Der am 10. Juni nach die Karten abzurufen muß, auch es fernbleiben nachlesen. — R.S.C. Karten zum 28. Juni im Stadion sind ebenfalls beim Sozialgenossenschaft, Berlin W. 90, Barbarossastr. 40, zu haben.

Aus den Bezirken.

1. Bezirk — Mitte.

Der Kreisvertretertag vom Dienstag, den 9. Juni, nahm den Jahresbericht des Kreisvorstandes entgegen. Der Berichterstatter behandelte vor allem die geleistete Arbeit, erwähnte den großen Fleiß und Opfermut der Funktionäre und der tätigen Mitglieder. Zum Ausdruck kam das in den von Wahl zu Wahl steigenden SPD-Stimmen und in der Zunahme der Parteimitglieder. Von diesem guten Kampfesgeist befeuert müsse auch in Zukunft gewirkt werden. Hervorzuheben sei, daß die Jugendgruppen des Kreises (SAD) gutes leisten, ebenso die neugegründete Gruppe der Jungsozialisten. Der Kinderfreundebewegung müsse noch mehr Beachtung und Sympathie entgegengebracht werden; das gleiche gelte für die Bildungsarbeit und für den Bücherkreis, dem eigentlich jedes Parteimitglied angehören müsse. Die Kommunale Kommission des Kreises hat ebenfalls durch ihre Arbeit auf kommunalen Gebieten, durch die Befragung von Kommissionen, in der Wohlfahrt und durch Bestellung von Schiedsmännern im Interesse der Partei und damit für die arbeitende Bevölkerung gewirkt. Auch die Frauenbewegung mache sichtbare Fortschritte. Genosse Adolf Hoffmann sen., als Mitglied der Pressekommission berichtete, daß eine Verbilligung des „Vorwärts“ nicht anständig sei, dafür müsse für eine noch bessere Ausgestaltung des Blattes eingetreten werden. Vor allem müssen die Berichte über die Parteibewegung im Kreise eingehender sein. Dann gab Genosse Riese den Bericht der Bezirksverordnetenfraktion. Er betonte, daß die Fraktion bemüht war, in sozialistischen Sinne zu wirken. Wir müssen auch in Zukunft, gestützt auf die Parteigenossen und darüber hinaus, auf die gesamte werttätige Bevölkerung in Berlin-Mitte eine Politik treiben, von der die arme Bevölkerung Nutzen habe. Zwei parteigenössliche Stadträte wurden abgebaut, dafür wurde aber erreicht, daß Genosse Herrmann, bisher unbes. Stadtrat, von 32 Bewerbern zum bes. Stadtrat gewählt wurde. Zur Wahlfestigung gelangte ein Antrag zur Annahme, für die soz. Fahnenwochen den unbedeutenden Genossen vom Bezirksvorstand beschaffte Fahnen leicht weise zu überlassen. Als Kandidaten für den Reichsparteitag wurden vom Kreise die Genossen Adolf Hoffmann sen., Riese und Genosse Hoffmann jun. vorgeschlagen. Der alte Kreisvorstand mit Genossen Riese und Linde als Vorsitzenden wurde wiedergewählt.

11. Bezirk — Schöneberg.

Einer recht eigenartig juristischen Auslegung der preussischen Gebührenordnung huldigt der Dezernent des Schöneberger Wohnungsamts. Die letzte Bezirksverordnetenversammlung beschäftigte sich mit einer Anfrage des Bezirksverordneten Czerninski und Gen. (Soz.) betr. Erhebung von Gebühren von Personen, die dem Wohnungsamt zur Beschlagnahme von Wohnräumen dienende Angaben machen. Der Herr Dezernent des Wohnungsamts beantwortete die Anfrage, daß nach Paragraph 50a des Gesetzes erhoben werden müßten und die Hälfte davon an den Staat abgeführt werde. Die Anfrage unserer Genossen stütze sich auf folgenden Sachverhalt: Ein Einwohner teile dem Wohnungsamt im April d. J. mit, daß in dem Hause Berchtesgadener Str. 17 nach seiner Wahrnehmung seit Oktober 1924 eine Dreizimmerwohnung leer stehe. Er bat unter Beifügung eines Freilichters um Nachricht, welche Schritte das Wohnungsamt in dieser Sache zu tun gedente. Zwei Tage später war eine Antwort da. Sie lautete: „Nach der preussischen Gebührenordnung haben Sie erst 3 M. dem Wohnungsamt einzulenden, dann erfolgt die Antwort.“ Wenn also ein Einwohner ohne Gehalt oder Befoldung im Wohnungsamt mitarbeiten will, so bekommt er nicht etwa eine Anerkennung, sondern er wird dafür mit einer Geldstrafe belegt. Diese Strafe erhöht sich nach der Größe und Zimmerzahl der Wohnung. Das Wohnungsamt kann aber auch anders. Hätte der Einfender mitgeteilt, daß er seit Januar Bezirksverordneter ist, so hätte er die Auskunft umsonst erhalten. Diese Erklärung gab der Dezernent des Wohnungsamts nachträglich ab. Da hat also entweder der Gesetzgeber eine Lücke in seiner Verordnung gelassen, oder aber es gibt für das Wohnungsamt immer noch Einwohner 1. und 2. Klasse. Zu erwähnen ist aus dieser Sitzung noch, daß auch Herr Richard Kunze wieder einmal anwesend war. Nachdem er seinen wertigen Namen in die Anwesenheitsliste eingetragen und sich davon auf seinem Einstiegsplatz ein wenig erholt hatte, verschwand er wieder.

Auf dem Kreisvertretertag berichtete Genosse Wendt über das abgelaufene Geschäftsjahr. Die aufopferungsvolle Tätigkeit der Funktionäre und Mitglieder fand ihren Erfolg in den von Wahl zu Wahl sich steigenden Stimmen, die für unsere Partei abgegeben wurden. Bei der Reichstagswahl am 4. Mai erhielten wir 20 524 gleich 15,1 Proz. der Stimmen. Bei der Wahl am 7. Dezember erhielten wir 31 905 gleich 22,4 Proz. Die Präsidentenwahl am 29. März brachte uns einen weiteren Zuwachs von circa 2000 Stimmen. Wenn auch die Zahl der Mitglieder nicht im gleichen Maße stieg, so ist doch eine innere Festigung zu verzeichnen. Besonders ist insbesondere die Zunahme der weiblichen Mitglieder. Um ein Nebenander zu vermeiden, wurde um die Jahreswende 1924 ein Kulturkartell gegründet, in dem alle sozialistischen Organisationen, einschließlich der Bildungskommission, der Jugend, Jungsozialisten, Arbeiterwohlfahrt, Kinderfreunde, zusammengefaßt sind. Dieses Kartell hat trotz der Kürze des Bestehens in anerkannter Weise gearbeitet und erfreuen sich seine Veranstaltungen eines stetig steigenden Besuchs. Besonderen Wert müssen wir auf die Schulung und die Heranbildung tüchtiger Funktionäre legen. Die Arbeiterwohlfahrt war im Berichtsjahre tätig. Ganz besonders muß in der kommenden Zeit harte Kämpfe der Frauen- und Jugendbewegung mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Den Kollegen gab Genosse Lazar. Für die Pressekommission berichtete Genosse Willberg. In der Aussprache wünschte der Genosse Eduard Bernstein eine eingehendere Berichterstattung des „Vor-

Die Berliner Städtischen Werke im Jahre 1924.

Die Berliner Städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Aktien-Gesellschaften veröffentlichen jetzt die Berichte über ihr erstes Geschäftsjahr, das mit dem 31. Dezember 1924 endigte. Nach dem langen wirtschaftlichen Stillstand, der durch den Krieg und die Inflation verursacht war, zeigen alle drei städtischen Unternehmungen wieder einen Aufstieg. Bei den

Wasserwerken

betrug die verkaufte Wassermenge im Jahre 1924 rund 98 Millionen Kubikmeter. Die Zahl der Hausanschlüsse war am Ende des Berichtsjahres 65 031 gegen 64 361 am Ende des Vorjahres. Der Zuwachs belief sich also nur auf 670. Man kann aus dieser Zahl ersehen, wie langsam in Berlin die Bautätigkeit in Gang kommt. Der Wasserpreis wurde während des Berichtsjahres zweimal herabgesetzt, nämlich von 21 Pf. erst auf 19 und dann auf 17 Pf. je Kubikmeter. Vor einigen Wochen ist der Wasserpreis wiederum um 2 Pf. vermindert worden. Er beträgt jetzt nur noch 15 Pf. je Kubikmeter. Damit ist der Wasserpreis auf den Alt-Berliner Friedensstand gelangt. Für eine Anzahl von früher selbständig gewesenen Vororten bedeutet der neue Wasserpreis sogar ein erhebliches Herabgehen unter den Friedenspreis. So war z. B. der Wasserpreis vor dem Kriege in Charlottenburg 20 Pf., in Köpenick 21 Pf., in Lichterberg 22 Pf., in Pantow 20 Pf. gewesen. Diese starke Verbilligung wurde in der Hauptsache ermöglicht durch eine Neuorganisation der Wasserversorgung. Es wurde eine Anzahl kleiner und veralteter Wasserwerke der früheren Vorortgemeinden stillgelegt. Die Neuorganisation war durchführbar nach Schaffung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin, die eine der hervorragendsten Leistungen der Sozialdemokratie darstellt. Die Einheitsgemeinde hat auf dem wichtigen Gebiete der Wasserversorgung die auf sie gesetzten Hoffnungen in einer geradezu glänzenden Weise erfüllt. Während die Wasserwerke in einer guten Lage sich befinden, ist die der

Gaswerke

weniger befriedigend. Dies ist eine Folge der allgemeinen Verarmung und des Niederkriegens der Industrie. Die Gaserzeugung im Jahre 1924 betrug 354 Millionen Kubikmeter. Das sind zwar 20 Millionen Kubikmeter mehr als im Jahre vorher, jedoch bleibt die Erzeugung des Jahres 1924 noch erheblich hinter der des letzten Friedensjahres 1913, in dem sie 446 Millionen Kubikmeter ausmachte. Die ungünstige Situation der Gaswerke rührt übrigens nicht davon her, daß der Abfall in seiner Menge verkleinert ist. Vielmehr hat die schlechte Verfassung des Marktes der Nebenprodukte Schuld an der gedrückten Lage der Gaswerke. In welcher Weise die unzureichenden Einnahmen aus den Nebenprodukten auf den Gaspreis einwirkten, darüber gibt der Bericht folgende interessante Zahlen: Im Jahre 1913 deckte der Erlös aus Nebenprodukten die Ausgaben für Kohlen zu 95 Proz., im Jahre 1924 dagegen nur zu 67 Proz. Die restlichen 33 Proz. mußten durch den Gasverkauf mit aufgebracht werden. Die Direktion berechnet die Belastung des Gaspreises, die eine Folge der geringeren Einnahmen aus den

Nebenprodukten ist, mit 24 Pf. je Kubikmeter. Trotz der Ungunst der Verhältnisse wurde der Gaspreis im Jahre 1924 zweimal ermäßigt, nämlich zuerst von 21 auf 19 und dann auf 16 Pf. je Kubikmeter. Allerdings war die letzte Preisermäßigung verbunden mit der Wiedereinführung einer geringen Gasemferrnente, wie sie ähnlich vor dem Kriege bestanden hat. Auch bei den Gaswerken wurden, wie bei den Wasserwerken, große Umorganisationen durchgeführt, indem kleine, veraltete Anlagen stillgelegt, die größeren Werke aber modernisiert wurden. Diese Verbesserungen bewirken eine Verminderung der Herstellungskosten und bereiten damit eine weitere Herabsetzung des Gasverkaufspreises vor. Ähnlich wie bei den

Elektrizitätswerken

das Jahr 1924 eine Steigerung des Abfahes. Es wurden in dem letzten Jahre 462 Mill. Kilowattstunden nutzbar abgesetzt gegenüber 436 Mill. Kilowattstunden im Vorjahre. Der Zuwachs war teils eine Folge der allgemeinen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, teils eine Wirkung des neuen Grundgebührensatzes, der im April v. J. zur Einführung kam. Die Zahl der Stromabnehmer betrug Ende 1924 rund 274 000, von denen 57 000 im Laufe des Jahres neu hinzugezogen sind. Im ersten Vierteljahr 1925 belief sich der Zuwachs an Stromabnehmern auf weitere 26 000. Die Vermehrung der Anschlüsse ist sicher eine erfreuliche Tatsache. Sie bringt aber die Elektrizitätswerke in große Schwierigkeiten, da die vorhandenen Betriebsmittel alt und abgenutzt sind und den steigenden Ansprüchen nicht mehr genügen. Aus diesen Verhältnissen heraus ist das bekannte Projekt entstanden, ein modernes Großkraftwerk in Rummelsburg zu erbauen.

Das abgelaufene Jahr zeigt alles in allem einen bemerkenswerten Aufschwung der drei Werke. Natürlich bleibt noch vieles zu verbessern, vieles zu wünschen übrig. Insbesondere ist der Gaspreis noch nicht so weit vermindert, wie es die Interessen der ärmeren Bevölkerung wohl erforderten. Jedoch sind hier die Verhältnisse, wie sie durch die unglückselige Lage des Nebenproduktmarktes gegeben sind, vorläufig noch stärker als die Menschen. Wesentlich an dem Aufstieg der Werke beteiligt ist auch die neue Organisationsform der Aktiengesellschaften. Sie ermöglichte den Betrieben, besonders den oberen Leitungen, reich und sachgemäß zu arbeiten. Gern mag auch anerkannt werden, daß Oberbürgermeister Böhm, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Werke, die Angelegenheiten der drei Unternehmungen stets mit Verständnis und Wärme fordernde. Ich glaube, daß die Bevölkerung unserer Stadt mit einem gewissen Stolz auf die Leistungen dieser kommunalen Betriebe sehen kann. Die Sozialdemokratie im besonderen kann mit Recht einen großen Teil des Aufstiegs der Werke als ihr Verdienst in Anspruch nehmen; denn es sind unsere Parteigenossen, die in der Verwaltung der Unternehmungen eine wichtige und nützliche Arbeit leisten.

Dr. Ing. W. Majerczik.

wärts“ über die Tätigkeit der Parlamente. Mit Ausnahme des auf eine Wiederwahl verzichtenden Genossen Willberg wurde der Kreisvorstand wiedergewählt. Er setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender G. Wendt, 2. Vorsitzender Oscar Hauße, Kassierer Lazar, 1. Schriftführer Hagemann, 2. Schriftführer Hellwig; Beisitzer Hartung, Kammse, Bauhof, H. Wolf und Kudbeck; Frauenleiterin Frau Rohde; Bildungskommission Dr. Friedländer; Pressekommission Willberg.

12. Bezirk — Steglitz.

In den letzten Tagen sind wiederholt im Bezirk lebhaftige Klagen darüber geführt worden, besonders solche, die wegen Wohnfreistellen aus ihren Wohnungen entfernt worden sind, vom Wohnungsamt in Lichterfelde nicht untergebracht werden konnten. Die armen Leute mußten ihre Möbel tagelang in den Wagen stehen lassen und selbst bei Verwandten Unterschlupf suchen. Da aber dem Wohnungsamt auf absehbare Zeit keine Wohnungen zur Verfügung zu stehen scheinen, so ist die Aussicht für diese armen Menschen sehr gering, bald in einer menschenwürdigen Wohnung unterzukommen. Sollte es da nicht Aufgabe des Bezirksamtes sein, so schnell als möglich für die Aufstellung von Wohnbaracken zu sorgen, die in solchen Fällen die Ermittlungen vorläufig bis zur Bereitstellung ordentlichen Wohnraums aufnehmen könnten? Die SPD-Fraktion wird einen entsprechenden Antrag einbringen. Man muß von den in Frage kommenden Körperschaften erwarten, daß sie alles anbieten, um den haltbaren Zuständen ein Ende zu bereiten. Hier dürfte man mit Recht einmal die Frage aufwerfen, ob es wahr ist, daß von den vielen im Neubau begriffenen Wohnungen bisher noch unerhört wenig vermietet worden sind, weil die Bevölkerung weder die hohen Mieten aufbringen, noch auch die verlangten Baukostenzuschüsse zahlen kann. Es heißt, daß in einem anderen Bezirk eine erhebliche Anzahl von fertigen Wohnungen aus diesen Gründen leer stehen. Hier wäre ein Eingreifen des Reichstages und der Regierung dringend nötig. Es müßte erreicht werden, daß solche Wohnungen z. B. zwangsweise dem Wohnungsmarkt zugeführt werden. Diese Wohnungen sind mit Mitteln der Haussteuer, also aus den Mitteln der Bevölkerung, errichtet, um die Wohnungsnot zu lindern, es kann also nicht angehen, daß sie um des Kredites willen unbewohnt bleiben. Unsere Genossen sollten in allen Bezirken durch Umfrage sich Kenntnis von ähnlichen Zuständen verschaffen, damit ein einheitliches Vorgehen ermöglicht wird.

Seit langer Zeit sind die Verhältnisse an der Schwarzen Brücke im Zuge der Feldstraße für die Fußgänger un-erträglich. Zwei schmale Fußsteige begleiten den Fahrdamm zu beiden Seiten. Sie gewähren einem Menschen den nötigen Schutz. Der Fahrdamm ist so eng, daß zwei Fuhrwerke sich mit Not ausbiegen können. Nun nimmt aber der Verkehr gerade

über diese Brücke, nach und nach einen Umfang an, der jeden Fußgängerverkehr an dieser Stelle zu einer Gefahr werden läßt. An manchen Tageszeiten muß sich der Fußgänger vorsichtig über die Brücke stellen, weil ein Auto nach dem anderen kommt. An Regentagen wird hierbei auch die Kleidung in Gefahr gebracht. Alle Vorstellungen blieben bisher erfolglos. Nun sollte das Bezirksamt zur Selbsthilfe schreiten und zunächst vorläufig einmal die Fußgängersteige auf einer Seite reinigen, damit der Verkehr nicht mehr lebensgefährlich ist und zwei Personen ohne Gefahr vorübergehen können. Der Rest mag den Werken überlassen sein. Dann aber müßte so schnell als möglich an den Bau einer provisorischen Fußgängerbrücke gegangen werden, die die jetzige Brücke entlastet und sie ganz dem Fuhrwerksverkehr ausliefern könnte. Gerade das Lauenburger Viertel wird immer stärker bebaut und somit der Verkehr nach demselben von der Schloßstraße und der Kaiserallee immer stärker. Abhilfe und zwar umgehende ist hier dringend geboten. — In der letzten Mittelsberberatung wurde beschlossene, den „Steglitzer Anzeiger“ abzustellen. Alle Genossen mit Ausnahme der Bezirksverordneten und Stadträte sind an den Beschluß gebunden. Der Grund liegt in der feindseligen Haltung dieses Blattes während der Wahl und auch bei anderen Gelegenheiten. Die anderen Parteien des Volksblocks werden sich voraussichtlich diesem Beschluß anschließen.

„Gemeinschaftsland in Gefahr“.

Der Berliner Spar- und Bauverein E. G. m. b. H. schreibt uns: In Nr. 242 des „Vorwärts“ berichten Sie über einen geplanten Verkauf eines Teiles unseres in Falkenberg bei Grünau gelegenen Geländes an den Caritasverband resp. St. Hedwigs-Krankenhaus in Berlin. Sie nehmen in diesem Artikel scharfe Stellung gegen den Geländeverkauf. Wir haben hierzu folgendes zu bemerken und richtigzustellen: Seit circa einem Dreivierteljahr schwebten die Verhandlungen mit dem Hedwigs-Krankenhaus über diesen Verkauf. Seit Beginn der Verhandlungen ist der Siedlungsausschuß unserer Ansiedlung Falkenberg über den Stand der Verhandlung direkt oder durch dort wohnende Genossen, welche dem Vorstand und Aufsichtsrat angehören, auf dem Laufenden gehalten worden. Wenn während dieser Zeit auch hier und dort vereinzelt Stimmen laut wurden, die von einem Verkauf des Geländeteiles abrieten, so wurde doch nie grundsätzlich gegen den Verkauf Stellung genommen. Doch ausgerechnet jetzt, nachdem die Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, wiederum einzelne Mitglieder sich gegen den Geländeverkauf auflehnen, gibt zu starken Bedenken über den genossenschaftlichen Geist dieser Genossen Anlaß. In Wirklichkeit liegen die Dinge wie folgt: Richt die Stadtgemeinde Berlin oder das Bezirksamt Treptow hat auf uns ein-gewirkt oder gar gedrängt, den Verkauf zu tätigen. Selbstver-

Betrifft
BATSCHARI



Die begeisterte Aufnahme, die unsere
TUFUMA beim Raucherpublikum gefunden hat,
gab ihr erst die rechte Bedeutung.
Batscharis Fachkräfte sind Bürgschaft dafür, dass
ihre hervorragende Qualität behält. Sie wirbt ständig für sich selbst!
TUFUMA

ständig erscheint uns aber, daß diese Stellen ein lebhaftes Interesse daran haben, in dieser Gegend eine Kranken- oder Erholungsanstalt entstehen zu sehen. Aber auch unsere in Falkenberg bereits wohnenden, wie die später noch zuziehenden Mitglieder werden es begrüßen, im Bedarfsfälle ärztliche Hilfe in unmittelbarer Nähe zu haben. Ein Verkauf von Gelände an Grundstückspekulanten wäre niemals erfolgt; er ist nur zustande gekommen, weil es hier um eine gemeinnützige, der Volksgesundheit dienende Anstalt handelt, von der unsere Mitglieder keine Nachteile, dagegen aber Vorteile haben werden. Hierzu kommt, daß wir dem Caritasverband ein ungefähr 2,75 Hektar großes Gelände mit verkauft haben, welches wir der Bedienung nicht entziehen konnten, weil es freies Gelände ist und bereits als Freifläche ausgemessen war, unsererseits also der Kommune kosten- und losentfrei überlassen werden mußte. Das Gelände an der Bunzelstraße in einer Länge von 180 Meter, welches in dem Schriftsatz besonders erwähnt wird, wurde mitverkauft, weil u. a. Kinderbewerber die darauf zu bauenden Wohnungen schon wegen der hohen Straßengerüstungskosten nicht hätten beziehen können. Wir bezweifeln aber, daß die bereits in Falkenberg wohnenden Genossen, darunter Ihr Gewährsmann, sich bereit erklärt hätten, ihre Nutzungsgebühren erhöhen zu lassen, um einen Ausgleich zu schaffen, damit die an der Bunzelstraße gelegenen Parzellen im Preise niedriger bewertet werden können, so daß ein gewöhnlicher Sterblicher dort ein Siedlungshaus zu beziehen in der Lage ist. Dies alles ist unseren Falkenberger Genossen hinreichend bekannt und dürfte Ihrem Gewährsmann nicht unbekannt sein.

Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 16. Juni.

Bei der am 16. Juni im Deutschen Reich stattfindenden Volks-, Berufs- und Betriebszählung kommen an Erhebungspapieren zur Verwendung: eine Haushaltsliste zur Ausfüllung durch den Vorstand jedes Haushaltes oder dessen Vertreter, ein Land- und Forstwirtschaftsbogen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, einschließlich Lauben- und Kleingartenland von fünf hundert Quadratmeter Umfang und mehr, zur Ausfüllung durch den Betriebsinhaber oder Leiter, Pächter usw., und ein Gewerbebogen, zur Ausfüllung durch den Betriebsinhaber oder Leiter. — Nach einer durch Anschlag und im Gemeindeblatt veröffentlichten Bekanntmachung des Magistrats obliegt die Durchführung des gesamten Zählwerks in Berlin dem Statistischen Amt der Stadt im Zusammenwirken mit den für die einzelnen Verwaltungsbezirke obliegenden Zählungsabteilungen. Die Zählung selbst erfolgt durch ehrenamtliche Zähler mit Unterstützung der staatlichen Polizei und unter Mitwirkung der Hausbesitzer oder deren Vertreter, die verpflichtet sind, die Erhebungspapiere auf ihrem Grundstück auszuweisen und wieder einzusammeln. Nicht-dienstverpflichtete Personen, die bis zum 15. Juni die von ihnen benötigten Zählpapiere zufällig nicht erhalten haben, sie umgehend auf dem nächstgelegenen Polizeirevier anfordern. — Personen, die für die Zeit der Volks-, Berufs- und Betriebszählung Mitte Juni verreisen, können schon jetzt ihre Zählpapiere ausfüllen. Das empfiehlt sich besonders dann, wenn ganze Haushalte verreisen, oder wenigstens alle Personen aus einem Haushalt, die die Fragen eines Gewerbebogens beantworten könnten. Die Ausfüllung hat aber nach dem Stande des 16. Juni zu erfolgen, und die betreffenden Personen haben sich also in die Haushaltsliste als vorübergehend abwesend einzutragen. — Zählpapiere dafür sind beim zuständigen Bezirksamt (Zählungsabteilung) sowie in den Revierbüros der Polizei und im Statistischen Amt, C 2, Poststr. 16 zu haben und dem Hauswirt mit der Bitte zu übergeben, sie später dem Zähler zu übermitteln.

Die Heimarbeit in Berlin.

Die kürzlich in Berlin von der Gesellschaft für soziale Reformen veranstaltete Heimarbeitausstellung hat die große wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Heimarbeit dargetan. Auch Berlin ist Sitz eines ausgedehnten Hausgewerbes. Besonders die Berliner Bekleidungs- und Schuhindustrie beschäftigen in großem Umfang Heimarbeiter. Ueber ihre Zahl und ihre Verhältnisse soll die am 16. Juni d. J. stattfindende gewerbliche Betriebszählung, die mit der Volks- und Berufszählung vom gleichen Tage verbunden wird, auch Aufschluss geben. Es ist daher von größter Wichtigkeit, daß jeder, der als Hausgewerbetreibender oder Heimarbeiter in der eigenen Wohnung oder in eigener oder gemieteter Werkstatt für fremde Meister, Fabrikanten, Verleger, Kaufleute oder für ein Geschäft, auch wenn nur nebenher, arbeitet, einen Gewerbebogen ausfüllt und in diesem alle verlangten Angaben über die Art des Gewerbes möglichst genau einträgt. Das gilt insbesondere auch für Frauen, die für Geschäfte oder Zwischenmeister nähen, schneiden, Konfektion arbeiten, flicken usw. Nur diejenigen, die im wesentlichen für eigene Knudschaft arbeiten, gelten nicht als Heimarbeiter, sondern als selbständige Gewerbetreibende und haben als solche den Gewerbebogen auszufüllen. — Es liegt im eigenen Interesse aller Heimarbeiterrinnen und Gewerbetreibender, bei der Aufnahme mitgezählt zu werden, denn eine genaue Kenntnis des Umfangs und der Art der Heimarbeit ist die notwendige Voraussetzung für alle Maßnahmen, die zu ihrem Schutz etwa angestrebt werden, denn die Entzählungen finden lediglich für statistische Zwecke Verwendung; vor allem gelangen sie unter keinen Umständen zur Kenntnis der Steuerbehörden. Auch haben die an der Zählung beteiligten Personen über die Nachweisungen strengstes Amtsgeheimnis zu wahren.

Prüfung künstlerisch begabter Berliner Schüler und Schülerinnen. Das Berliner Landesberufsamt (SW 19, Niederwallstr. 12) veranstaltet am 18. und 19. Juni 1925, vormittags 9 Uhr, in der Kunstgewerbeschule (Charlottenburg, Hardenbergstr. 33) wiederum eine Prüfung von künstlerisch begabten Schülern und Schülerinnen aller Schulgattungen Groß-Berlins, die zu Michaelis d. J. die Schule

verlassen und darüber beraten sein wollen, ob ihre Begabung für einen künstlerischen oder kunstgewerblichen Beruf ausreicht. Schüler und Schülerinnen, die an dieser Prüfung teilzunehmen wünschen, haben selbstgefertigte Arbeiten (Zeichnungen, Malereien, Entwürfe, Bastarbeiten, Handarbeiten, plastische Arbeiten), aus denen allgemeine oder besondere Begabung, Formen- und Farbensinn und Phantasie sprechen, bereits am 15. und 16. Juni in der Zeit zwischen 10 und 2 Uhr im Sekretariat der Kunstgewerbeschule (Charlottenburg, Hardenbergstr. 33) abzuliefern und gleichzeitig die Prüfungsgebühr von drei Mark zu entrichten. Anmeldungen werden nur dort (nicht im Landesberufsamt) entgegengenommen. — Anträge auf teilweisen oder gänzlichen Erlaß der Prüfungsgebühr sind schriftlich unter eingehender Begründung und mit Bestätigung des Schulleiters bei der Anmeldung selbst vorzulegen. Später eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden. Zur Prüfung am 18. und 19. Juni sind Mal- und Zeichenmaterial und das erforderliche Papier mitzubringen.

Sonnwendfest in den Gofener Bergen am Sonnabend, den 20. und Sonntag, den 21. Juni 1925.



Nachfeier, 20. Juni, 11 1/2 Uhr nachts: Hornruf. — Sängerschöre. — Sprechschöre. — Symbolisches Spiel der Verbrüderung am brennenden Holzstoß: „Grenzenlose Erde“ von Max Barthel, ausgeführt von der arbeitenden Jugend.

Morgensfeier, 21. Juni, vormittags 11 Uhr: Orchestermusik. — Sängerschöre. — Regitationen. — Sprechschöre.

Nachmittagsfeier, nachm. 3 Uhr: Orchestermusik. — Sängerschöre. — Gymnastische Übungen für alle. — Festspiele. — Puppentheater.

Künstlerische Leitung der Festspiele: Ernst Looskamp. — Regie: Ernst Raben

Preis pro Karte 0,50 Mk.

Zu haben in allen Gewerkschaftsbüros, in der Gewerkschaftsdruckerei und in der Druckerei Engelster 24 A, in den Geschäftsstellen der Freien Volksbühne, Jugendsekretariat Lindenstr. 2, Poststr. 11, Erziehungsverein der Arbeiterfreunde, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Seebaustr. 37/38, Buchhandlung Bernwardi, Lindenstr. 2, bei den Obleitern der Bildungsauslässe, im Bezirksbildungsausschuss Lindenstr. 2, Poststr. 11, Zimmer 8, und überall da, wo Plakate ausgehängt.

Städtische Anleihe in Amerika.

In der Städtischen Finanzdeputation berichtete kürzlich der Kommerzienrat über den weiteren Verlauf der seit Monaten schwebenden amerikanischen Anleiheverhandlungen. Nachdem der Kurs der Reparationsanleihe in New York in letzter Zeit auf etwa 97 gestiegen ist, scheinen die Aussichten etwas günstiger zu werden, als zuletzt. Voraussetzung für die weiteren Verhandlungen ist natürlich ein Anleihenbeschluß der städtischen Körperschaften und die Genehmigung der Aufsichtsbehörden. Die Finanzdeputation beschloß, den städtischen Körperschaften einen entsprechenden Beschluß zu empfehlen. Der Betrag der Anleihe würde voraussichtlich nicht über fünfzig Millionen Mark gehen. Diese würden ausschließlich für die Erweiterungsbauten der Elektrizitätswerke, zum Teil für die Fertigstellung der Nord-Süd-Bahn gebraucht werden. Welche Bedingungen im Hinblick auf den Leber- und Zinsfuß erreichbar sein werden, ist im Augenblick noch nicht bestimmt zu übersehen. Jedenfalls wird der nominelle Zinsfuß nicht über 7 Proz. hinausgehen. Eine entsprechende Vorlage wird der Stadtordeordnetenversammlung in nächster Woche zugehen.

Wichtig Jahre alt wird heute die Genossin Auguste Klahr, Friedenau, Berlinerstr. 5. Die Friedenauer Abteilung veranstaltet ihr zu Ehren am Sonnabend, den 13. Juni, eine gemütliche Feier im Parteiloal von Klabe.

Beim Baden ertrunken. Im Freibad Blögensee ertrank gestern nachmittags ein etwa 12-bis 13-jähriger Knabe. Trotz sofortigen Abbindens durch die Wasserpolizei konnte die Leiche noch nicht geborgen werden.

Durch das Fußballspielen auf der Straße hat sich wieder ein Unglücksfall ereignet. Der in der Rostocker Straße wohnende zehnjährige Schüler Herbert Fiborla wollte beim Fußballspielen auf der Straße einem herannahenden Wagen ausweichen, kam zu Fall und brach sich den rechten Arm.

Jugendmeide Krutwin. Heute Freitag, nachm. 4 Uhr, Beginn des Unterrichtes in der Knaben-Mittelschule Donaustr. 20.

Kulturartel Schöneberg-Friedman. Den Genossen wird empfohlen, das Volkstheater des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Otto Koenigsberg, am Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Neuen Rathauses, Schöneberg, Kubold-Wilde-Platz, zu besuchen. Ferner werden alle Genossen zur Teilnahme an der Sommerfeier des Groß-Berliner Kulturartels am 20. und 21. Juni in den Gofener Bergen, aufgefordert.

Jugendveranstaltungen.

- Abend, Abteilungsleiter:** Hoff die Karten zur Sommerfeier ab. Persönlich am Abend, wer aus einem solchen besteht.
- Abend, Abteilungsleiter:** Abendessen der Zeitungsredaktion im Parteiloal von Klabe am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr.
- Musik II:** Gemeindefest am Stephansplatz, Sonntag, Friedrich-Ebert-Str. 12, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Neuen Rathauses, Schöneberg, Kubold-Wilde-Platz, zu besuchen. Ferner werden alle Genossen zur Teilnahme an der Sommerfeier des Groß-Berliner Kulturartels am 20. und 21. Juni in den Gofener Bergen, aufgefordert.
- Kulturartel Schöneberg-Friedman:** Den Genossen wird empfohlen, das Volkstheater des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Otto Koenigsberg, am Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Neuen Rathauses, Schöneberg, Kubold-Wilde-Platz, zu besuchen. Ferner werden alle Genossen zur Teilnahme an der Sommerfeier des Groß-Berliner Kulturartels am 20. und 21. Juni in den Gofener Bergen, aufgefordert.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einreichungen für diese Rubrik sind stets an das Geschäftsamt, Poststr. 2, am 2. Haus, rechts, zu richten.

Abteilung, Fraktionsvorsitzende der Bezirksordnungen und Stadtordeordnetenfraktion: Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, die angekündigte Sitzung. Alle mit Einladung versehenen müssen erscheinen.

Das kommunale Sekretariat:

3. Kreis Reichsbanner: Heute, Freitag, 7 Uhr, Sitzung der Arbeiterwohlfahrts-, Kinder- und Frauenkommission bei Köpcke, Sauerstr. 12. Jede Abteilung muß vertreten sein. — Am Sonnabend, den 13. Juni, veranstaltet die A. B. Fr. einen Sommerfestabend, verbunden mit Concert, turnerischen Auftritten sowie humoristischen Reden in Schwanitz Etablissement in Treptow. Eintritt inkl. Steuer 20 Pf. Anfang 7 Uhr.

6. Kreis: Arbeitskommissionen: Freitag abends 8 Uhr Sitzung im Saal der Juristischen Reichsanstalt, Lindenstr. 2.

Heute, Freitag, den 12. Juni:

48. Abt. Kommunale Kommission: 7 1/2 Uhr Sitzung der Reichsanstalt, Lindenstr. 2. Vorsitzende Herr Schöck. Die wirtschaftliche Situation der Groß- und Kleinrentner.

49. Abt. Reichsbanner: 8 Uhr Reichsbannerabend bei Köpcke, Sauerstr. 12.

109. Abt. Reichsbanner: 7 1/2 Uhr Frauenabend im Saal der Reichsanstalt, Lindenstr. 2.

127. Abt. Reichsbanner: 7 1/2 Uhr Reichsbannerabend im Saal der Reichsanstalt, Lindenstr. 2.

Reichsbanner: Die Gruppenleiter teilen dem Geschäftsleiter sofort ihre vorläufigen Juli-Programme und die Bekanntmachungen mit, deren Aufnahme im „Jugendwort“ sie wünschen.

Morgen, Sonnabend, den 13. Juni:

9. Abt. 7 Uhr: bei Köpcke, Sauerstr. 12, Reichsbannerabend.

37. Abt. 7 Uhr: Frauenabend nach dem „Jugendwort“, Reichsbannerabend bei Köpcke, Sauerstr. 12, Reichsbannerabend.

51. Abt. 8 Uhr: Reichsbannerabend für die Genossin Klahr abends 8 Uhr bei Klabe, Bernwardi-Str. 60-61.

6. Abt. Sonntag, den 14. Juni: Familienausflug zum „Alten Freund“ in Köpenick. Treffpunkt vormittags 9 1/2 Uhr am Söbberhof, Seebaustr. 37, abends 10 1/2 Uhr an der Seebühne, Seebaustr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“:

6. Kreis: Reichsbanner, Berlin 6, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 6. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen. Die Reichsbannerabteilungen der 6. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

10. Kreis: Reichsbanner, Berlin 10, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 10. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

12. Kreis: Reichsbanner, Berlin 12, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 12. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

14. Kreis: Reichsbanner, Berlin 14, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 14. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

16. Kreis: Reichsbanner, Berlin 16, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 16. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

18. Kreis: Reichsbanner, Berlin 18, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 18. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

20. Kreis: Reichsbanner, Berlin 20, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 20. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

22. Kreis: Reichsbanner, Berlin 22, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 22. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

24. Kreis: Reichsbanner, Berlin 24, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 24. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

26. Kreis: Reichsbanner, Berlin 26, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 26. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

28. Kreis: Reichsbanner, Berlin 28, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 28. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

30. Kreis: Reichsbanner, Berlin 30, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 30. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

32. Kreis: Reichsbanner, Berlin 32, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 32. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

34. Kreis: Reichsbanner, Berlin 34, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 34. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

36. Kreis: Reichsbanner, Berlin 36, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 36. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

38. Kreis: Reichsbanner, Berlin 38, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 38. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

40. Kreis: Reichsbanner, Berlin 40, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 40. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

42. Kreis: Reichsbanner, Berlin 42, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 42. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

44. Kreis: Reichsbanner, Berlin 44, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 44. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

46. Kreis: Reichsbanner, Berlin 46, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 46. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

48. Kreis: Reichsbanner, Berlin 48, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 48. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

50. Kreis: Reichsbanner, Berlin 50, Seebaustr. 37/38, Poststr. 2, am 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Reichsbannerabend. Die Reichsbannerabteilungen der 50. Kreise werden gebeten, ihre Teilnahme zu bestätigen.

Sport.

Kennen zu Karlshorst am Donnerstag, den 11. Juni.

1. Rennen: 1. Lannschlag (Viertel), 2. Benelade (Schüler), 3. Herr (Herr), 4. Lannschlag (Viertel), 5. Benelade (Schüler), 6. Herr (Herr).

2. Rennen: 1. Lannschlag (Viertel), 2. Benelade (Schüler), 3. Herr (Herr), 4. Lannschlag (Viertel), 5. Benelade (Schüler), 6. Herr (Herr).

3. Rennen: 1. Lannschlag (Viertel), 2. Benelade (Schüler), 3. Herr (Herr), 4. Lannschlag (Viertel), 5. Benelade (Schüler), 6. Herr (Herr).

4. Rennen: 1. Lannschlag (Viertel), 2. Benelade (Schüler), 3. Herr (Herr), 4. Lannschlag (Viertel), 5. Benelade (Schüler), 6. Herr (Herr).

5. Rennen: 1. Lannschlag (Viertel), 2. Benelade (Schüler), 3. Herr (Herr), 4. Lannschlag (Viertel), 5. Benelade (Schüler), 6. Herr (Herr).

6. Rennen: 1. Lannschlag (Viertel), 2. Benelade (Schüler), 3. Herr (Herr), 4. Lannschlag (Viertel), 5. Benelade (Schüler), 6. Herr (Herr).

7. Rennen: 1. Lannschlag (Viertel), 2. Benelade (Schüler), 3. Herr (Herr), 4. Lannschlag (Viertel), 5. Benelade (Schüler), 6. Herr (Herr).

8. Rennen: 1. Lannschlag (Viertel), 2. Benelade (Schüler), 3. Herr (Herr), 4. Lannschlag (Viertel), 5. Benelade (Schüler), 6. Herr (Herr).

9. Rennen: 1. Lannschlag (Viertel), 2. Benelade (Schüler), 3. Herr (Herr), 4. Lannschlag (Viertel), 5. Benelade (Schüler), 6. Herr (Herr).

10. Rennen: 1. Lannschlag (Viertel), 2. Benelade (Schüler), 3. Herr (Herr), 4. Lannschlag (Viertel), 5. Benelade (Schüler), 6. Herr (Herr).

Geheimes in Stadion.

Das Training für das Stundenrennen, das von sieben Fahrern bestritten, das Hauptrennen des zweiten Stadionrennens wird, das begonnen. Mit jeder Fahrt erliegen der Fahrer, die als zweiter Karl Wittig für die Siegerrennen sind insgesamt hundert Reaktionen eingegangen. Ebenso sind die Reaktionen zahlreich eingegangen. Die behördliche Genehmigung erteilt wird, soll das Rennen durch eine Abgrenzung der Strecke erreicht werden. — Nach Abgabe des Reaktionsbogens wird der Fahrer mit dem Namen des Fahrer bei den Rennen als Starter fungieren.

Geschäftliche Mitteilungen.

Ein überaus wertvolles Produkt, das in Sportreisen eine immer allgemeiner Verbreitung findet, ist die von dem Reichs-Beruf in Berlin G. M. H. hergestellte „Wahl-Krankheitsmittel“. Für Sportreisende bildet die Wahl nicht nur ein Hilfsmittel, sondern auch ein präventives Mittel. Eine kurze Kuriersache mit ihm ersetzt außerordentlich, macht Gehen und Warten leicht und befreit von unangenehmen Nebenwirkungen jedes Stillsitzen. Die Wahl ist überall zu bekommen.

Briefkasten der Redaktion.

Es können Rückfragen sein, aber auch Hoffnungen, dass die Wahl trotz der Hitze immer noch in irgendeiner Zeit mindestens ein wenig einwirken kann, wenn aber sehr reichlich, so genügt.

Öffentliche Aufforderung.

Diejenigen Reichsbannerabteilungen, deren Steuerformulare am 30. Juni 1925 ihre Gültigkeit verlieren, werden hiermit zur rechtzeitigen Erneuerung der Steuerformulare aufgefordert.

Um großen Anhang zu vermeiden und um die Abfertigung zu beschleunigen, wird dringend erlangt, die Karten möglichst zu folgenden Terminen auf dem Finanzamt des Reichsbanners einzureichen: — 24. Friedrichstr. 107, unter Postkasten 1, 2. und 3. Etage, am 30. Juni, abends 6 bis 8 Uhr, Sonntags von 9 bis 11 1/2 Uhr zu erneuern:

22. Juni bis 27. Juni	die Steuerpflichtigen mit dem Einkommensteuersatz:	A bis D
29. Juni		E bis H
6. Juli		I bis M
13. Juli		N bis R
20. Juli		S bis Z

Die Steuerpflichtigen werden zwar auch außerhalb der angegebenen Zeit nachgeholt, es müssen jedoch auch die nach der Buchführung des Reichsbanners abzuweisenden die übigen Pflichten abgefordert werden.

Berlin, den 12. Juni 1925.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 12. Juni.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

4.30-6 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann. 6.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abt. Gartenbau. Gartenbanddirektor Ludwig Lesser: „Gartenarbeiten im Sommer“. 7 Uhr abends: Wege zum Wissen: „Rätsel der Seele“. 7.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Volkswirtschaft. Dr. M. J. Bonn: „Amerikanische Wirtschaftsprobleme“. 8 Uhr abends: Dr. Saenger: „Die allgemeine Bedeutung der Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 16. Juni d. J.“. 8.30 Uhr abends: Orchesterabend unter Mitwirkung von Josef Wolfsthal. Dirigent: Selmar Meyerowitz. 1. Ravel: La mare l'Oye. 2. Respighi: Violinkonzert A-Moll, op. 23 (Josef Wolfsthal). 3. M. v. Schillings: Antico danze (Berliner Fankorchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitsangabe, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Schleich's Seifenpulver

Schaumfee
mit dem Gutschein

Für 6 Gutscheine erhalten Sie
1 Paket Schaumfee umsonst
an allen einschlägigen Geschäften zu haben.
Chemische Fabrik Schleich, GmbH, Berlin, NW 6

Die Ursachen der Wirtschaftskrise.

Der Fall Reichsbank-Stinnes. Die fehlgeleitete Wirtschaftsanierung.

Der folgende Artikel unseres K.-r.-Mitarbeiters wurde geschrieben, bevor die Börsenpanik vom 10. Juni bekannt wurde. Red. d. „B.“

Die Presse soll nicht das blinde, sondern der sprechende Mund des Allgemeininteresses sein. Das Aufderleisteitretten und Schweigen der meisten bürgerlichen Blätter zum Fall Stinnes-Reichsbank, das Verschließen beider Augen vor den drohenden schweren Krisengefahren kann im gesamtwirtschaftlichen Interesse nicht scharf genug verurteilt werden. Es muß erkannt und ausgesprochen werden, was ist, um vorzujagen zu können für das, was notwendig zu tun oder zu vermeiden ist.

Man muß unterscheiden die Tatsache, daß der Stinnes-Konzern aus eigener Kraft nicht mehr zahlungsfähig ist, und die Gründe, aus denen die Großbanken und die Reichsbank dafür gesorgt haben, daß diese Zahlungsunfähigkeit nicht eintritt. Was dieser Unterschied bedeutet, wird klar aus der Erklärung, die der Reichsbankpräsident Dr. Schacht der Presse gegeben hat. Diese Erklärung schließt: „Die Firma Stinnes werde infolge der Aktion der deutschen Banken ihre Fälligkeiten prompt einlösen können. Die deutsche Wirtschaft verliere ihr Ziel nicht aus dem Auge, dem Auslande zu beweisen, daß alle Kredite, die Deutschland gewährt werden, sicher angelegt sind und beim Fälligkeitstermin zurückgezahlt werden.“ Damit sind die Gründe enthüllt, die die Großbanken und Reichsbank zur Stützung des Stinnes-Konzerns veranlaßt haben: im Ausland mühte einer allgemeinen Vertrauenskrise vorgebeugt werden, die zur Abstoßung der im Ausland befindlichen deutschen Industrie- und Bankzukunftsbücher allergrößten Ausmaßes geführt hätte. Ueber die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Aktion ist heute nicht zu urteilen. Darüber entscheidet ihre Wirkung auf lange Sicht. Entscheidend für die Beurteilung der Wirtschaftslage in Deutschland ist aber nicht diese psychologische Vorbeugungsaktion gegen die Vertrauenskrise im Ausland und diese sehr reale kreditpolitische Aktion, daß die Reichsbank selbst an der Spitze der Großbanken mit einem mächtigen Stinnes-Kredit sich in die Bresche der gefährdeten deutschen Kreditwirtschaft mischt, sondern etwas anderes. Das ist die einfache Tatsache der Zahlungsunfähigkeit des Stinnes'schen Hauses, dessen Industriebetrieb die mächtigste Kombination industrieller Anlagen in Deutschland darstellt. An dieser Tatsache wird durch die Aktion der Banken, denen ein zahlungsunfähiger Stinnes geschäftlich an sich ebenso heftig ist, wie ein zahlungsunfähiger Barmer, nicht das geringste geändert. Und diese Tatsache bedeutet

in der ganzen Volkswirtschaft, die Produktion wurde in eine falsche Richtung gedrängt, die eine Aufwärtsbewegung vortäuschte, während eine Feh- und Abwärtsbewegung vorlag. Diese wurde nicht erkannt. Weil die Auslands- und die Inlandskredite falsch verwendet wurden, bereitete sich eine Kreditkrise, weil die Produktionskosten nicht gesenkt wurden, bereitete sich eine Absatzkrise vor. Diese Kredit- und Absatzkrise mußte zugleich kommen, weil sie der Ausdruck der gleichen Ursache, weil sie

eine Wirtschaftskrise aus einer fehlgeleiteten Wirtschaftsanierung war. Sie konnte nicht erkannt werden, weil über ihr der Schleier einer Fehkonjunktur lag, die als echte Konjunktur gewertet wurde.

So mußte der 10. Januar 1925, der Tag, an dem die Handelsvertragsfragen aus dem Verfall der Diktat fielen, mißverstanden werden. Die Handelsvertragsverhandlungen, die auf Expansion des Handelsumfanges, statt Intension und Kontraktion der Handelswerte bedacht waren, mußten scheitern. Der Auslandsabsatz der deutschen Industrie mußte gesenkt werden, weil die Produktionskosten zu hoch waren, aber auch Teile des Inlandsmarktes mußten der deutschen Industrie bestritten werden, weil das Ausland billiger anbot. Die Ausfuhr mußte relativ sinken, die Einfuhr relativ steigen. Die Entwicklung in der Binnenwirtschaft war von zwei in der gleichen Richtung wirkenden Momenten beherrscht.

Einmal von dem Zwang zur Abdeckung der kurzfristigen Kredite in Industrie und Landwirtschaft. Da diese festgezogen waren, mußten sie für die Landwirtschaft prolongiert werden; die Illiquidität der agrarischen Bankinstitute mußte folgen. Die Industrie mußte Beteiligungen und Anlagewerte abstoßen; die Börsenkurse mußten fallen. Das Ausland reagierte mit der Drosselung der langfristigen Kreditgewährung und dem Verkauf deutscher Papiere; gleichzeitig ging es in Habachtstellung wegen der kurzfristigen Kredite. Der Geld- und Kapitalmarkt Deutschlands, bis dahin vom Ausland subventioniert und dadurch bestritten, wurde zum absoluten Monopol der deutschen Großbanken. Die bisherige Sanierungsaktion mußte umschlagen in eine allgemeine Kreditnot überhaupt. Diese mußte progressiv sein, weil der Einlagenbestand der Banken langsamer wuchs als die Kreditnachfrage. Die falsche Kreditpolitik der Reichsbank, ebenso verkehrte bankenfreundlich wie die Hovensteins verkehrte industriefreundlich, schlug zwar die Industrie in Fesseln, förderte aber den Jinswucher der Banken.

Die Entwicklung der Binnenwirtschaft war weiter beherrscht von den Marktauswirkungen der falschen Sanierungspolitik der Industrie. Das Unterbetriebhalten überzahliger oder nicht voll ausnubarer Fabrikanlagen in den meisten Werken führte zu einer Fehkonjunktur in der Rohstoff- und Produktionsmittelindustrie. Die Preisstellung für Produktionsgüter blieb höher, als der Endumsatz der Industrie beim letzten Konsumenten es rechtfertigen konnte. Da diese Preisstellung für die Produktionsgüter auch die Produktionskosten der Industrie ungewöhnlich hoch hielt, mußte auch die Preisstellung für Konsumgüter und für landwirtschaftliche Produktionsgüter ungerechtfertigt hoch sein. Die in der Inlandskaufkraft unsehbarer Konsumgütermengen mußten sinken. Diese Absatznot mußte progressiv sein in dem Maße, als der Anteil der toten Erhaltung- und Verkaufskosten am Bruttoertrag der unterbeschäftigten Industrieanlagen stieg.

Die progressive Kreditnot und die progressive Absatznot mußten zwei Wirkungen haben: die Ueberpannung der Prolongationen bei den Banken und die Ueberpannung der Zahlungsgläubiger bei der Industrie. Beide hatten ihre absolute Grenze bei der Liquidhaltung der Banken und der Zahlungsunfähigkeit der Industriewerte. Beide Grenzen waren, als die Auslandskredite gestoppt wurden und die Steuerüberschüsse spärlicher wurden, bald erreicht. Die Krise in ihrer Doppelgestalt war da: als Kredit- und Absatzkrise zugleich. Sie äußert sich zunächst in doppelter Form: einmal in den Zusammenbrüchen im Handel, in der Dividendenlosigkeit der Industrie und dem rapiden Abstieg der Börsenkurse. Dann in Zahlungsstörungen überall, der Unverkauflichkeit der Halben- und Warenlager und den beginnenden Stillelegungen. Nur ihr unbeschränktes Zinsmonopol bewahrt die Banken vor der Dividendenlosigkeit. Die Landwirtschaft muß in dem Augenblick unmittelbar in die Krise hineingezogen werden, in dem die Prolongation der kurzfristig gegebenen Kredite nicht mehr möglich und ihre Umwandlung in hypothetischen Kredit undurchführbar ist.

Die Zahlungsunfähigkeit des Hauses Stinnes, das mit den stärksten Abgabemöglichkeiten die stärksten Bankverbindungen hatte, ist das Signal, daß die Krise ihrem Höhepunkt zuweilt.

Kreditkrise und Absatzkrise sind gleichgerichtete Wirkungen aus der gleichen einen Ursache. Sie stehen in Verhältnis eines circulus vitiosus. Eines ähnlichen circulus vitiosus wie desjenigen der Inflationkrise. Die Absatznot treibt die Kreditnot, die Kreditnot die Absatznot weiter. Nur fehlt Gott sei Dank bis heute das zerstörerische Ventil der Inflationkrise, die willkürliche Krediterschöpfung. Würde die Reichsbank ihre psychologische und auch einmalig materiell zu rechtfertigende Stützungspolitik für das Haus Stinnes über ihre Liquiditätsgrenze hinaus verstärken, so wäre die willkürliche Krediterschöpfung, mit ihr die Gefahr der Inflation da. Doch ist das nicht zu erwarten, da die Reichsbank an das neue Bankgesetz vom 30. August 1924 unausweichlich gebunden ist, das wohl einen Zusammenbruch der Reichsbank, nicht aber eine neue Inflation zuläßt.

Die Verlegenheiten von Industrie und Landwirtschaft durch diesen circulus vitiosus, für den der Ausweg einer neuen Inflation gesperrt ist, sind ungeheuer. Nicht erst seit heute. Sie begannen mit dem ersten Akt der fehlgeleiteten Wirtschaftsanierung. Sie begannen mit der Falschanlage der Auslandskredite in der Industrie und der Verwendung der Steuerkredite als Betriebskapital in der Landwirtschaft. Es ist kein Zufall, sondern eine bittere Selbstverständlichkeit, daß die Großbanken-Reichsbank-Intervention für das Haus Stinnes und der Ausschrei des Landbankbankiers Graf Raatz nach Beteiligungen der geplanten Agrarzölle zusammenstießen. Es ist auch kein Zufall, daß die Offensive der Arbeitgeberverbände gegen den Lohnstreikungsstempel der Gewerkschaften mit dem Ausbruch der akuten Deflationstriebe sich kreuzt. Da der absolute ruindöse Jirtel der fehlgeleiteten Wirtschaftsanierung, Absatznot — gestiegene Kreditnot — progressive Absatz- und Kredit-

not, das seit Jahren gewohnte Ventil der willkürlichen Kapitalerschöpfung verschlossen findet, müssen die Industrie- und Agrarherren samt ihren Unternehmer- und Arbeitgeberverbänden, nach dem Kampfgesetze des kapitalistischen Systems mit strenger Forderung, aber aller volkswirtschaftlichen Vernunft zum Trotz, durch Schutzzölle Teile des Arbeitseinkommens zum Industrieertrag zu machen und durch Massenaußsperrungen die Lohn- und Gehaltskosten der Betriebsführung zu senken suchen.

Nun ist es das Wesen der Schutzzölle, daß sie in einer fortschreitenden Wirtschaft (wie der der Vorkriegszeit) relativ geträglich sind, wenn sie auch den Massenkonsum verteuern, weil die Zusatzgewinne der Unternehmer zur Finanzierung der Kampfpolitik auf den Auslandsmärkten aus den Ersparnissen der Massenkonsumenten gewonnen werden, also die Umsatzen des Inlandsmarktes nicht verringern. Und es ist das Wesen des Lohnabbaus in Krisenzeiten, daß er in einer fortschreitenden Wirtschaft zunächst nur an den möglichen Ersparnissen, nicht aber an der Umsatzenmenge des Inlandsmarktes zehrt. Heute gibt es bei den breiten Konsumtenmassen weder Ersparnisse zur Schutzfinanzierung, noch reicht die Kaufkraft der arbeitenden Massen auch nur entfernt zur Beschäftigung der Industrieanlagen aus.

Schutzzölle und Lohnabbau

müßten daher unter den heutigen Verhältnissen in entscheidender Weise die Wirkungen der bisherigen Fehlleitung der Wirtschaftsanierung verschärfen, statt sie zu mildern und zur Gesundung umzubiegen. Das aber bedeutet gleichzeitig die äußerste Verschärfung der hereinbrechenden Wirtschafts- und Deflationstriebe.

Der Reichsbankausweis.

Der Reichsbankausweis vom 6. Juni 1925 zeigt eine Zurückziehung von Privatkrediten durch die Bank in Höhe von 103,3 Millionen Mark. Damit stellt sich die Gesamtverpflichtung der Bank auf 1522,2 Millionen Mark. Der Stand von Mai-Ultimo konnte also nicht erreicht werden. Erfreulich ist, daß die Reichsbank, unbekümmert um den Ansturm der Privatwirtschaft, an der Normalisierung des Geldmarktes arbeitet.

Damit steht der Rückfluß von 120,7 Millionen Reichsbanknoten in die Kassen der Reichsbank im Zusammenhang. Ihr Bestand an Rentenbankscheinen vermehrte sich um 131,5 auf 444,5 Millionen Reichsmark. Der gesamte Zahlungsmittelumsatz betrug nunmehr etwa 4523 Millionen Reichsmark, wovon auf Reichsbanknoten allein 2488 Millionen Reichsmark entfallen. (Mitgerechnet sind die Scheidemünzen.) Der Zahlungsmittelumsatz zeigt eine Verminderung um etwa 248 Millionen Mark gegenüber der Vorwoche. Interessant ist, daß die fremden Gelder bei der Bank um 97 Millionen auf 678,5 Millionen Mark gestiegen sind. Man dürfte nicht schlaggeben, wenn man darin Posten der staatlichen Kassen sieht (Thesaurierung). Die Deckung der Noten durch Gold verbesserte sich von 38,9 auf 40,8 Prozent und die Deckung durch Gold- und deckungsfähige Devisen von 51,9 auf 54,4 Proz. Der Rückgang durch die Vorgänge während des Mai-Ultimos konnte demnach nicht eingeholt werden.

Soll die Reihertiegwerft gestützt werden?

Die Verwaltung der jetzt stillgelegten Reihertiegwerft in Hamburg hatte sich an den Freistaat Hamburg um Gewährung eines Kredits gewandt. Das hamburgische Finanzministerium hatte seine Bereitschaft zu einem Wechselkredit mit sicheren Unterpfänden erklärt. Diese Wechsel hat die Verwaltung der Reihertiegwerft noch nicht beigebracht. Unklar ist, warum. Aus der inzwischen erfolgten Stilllegung muß man zunächst schließen, daß die Verwaltung entweder die Stilllegung trotz des zugewandten Kredits für notwendig gehalten hat, oder die erforderlichen Unterpfände nicht hat beibringen können. Auch das Reich soll um Kredite angegangen sein. Ueber das Ergebnis ist noch nichts bekannt. Das hamburgische Landesparlament soll bemerkt sein, die 1200 Mann starke Belegschaft der stillgelegten Werft in anderen Werken und in der Industrie unterzubringen. Dringend notwendig im öffentlichen Interesse ist die schnellste Bekanntheit der wirklichen Gründe, die zur Stilllegung geführt haben.

Zur Stilllegung der Reihertiegwerft hören wir weiter, daß die vom Hamburger Finanzministerium gebildeten Untersuchungen wohl von einer D-Bank, einer Hamburger Reederei und dem Großmotorenwerken Mannheim, nicht aber vom Phönix-Konzern gegeben wurden, obwohl der Phönix-Konzern eine der notleidenden Werft nahestehende Gruppe ist. Ob die Vermutung berechtigt ist, daß der Phönix-Konzern die Werft mit Absicht übernahm, ist nicht zu sagen, steht sehr dahin. Immerhin ist die Stilllegung sehr auffällig, wenn es sich bei einem Objekt von vielleicht 15 Millionen, wie bei Reihertieg, um einen Kreditbedarf von nicht drei Millionen handelt, der zudem mit fast 2 Millionen Forderungen für abgelieferte Schiffe gedeckt ist. Außerdem sollen Aufträge bis in die ersten Monate des nächsten Jahres vorliegen. Die Reihertiegwerft soll durch die eigene Debmotorenbasis und durch die hohe Leistungsfähigkeit ihrer Motoren im Fischkanalbau führend sein. Sollte die Sanierung nicht anders als unter Inanspruchnahme öffentlicher Mittel möglich sein, so wäre jedenfalls zu fordern, daß das Gesellschaftskapital zunächst entsprechend herabgesetzt und der öffentliche Kreditgeber wie bei jeder anderen Sanierung entsprechend an dem Werk beteiligt wird, um die Verwendung der Sanierungskredite zu kontrollieren.

Arbeiterentlassungen.

Die Lage der Zechen General Blumenthal bei Reddinghausen hat sich in den letzten Monaten infolge der Absatznot derart ungünstig gestaltet, daß die Verwaltung beim Demobilisationskommissar Entlassungen größeren Umfangs beantragen mußte. Die bereits verfügte Entlassung von 160 Arbeitern wurde genehmigt; zum 2. Juli werden noch weitere 850 Arbeiter einschließlich Beamte zur Entlassung kommen. Es wurde mitgeteilt, daß von der Zechen Blumenthal seit Monaten außerordentlich große Mengen auf Halben gestürzt werden mußten.

Liquidation der Reichsgetreidegesellschaft. In der Sitzung des Aufsichtsrates und der außerordentlichen Gesellschafterversammlung der Reichsgetreidegesellschaft, Geschäftsabteilung G. m. b. H., ist die Liquidation dieser Gesellschaft zum 1. Juli 1925 beschlossen worden. Zum Liquidator wurde der bisherige Geschäftsführer der Reichsgetreidegesellschaft, Geheimrat Justizrat Weiting bestellt.

Amerika als Geldgeber. Dem jüngsten Bericht des amerikanischen Handelsministers Herbert Hoover zufolge schuldete das Ausland an die Vereinigten Staaten 9 Milliarden Dollar, die Kriegsanleihen an die kriegsführenden Regierungen nicht eingerechnet. Die amerikanischen Kapitalanlagen beziehungsweise Kredite verteilten sich auf die verschiedenen Erdteile folgendermaßen: Südamerika 404 Millionen Dollar, Kanada 2460 Millionen, Europa 1900 Millionen, Asien und Ozeanien 890 Millionen. Aus dieser Aufstellung geht hervor, wie stark das Kapital der Vereinigten Staaten Südamerika und Kanada durchdrungen hat. Was das letztere Land betrifft, so war dieses vor dem Krieg vor allem England verschuldet, seit dem Krieg ist aber der Anteil des amerikanischen Kapitals in Kanada zweifach so groß geworden als der des englischen. Die Kapitalbeteiligung der Vereinigten Staaten in Asien, vor allem in China, ist in demselben Steigen begriffen.

Das akute Stadium der Wirtschaftskrise in Deutschland. Warum?

Berufen wir die Antwort auf dieses Warum in einfachste Formeln zu zwingen. Die Goldbilanzen der Industrie haben die Unterbewertung der Fabrikanlagen als Bildung echter stiller Reserven bewirkt, was sie in den allermeisten Fällen nicht sein konnten. Von echten stillen Reserven kann nur die Rede sein, wenn die Fabrikanlagen nicht nur voll, sondern auch rentabel bewirtschaftet sind. Der Grund der Unterbewertung und der Zusammenschneidung des Aktienkapitals war in den meisten Fällen aber gerade die ungenügende und die unrentable Ausnützung der Anlagen. Also war die Goldbilanz in den meisten Fällen eine Sanierungsbilanz notleidender Unternehmungen. Es konnte also von echten stillen Reserven in den meisten Fällen nicht die Rede sein, und die Rentabilität konnte nur wiederhergestellt werden, wenn nach Hereinnahme von Sanierungskapital die inneren Betriebskosten gesenkt und darauf der Umsatz gesteigert wurde. Diese Konsequenz wurde von der Industrie nur in den seltensten Fällen gezogen. Das zeigte sich in der Wirkung der Dames-Gesetze auf die deutsche Wirtschaft.

Die Dames-Gesetze öffneten die Schleusen der ausländischen Kapitalmärkte. Auslandskapital kam langfristig und kurzfristig herein, von jedem etwa zwei Milliarden, kurzfristiges wahrscheinlich mehr. Das langfristige hätte zur Sanierung der Unternehmungen verwendet werden müssen; d. h. die Gelegenheit abzuwarten zu können, nicht oder nicht voll ausnubare Anlagen möglichst verlustlos abzuzuführen und den voll nubaren Rest auf jede der möglichen tausend Arten in seinen Betriebskosten zu verbilligen und in seiner Wirksamkeit zu erhöhen. Zu dieser Erhöhung der Wirksamkeit gehörte auch die Reservierung eines Teils der langfristigen Kredite zu Lohnerhöhungen, die für die Gesamtheit der Industrie in gesteigerten Umsätzen wieder hereinkommen mußten. Der kurzfristige Kredit hätte nur als echter Revolving-, d. h. Umschlagkredit verwendet werden dürfen. Das wäre möglich gewesen, wenn aus der Abstoßung der nicht oder nicht voll ausgenutzten Fabrikanlagen jenes Betriebskapital beschafft worden wäre, das bei Sanierungen zunächst immer fehlt muß. So hat die deutsche Industrie aber nicht verfahren. Sie nahm die Unterbewertung der Anlagen in den Goldbilanzen als echte stille Reserven. Diese so unterbewerteten Anlagen mit solchen großen „stillen Reserven“ glaubte sie nicht abstoßen zu dürfen. Sie hielt den Wiederbeschaffungs-, nicht den Ertragswert für den wirklichen Wert. So mußten die langfristigen Kredite zur unproduktiven Pufferung der leerlaufenden Anlagen dienen und vom Verkauf aufgetrieben werden. Die kurzfristigen Kredite aber wurden Betriebskapital und froren als solches fest in Rohstoffanlagen, Werkzeugen, sortierten Vorräten und Warenlagern und für rückliegende Lohnperioden festgelegt und für zukünftige Lohnperioden notwendige Löhne und Gehälter. Wehnisch wie in der Industrie ging es in der Landwirtschaft. Nur mit dem Unterschied, daß diese überhaupt keine langfristigen, sondern nur kurzfristigen, und zwar Inlandskredite erhielt, die in der Hauptsumme als Saisonumschlag- und Erntebewahrungskredite gedacht waren, aber ebenfalls sofort als nicht mehr aus dem Betrieb austausbares Betriebskapital festfroren.

Nun hatte der Glaube an die Echtheit der stillen Reserven in der Industrie, das Festhalten an leerlaufenden Anlagen, die falsche Verwendung und das Festfrieren aller Kredite in Industrie und Landwirtschaft zur Immobilisierung aller Betriebs- und Verkaufsverhältnisse geführt. Die Kapitalnot war trotz aller Valuta- und Steuerkredite nicht verringert, sondern vergrößert. Weil die Kredite in Industrie und Landwirtschaft nur zur Pufferung, nicht zur Sanierung der Betriebe und Verbilligung der Betriebsvorgänge verwendet wurden, entstand außerdem eine Fehkonjunktur

Barmat enthüllt und klagt an.

„Ein Opfer der antisemitischen und politischen Heze.“ — Die Staatsbankdirektoren müssen fast alles bestätigen.

Nach einer kleinen Pause, die mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand Barmats emgehoben wird, beginnt die Besprechung der Angelegenheit der Preussischen Staatsbank. Barmat kam im Mai 1923 mit Empfehlungsschreiben zur Staatsbank und erhielt zuerst einen Kredit in Höhe von etwa 72 000 Goldmark. Bei Beginn der Stabilisierungsperiode betrug der Kredit noch etwa 50 000 Goldmark. Während der Abwesenheit Barmats von Berlin, von Ende Februar 1923 bis März 1924, wurde der Kredit nach Vereinbarung mit dem Geschäftsführer der Amerigina-Konzern auf etwa 5 Millionen Mark erhöht. Es wurde ihm dann zugesagt, daß der Kredit zu hoch sei, Barmat zahlte nun im März anderthalb Millionen, im Juni zweieinhalb Millionen zurück. Nach weiteren Verhandlungen wurde der Kredit aufs neue erhöht. Im Juni 1924 teilte ihm der Geheimrat Oberfinanzrat Rügge mit, daß er den Kredit zurückzahlen müsse, weil ein großer Geldgeber gekündigt habe. Bis zum 15. September sollte der Kredit stehen bleiben. Als der Geldgeber seine Kündigung zurückzog, wurde der Kredit bis zum 15. Dezember prolongiert.

Zu einer erregten Szene

Kammt es, als die Frage der Blankoaktzepte über 600 000 Mark erörtert wurde, die Barmat im Jahre 1923 der Staatsbank gegeben hatte. Barmat wünschte sie gegen andere Deckungen zu vertauschen und er behauptet, daß Rügge ihm das zugesagt habe. Er legt zum Beweise dafür die Abschrift aus einem Aktenschild vor, das die Unterschrift von Rügge trägt. Rügge behauptet, daß das nur ein Wunsch gewesen sei. Barmat erklärte dazu: „Was ich darüber sage, ist die reine Wahrheit und Herr Rügge weiß genau Bescheid.“ Die Staatsbank hat mich ruiniert, ich kann nicht weiter.“ Der Vorsitzende Dr. Leidig verurteilt Barmat zu beruhigen. Herr Rügge meint, daß er Barmat keineswegs der Lüge bezichtigten wolle. Als der Vorsitzende Barmat weiter mit den Worten beruhigen wollte, uns interessiert diese Frage nur nebenbei, erwidert dieser:

„Für mich spielt sie eine große Rolle, ich war fünf Monate im Gefängnis, weil ich meinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sein soll. Ich kann aber allemal nachweisen, daß ich es getan habe!“

Barmat legt dann die Abschrift eines Briefes der Staatsbank vom 18. November 1924 an die Garantie-Trust-Kompagnie in New York vor, worin eine außerordentlich günstige Auskunft über ihn gegeben wird. Aus einem anderen Schreiben der Staatsbank an die Reichspostverwaltung vom 18. September geht hervor,

daß die Staatsbank die Kredite an Barmat bis zum 15. März 1925 verlängert hat.

In einem weiteren Rundschreiben vom 6. September wird bestätigt, daß der Kredit 8,1 Millionen Mark betrug, er sollte über den 15. Dezember hinaus bis zum 15. März verlängert werden, wenn auch der große Geldgeber, nämlich die Postverwaltung der Staatsbank gegenüber das Gleiche tue. Die Post hat dann in einem Schreiben an die Staatsbank bestätigt, daß sie diese Gelder dort weiter belasse. Die Amerigina hat zudem, als ihr die Verlängerung der Postkredite an die Staatsbank bekannt gegeben wurde, dieser mitgeteilt, daß sie gleichfalls die Verlängerung der Kredite als bestätigt ansehe.

Darauf hat die Staatsbank keine Zelle geantwortet, was die Amerigina nur als Zustimmung deuten konnte.

Bis zu seiner Verhaftung hat Barmat dann nichts mehr von dieser Sache gehört. Drei Tage vorher wurde ihm mitgeteilt, daß seine Verhaftung beabsichtigt sei. Trotzdem habe er keine Betanlassung gehabt, davon zu laufen. Die letzten Verhandlungen über die Verlängerung der Kredite hat der frühere Ministerialdirektor Raub geführt, der inzwischen bei der Amerigina eingetreten war.

Barmat schildert dann die Vorgänge bei seiner Verhaftung.

Es war ihm verboten worden, mit Frau und Kind zu sprechen. Als er Herrn Raubmann vorgeführt wurde, verlangte dieser von ihm, er solle einen Zettel unterschreiben, wonach er in Sachen Raubfischer und Genossen verhaftet worden sei und daß seine Haft freiwillig (!?) sei.

Als Barmat sich weigerte, den Zettel zu unterschreiben, wurde er von Herrn Raubmann zerrissen.

Barmat fragte, weshalb er eigentlich verhaftet worden sei? Darauf Raubmann: Wegen der fehlenden Deckung bei der Staatsbank. Barmat sagte, daß er noch weitere Deckung zu geben bereit sei, im übrigen habe doch selbst der Finanzminister schon die Deckung für befriedigend befunden. Nun rief Herr Raubmann aus: Der Minister ist mir piepel!

Erst am 9. Januar wurde eine Besprechung mit den Herren der Staatsbank veranstaltet.

Als Barmat den Finanzrat Brekenfeld einige Aktienpakete zu weiterer Deckung anbot, winkte Herr Raubmann diesem verneinend zu.

worauf Brekenfeld meinte, er nehme diese Deckung nicht, sie sei ja auch nichts wert.

Barmat erklärte dazu: Man solle nicht glauben, daß ich irgendwie Vorwände suche, um mich der Verantwortung zu entziehen. Aber mir ist daran gelegen, Klarheit zu schaffen und die Deffenlichkeit davon zu überzeugen.

Daß ich ein Opfer antisemitischer und politischer Heze geworden bin.

Ich habe selbst um meine Vernehmung gebeten. Trotzdem mir diese sehr schwer fällt, soll die Deffenlichkeit sehen, was mit mir geschehen ist!

Nach einer Mittagspause teilt Barmat auf Wunsch des Vorsitzenden mit, wie es zu den Differenzen mit der Staatsbank gekommen ist. Ministerialdirektor Raub, der inzwischen beim Amerigina-Konzern eingetreten war, sollte mit der Staatsbank über langfristige Kredite verhandeln. Die Staatsbank erklärte, wenn die Post die Bürgschaft übernehme, beständen keine Bedenken. Die Post hat dann diese Bürgschaft nicht übernommen, war aber mit der Prolongierung einverstanden. Nachdem der Staatsbank mehrere Aktienpakete übergeben worden waren, hatte Raub die Ueberzeugung, daß die Prolongierung bis Mitte März erfolgen würde. Barmat wünschte dann den Umtausch der Blankoaktzepte, die seinerzeit begeben wurden, um bei der fortwährenden Entwertung der Mark an Stempelgebühren zu sparen.

Geheimer Oberfinanzrat Dr. Hellwig

bestätigt die Darstellung Barmats über die Kredite der Staatsbank. Ende März hätten diese 5,7 Millionen Mark betragen, es seien davon 4,7 Millionen zurückgezahlt worden, danach seien bis Mitte Juni 7,1 Millionen Mark Kredite gegeben worden. Am 15. September habe sich der Kredit auf 8,1 Millionen Mark belaufen, er sei bis zum 15. Dezember verlängert worden. Barmat erklärt dazu noch, daß nach Mitteilungen von Herrn Raub die Differenzen nur deshalb entstanden seien, weil mit der Post noch keine Formel wegen der Kredite an Barmat gefunden worden sei. Oberpostrat Lindmann habe sich bereit erklärt, die Kredite zu verlängern, solange Barmat es wünsche. Minister Häfle habe Barmat durch den Abgeordneten Lange-Hegermann kennengelernt. Er habe mit Häfle nicht allein, sondern mit mehreren höheren Beamten verhandelt.

Geheimer Oberfinanzrat Rügge

gibt dann eine Darstellung von den Kreditgeschäften der Staatsbank mit Barmat. Als er zum ersten Male mit Barmat gesprochen habe, habe er auf ihn den Eindruck eines vertriebenen Kaufmanns gemacht. In der ersten Hälfte des Juli 1924 sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Kredite abgedeckt und die Sicherheiten verstärkt werden müßten. Barmat habe auf seinen ausgedehnten Konzern hingewiesen und ihn gebeten, doch seine Betriebe zu besichtigen. Rügge habe geantwortet, ich habe dazu keine Zeit. Mitte Juni habe Rügge seinen Schwiegersohn, den Nationalökonom Dr. Böttcher mit der Besichtigung der Konzernbetriebe beauftragt. Böttcher habe überall rückhaltlos Zutritt erhalten. Die Berichte Böttchers erreichten in ihm den Eindruck, daß es sich nicht um einen eigentlichen Konzern handle, nicht um Betriebe, die auf einander abgestimmt seien. Es beständen sich wertvolle Betriebe darunter, es waren andere dabei, die zu wertvollen Betrieben gemacht werden könnten, und wieder andere, die besser nicht gekauft worden wären. Im Juni wurde der Kredit bis Mitte September verlängert. Barmat versprach, einen Teil davon abzudecken, und Barmat hat auch seine Versprechungen durchaus pünktlich erfüllt. Anfangs September wurde der Kredit weiter bis 15. Dezember verlängert. Er müßte verlängert werden, denn wenn ein so großer Schuldner noch vierzehn Tage vorher eine Rückzahlung von mehreren Millionen gemacht hat und weitere Rückzahlungen verspricht, dann glaubt man ihm, zumal er seine früheren Versprechungen gehalten hatte. Rügge erklärt ausdrücklich: Wir hatten auch die Absicht, die Kredite zu verlängern. Wenn wir später die Kredite nicht verlängern wollten, dann erklärt sich das durch die veränderte Situation. Die Firma Förster, die von der Merkur-Bank aufgenommen war, hatte einen Kredit von 205 000 M. nicht zurückgezahlt. Henry Barmat sagte, die Amerigina wolle diesen Betrag nicht zurückzahlen, dagegen wünsche sie einen weiteren Kredit von einer Million. Am 15. September wurde dann auch nicht eine Zinsforderung von 300 000—400 000 M. gezahlt. Als dann noch die

Angriffe in den Zeitungen

kamen, die den Unternehmungen nicht förderlich waren, so sagten wir, daß wir den Kredit wohl verlängern wollten, aber unter anderen Voraussetzungen als sie jetzt waren. Als Herr Raub bei der Amerigina eingetreten war, gratulierte ich Herrn Barmat dazu, denn mir war Herr Raub als ein energischer Herr bekannt, und wenn es jemand schaffen konnte, dann war es Raub. Herr Raub verhandelte mit dem Präsidenten Dr. Schröder, er wünschte einen neuen Kredit von 4 Millionen Mark, kurz darauf sogar 5—6 Millionen. Der Präsident Schröder sagte mir dann: „Eine Erhöhung kommt nicht in Frage, selbst wenn eine Katastrophe eintreten sollte, geben wir nicht eine Mark her.“ Im weiteren Verlauf der Verhandlungen erklärte Herr Raub, daß der Konzern zwar im Moment festgefahren sei, von einer Ueberschuldung könne aber nicht gesprochen werden. Es wurde dann über weitere Sicherheiten gesprochen. Im Dezember wurden auch mehrere Aktienpakete eingeliefert. Es sollten auch einige Betriebe abgestochen werden, damit der Konzern wieder flüssiger werde. Bis zum September dachte kein Mensch daran, daß die Staatsbank an Barmat auch nur einen Pfennig verlieren würde.

auch später hielt ich ihn für vollkommen sicher, aber wir mußten ihm Zeit lassen, bis er seine Engagements abgewickelt hatte. Vom 15. Dezember ab betrachteten wir die Kredite für täglich fällig, ohne daß wir aber von einer Kündigung Gebrauch gemacht hatten.

Wir warteten auf bessere Sicherheiten und wir hatten das Vertrauen zu Herrn Raub, daß er die Sache in Ordnung bringen werde.

Präsident Dr. Schröder

bestätigt die Angaben Barmats über die Besprechungen mit der Staatsbank. Ich hatte Anfang Juli den Eindruck, daß schon zu viel gegeben worden sei und wir wollten auf Abzahlung hinwirken. Wir fanden niemals unter dem Eindruck, als ob die Amerigina betrügerisch-kriminelle Absicht gehabt habe und daß uns auf solche Weise Kredite abgelockt worden seien. Es sei in der Staatsbank niemals etwas von Beamten bei den Sicherheiten von Barmat gemacht worden.

Auf eine Frage des Vorsitzenden, wie Barmat durch Herrn Lindemann bei dem früheren Staatsbankpräsidenten v. Dambais eingeführt worden sei, erklärt dieser, daß ihn Lindemann lediglich telephonisch gebeten habe, Barmat zu empfangen.

Barmat teilt weiter mit, daß der Obergutachter Prof. Leitner die Deckungszuzeit mit 103 Proz. berechnet hatte. In einem späteren Gutachten im Februar oder März, nach der staatsanwaltschaftlichen Aktion, hat Leitner diese Deckung aber nur noch mit 9,7 Proz. angegeben. (!!!) Es wäre eine große Schädigung vermieden worden, wenn die Staatsbank bei der Besprechung am 9. Januar meine Offerte angenommen hätte. Später ist ein Paket Preussische Hypothekendarlehen mit 2,4 Millionen an die Unionbank verkauft worden, mir liegt ein schriftliches Angebot von der Reichskreditgesellschaft vor, die 3,5 Millionen dafür zahlen wollte. Ein anderes Paket wurde für 80 000 M. abgekauft, während mir 250 000 M. dafür geboten worden waren. Den Kredit der Firma Förster hatte die Staatsbank schon vor der Uebernahme durch die Merkurbank gewährt. Ich bestand nur darauf, daß mir uns über die Rückzahlung verständigen sollten.

Präsident Dr. Schröder bestätigt dann, daß sich die Prolongation des Kredits auch auf die inzwischen aufgelaufenen Zinsen beziehen sollte.

Ich habe den Herren der Staatsbank immer wieder empfohlen, sich von dem Wert der Sicherheiten durch die persönliche Inaugenscheinnahme der Werke des Konzerns zu überzeugen. Ich selbst war ganz überrascht über die außerordentlich günstigen Berichte des Schwiegersohns des Geheimrats Rügge. Sie waren so günstig, wie wir es früher nie geglaubt hätten. Einzelne Unternehmungen, wie die Donauschiffahrt Werke und Eisenmattches sind als ganz außergewöhnlich günstig geschätzt worden. Noch Mitte September hat mir Herr Rügge gesagt:

Wir denken nicht daran, die Verbindung mit Ihnen zu lösen.

Die Staatsbank hatte uns gesagt, sie würden unseren Kredit prolongieren, wenn der große Geldgeber, die Post, das auch tue. Die Post hat den Kredit so lange prolongiert.

Wir haben das in unserem Schreiben an die Staatsbank festgestellt und als wir keine Antwort bekamen, mußten wir an die Verlängerung glauben. Wenn das nicht der Fall gewesen wäre, dann hätte uns doch die Staatsbank geschrieben, sie würde den Kredit nicht prolongieren.

Barmat schildert dann das Vorgehen des Anwalts der Staatsbank in Amsterdam. Dieser hat dort ein Akzept von 9 Millionen protestiert und Arrest auf alle beweglichen und unbeweglichen Besitzungen von uns in Holland beantragt. Der Präsident des Amsterdamer Gerichts hat das aber abgewiesen und dazu erklärt, er halte es für ganz unmöglich, daß ein Akzept von 9 Millionen ohne jedes Akvis vorgelegt werde. Obwohl der Anwalt der Staatsbank also abgewiesen war, hat unser Anwalt mit ihm eine Einigung herbeigeführt und mit ihm zusammen eine Inventur unseres Vermögens in Holland aufgenommen, damit auch jeder Schein vermieden werde, als ob wir etwas von unserem Besitz vertrieben hätten.

Präsident Dr. Schröder erklärt dazu, ihm sei von diesem Vorgehen des Anwalts nichts bekannt. (!) Es würde auch nicht dem ihm erteilten Auftrag entsprechen haben.

Am 4 Uhr nachmittags wurde die Vernehmung Barmats abgebrochen. Da Prof. Dr. Lewin es für bedenklich erklärt, wenn sie morgen fortgesetzt werden sollte, so nimmt der Vorsitzende eine weitere Sitzung für den kommenden Mittwoch in Aussicht, es soll dann über die Beziehungen Barmats zu einigen politischen Persönlichkeiten gesprochen werden.

Tagung der Betriebskrankenkassen.

H. K. München, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag und Mittwoch, den 9. und 10. Juni, tagte in München in der Tonhalle die 13. Generalversammlung des Hauptverbandes der Betriebskrankenkassen, dieser zweitstärksten Organisation mit 3,7 Millionen Mitglieder auf dem Gebiete der Krankenversicherung. Auf die Tagesordnung selbst brauchen wir nicht näher einzugehen. Es wurden neben dem geschäftlichen Teil noch einige Vorträge, u. a. vom Ministerialdirektor Grießer gehalten.

Wichtig ist die Vorbesprechung der Versicherungsvertreter am Montag, den 8. Juni, welche im Gewerkschaftshaus stattfand. Müller-Berlin erläuterte den Bericht des seit 1922 bestehenden Ausschusses, der die Aufgabe hat, die Versicherungen der Betriebskrankenkassen im ganzen Reich zusammenzufassen. Der Betriebskrankenkassenverband war bis zum Jahre 1922 eine reine Unternehmerorganisation, in welcher die Versicherer keinerlei Einfluß besaßen. Erst auf der Tagung in Kassel, im Jahre 1922, gelang es dem Drängen der Versicherer, eine Satzungsänderung durchzudrücken und 1/2 der Sitze in Vorstand und Ausschuss zu erhalten. Diese Regelung war in Anbetracht der Tatsache, daß die Versicherer 2/3 der Beiträge aufbringen, durchaus unbefriedigend. Auf der vorjährigen Generalversammlung in Breslau wurde dann den Versicherern infolge entgegengekommen, daß eine Halbierung der Sitze beschlossen wurde, jedoch mit der zwingenden Bestimmung, daß sie eine Anzahl Geschäftsführer von Krankenkassen mit auf ihre Liste aufstellen, so daß letzten Endes die Versicherer doch nur 1/2 der Sitze behielten.

Die Unternehmer in einzelnen Unterverbänden, besonders an der Wasserkante (Hamburg und Bremen) gewährten den Versicherern aber nicht einmal 1/4 der Sitze und sprengten lieber die Organisation auseinander, so daß viele Kassen Norddeutschlands heute dem Hauptverbande nicht mehr angeschlossen sind. Die aus allen Teilen des Reiches herbeigeleiteten Vertreter der Versicherer verlangten nun, daß auf der diesjährigen Generalversammlung auf alle Fälle den Versicherern der gebührende Einfluß in den Verbandsorganen gewährt wird, und beauftragten ihren Ausschuss, entsprechende Anträge einzubringen.

Die Leitung der Generalversammlung lehnte jedoch aus formalen Gründen die Behandlung dieser Anträge ab, da sie zu spät eingereicht seien. Im nächsten Jahre soll sich nun der Vorstand mit dieser Frage beschäftigen. Die Versammlung verlangte auch von der Gesetzgebung, daß die ASD. verbessert wird, und daß insbesondere für die Versicherungsvertreter in den Kassenorganen ein erhöhter Entlassungsschutz gesetzlich festgelegt wird. Es wurde vielfach Klage darüber geführt, daß manche Unternehmungen den Vertretern der Versicherer Schwierigkeiten bei der Ausübung ihrer Pflichten bereiten.

Um zum Ziele zu kommen, ist es notwendig, daß die Versicherer in allen Orten, wo es Betriebskrankenkassen gibt, mit Unterstützung der Ortsausschüsse des ADGB. zusammenkommen und in ihren Bezirken die Unterverbände entsprechend umgestalten. Es wird auch gewünscht, daß eine bessere Zusammenarbeit mit den Ortskrankenkassen herbeigeführt wird, was sehr an manchen Orten durchaus nicht der Fall ist.

Die Versicherer dürfen nicht darauf warten, bis ihnen von der Regierung oder anderen Stellen das Bett bereitet wird, sondern sie müssen selbst ihre Ziele durch organisatorische Zusammenfassung mit Hilfe der zustehenden Arbeiterorganisationen erkämpfen. Von den Arbeitervertretern in den Parlamenten wird erwartet, daß sie das ihrige beitragen, um die veralteten gesetzlichen Bestimmungen abzuändern.

Gewerkschaftsbewegung

Dampferfahrten auf den märkischen Wasserstraßen.

Es gehen uns ständig Anfragen zu, ob das Arbeitsverhältnis bei der Teltowkanal A.G. und der „Stern“ Dampfschiffahrt A.G. tariflich geregelt ist. Wir teilen zur allgemeinen Information mit, daß für diese Betriebe kein Tarif von der Organisation abgeschlossen ist. Bei beabsichtigten Vereins- und Einzelfahrten ist dieses also zu berücksichtigen, und Auskunft bei dem unterzeichneten Vorstand einzuziehen.

Deutscher Verkehrsband.

Vertagte Einigungsverhandlungen.

Dortmund, 10. Juni. (TL.) Die am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars stattgefundenen Einigungsverhandlungen im Transport- und Speditionsgewerbe Rheinland und Westfalen wurden im Einverständnis beider Parteien auf den 12. Juni vertagt. Wie aus Arbeitnehmerkreisen mitgeteilt wird, werden die größten Beschlüsse über einen möglichen Streik dadurch nicht berührt.

(Gewerkschaftliches siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

Die echten holländischen

POLAK PUFFINGE

Das Beste an der Tafel fehlt,
Fast Mädelchen du nicht gewähl.

DUNLOP

CORD

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Denker und Politiker.

Von Anatole France.

Die Literatur über Anatole France ist vor kurzem durch ein Werk des bekannten französischen Literaturhistorikers Paul Gsell „Anatole France, Die Vermittlung des Billaud" bereichert worden, das jedoch mit einem Vorwort von Heinrich Mann im Verlag J. W. Gmünder, Berlin, in deutscher Uebersetzung erschienen ist. Was den in diesem Bande gesammelten aristokratischen Geistes des französischen Dichters-Philosophen geben wir mit Erlaubnis des Verlaages nachstehend einen Abchnitt wieder, in dem Anatole France gegenüber einer Abordnung der sozialistischen Partei, die ihn zur Annahme einer Kandidatur für das Parlament bewegen wollte, seinen grundsätzlichen Standpunkt zu der Frage „Denker oder Politiker" darlegt.

Der Politiker ist das Idol der Menge. Er ist ihr Herr und ihr Sklave. Er schleift die ganze lästige Sippschaft der Bettler hinter sich her. Er ist einjuhrreich, berühmt und gefeiert. Das Schicksal des Volkes ruht in seinen Händen. Er führt es dem Glück oder dem Untergange entgegen. Er macht die Befehle. Und das vor allem zeugt für seine Macht. Befehle machen, Regeln aufstellen, die die Herde befolgen muß, und die kein Bürger verletzen darf, ist das nicht eine fast göttliche Machtvollkommenheit?

Es gibt nur einen kleinen Vorbehalt; Befehle regeln nämlich niemals etwas. Ein Befehl ist, wenn die Denker des Staats es formulieren, schon längst in den allgemeinen Gebrauch übergegangen. Es sanktioniert höchstens die Sitten. Sprache ein Befehl sich dagegen aus, so bliebe es unwirksam.

Über dem Befehlender stehen also die herrschenden Sitten. Wer hat sie geschaffen? Alle, aber vor allem die Träumer. Beruht ihre Sendung nicht darin, für die Allgemeinheit nachzudenken?

Um nachzudenken, braucht man dieselbe Übung wie zum Aderbau, zum Handel, zur Schiffahrt oder zum Häuserbau. Und ich weiß nicht, ob die Sterblichen, die Gedanken formen und schleifen, nicht die gleichen Verdienste haben wie die anderen Menschen. Wenn sie ihre Aufgabe ordentlich erfüllen, verdienen sie eine gewisse Dankbarkeit.

Sie verbessern unter aller Leben auf mannigfaltige Art. Im Laboratorium, im Hintergrunde eines schlafenden Hofes knetet der anfällige Gelehrte die Welt um.

Erleben wir nicht selbst vor unseren Augen die durch die modernen Maschinen und vor allem durch die Dampfmaschinen verursachte Revolution? Die Erfindungen haben sich noch nicht ausgemirkt. Die Entfernungen schrumpfen zusammen. Durch die äußerste Schnelligkeit der Verbindungen ist Europa heute nicht größer als Frankreich zur Zeit des Empire. Die ganze Welt ist heute nicht größer als unser kleines Europa vor hundert Jahren.

Was für gewaltige Ummwälzungen läßt diese Wahrheit nicht für die Zukunft ahnen!

Und der wunderbare Aufschwung der Bücher, der Broschüren und Zeitungen, die die kühnsten Gedanken in alle Winde zerstreuen! Beileugnet er nicht auch die künftigen Wandlungen?

Die Träumer ändern das Leben ihrer Mitmenschen nicht nur durch Erfindungen, sondern durch höchst spekulative und dem Anschein nach unnütze Gedanken.

Rapernitus beweist, daß die Erde nicht feststehe. Er stößt sie vom Mittelpunkt fort, in dem sie sich so stolz gebürdet. Sie ist nur ein kümmerlicher Bagabund im unendlichen Weltensraum. Erweisen Sie den langen Widerhall dieser Erschütterung. Da die Menschen nicht mehr das unbewegliche Zentrum der Welt bewohnen, da sie auf einem kleinen Schmutztropfen durch das All iren, sind sie nicht mehr die Beherrscher des Universums. Sie verlieren ihre theologische Zuversicht.

Darwin lehrt das Gesetz der Entwicklung. Bedenken Sie dessen unbegrenzte Wirkung auf alle Intelligenzen. Unaußhörlich werden Sie die ursprüngliche Sympathie, die alles Lebendige und alles Leidende einander näher bringt, fühlen und fördern. Unaußhörlich werden Sie begreifen, daß alles unmerktlich sich wandelt und daß es mühsig ist, den Lauf des unabwendbaren Wechsels aufhalten oder sich ihm entgegenstellen zu wollen.

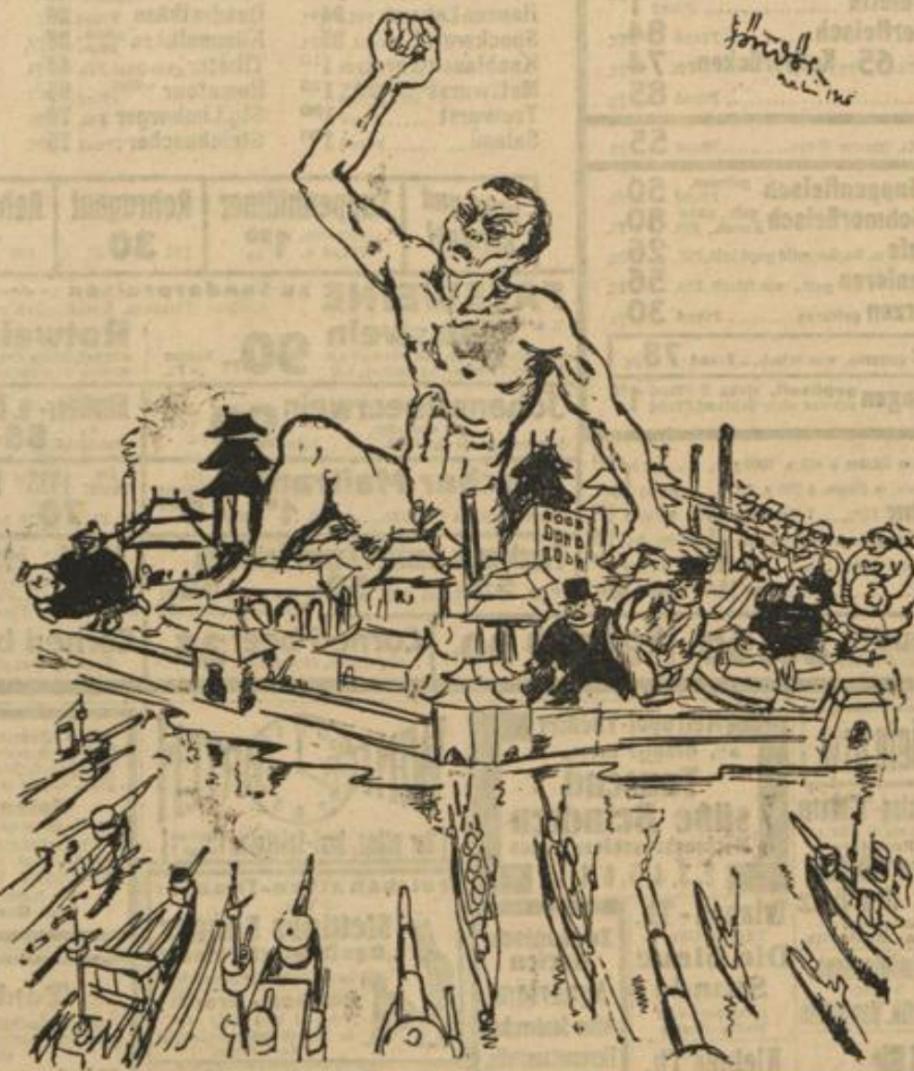
So wirken die meisten großen Erfindungen auf unser tägliches Leben. Und haben die anderen Träumer, die Schriftsteller und Künstler, nicht ebensoviel Macht wie die Gelehrten?

Sie lenken weitwichtig das Volk, denn sie bilden und bestimmen den Geist aller Völker.

Woher könnte ohne das Dazutun der Dichter die sittliche Einheit eines Landes entstehen? Wie sollte aus der Verchiedenheit der Volksstämme, aus der außergewöhnlichen Buntheit der durch Erörterungen und Verträge willkürlich und zufällig zusammengewürfelten Provinzen ein gemeinsamer Gedanke entstehen, wenn die Denker ihn nicht gemeinsam für ihre Volksgenossen vorbereiten und ausarbeiten würden?

Einige Träumer drücken zunächst die Empfindungen der sie umgebenden Menschen aus; sie verleihen den Bestrebungen deren Aus-

Das erwachende China.



druck, die um sie herum arbeiten und sich erholen. Ist ihr Wort klar, kann ihr Heimatgebiet sein Gesetz durch Weisheit oder Gewalt auch den Nachbargebieten aufzwingen, so pflanzen sich diese ersten dichteren Ausdrücke wie ein Echo zu anderen Dichtern fort, die sie aufnehmen und verbreiten.

Nach und nach entsteht über die ganze Ausdehnung eines Landes hinweg ein Akkord, eine Symphonie, und alle Dissonanzen lösen sich in einer einzigen Melodie auf.

Und zweifellos nehmen sehr viel Träumer, sehr viel Dichter, sehr viel Künstler an diesem Konzert teil. Trotzdem sind Dirigenten von Jahrhundert zu Jahrhundert selten.

Um mich eines anderen Bildes zu bedienen: diese großen Männer sind die Vorarbeiter, die eine Volksgemeinschaft aufbauen. Auf den Ruf ihres Genies kommen Hunderte und Tausende von Arbeitern. So vertieft sich der Charakter der Staaten. So ist unser geistiges Frankreich groß geworden, ein Gebäude aus Aufrichtigkeit und Unabhängigkeit, aus ironischem Schwung und rachsüchtigem Spott, ein Gebäude aus Barmherzigkeit, Beträglichkeit und Mitleid, ein Gebäude aus brüderlicher Menschenliebe.

Diesen schönen Bau, liebe Freunde, müssen wir mutig fortführen; wir dürfen nicht mühsig gehen. Wir müssen den Bau erweitern, damit alle Menschen darin wohnen können. Daran müssen alle großen und kleinen Träumer arbeiten.

Damit die Mauern immer höher steigen, stolze Säulen und weite Stiebel entstehen, klettert der bescheidenste Helfer am Werk die Leitern hinauf, um den geschickteren Arbeitern, die auf der Höhe des Gerüstes einen Stein auf den anderen fügen, die mit Mörtel gefüllte Mulde zu bringen.

Liebe Freunde, lassen Sie mich also den Mörtel für die Stadt des Traumes rühren. Das ist mein Schicksal, und es gefällt mir; ich wünsche mir kein anderes.

Wieviel Zoologische Gärten gibt es auf der Erde? Wie Dr. Havestadt, Assistent des Zoologischen Gartens in Halle, in der „Zeitung des Solbades Wittenberg" ausführt, gibt es heute rund 140 Zoologische Gärten auf der Erde. Europa steht in dieser Ausstellung mit etwa 52 an hervorragender Stelle; unter den europäischen Ländern marschiert heute Deutschland mit 14 Tiergärten an der Spitze. Vor dem Kriege gab es 16 Zoologische Gärten in Deutschland, und zwar: Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Dresden, Hamburg, Breslau, Hannover, Karlsruhe, Leipzig, Düsseldorf, Münster, Eberfeld, Königberg, Halle a. d. S., München, Nürnberg. In der Nachkriegszeit sind mehrere davon verschwunden. Alle aber sind inzwischen wieder in Betrieb genommen worden; in der alten Reihe fehlen nur noch Breslau und München. Der Breslauer Zoologische Garten soll aber wieder eröffnet werden.

Die Begegnung.

Von Max Herrmann-Reise.

(Copyright 1925 Elena Gollischell Verlag, Berlin.)

„In welcher Klasse ist er denn jetzt?" „In Sekunda, gottlob, 's geht aufs Ende zu." „Ja, ja, die Kinder wachsen heran. Er lernt wohl gut?" „Immer der Erste!" „Da gratuliere ich."

„Nur nicht zu früh fröhlich! Das Schwierigste kommt erst noch: das Examen. Und dann hängt er erst recht an, Geld zu kosten. Das lange Studium..." „Was soll er denn werden?" „Ich möchte gern, daß er Jura studiert." „Na und warum nicht?" „Ich glaub, meine Frau sah's lieber, wenn er mal Pfarrer würde." „Das hat der Sohn vom Herrn Werbs doch nicht nötig. Das ist was für armer Leute Kinder!" „Die Franziskaner reden ihr's ein; es stecken doch immer welche bei ihr."

„Meister, da nehmen Sie sich nur in acht!..." „Ne, liebe Frau Kaps, so wie Sie meinen, nicht! Dazu ist die doch viel zu stolz!" „Den Kappen, den trau ich alles zu!" „Kappen, Sie lästern ja wie'n Keger!" „Unserer läßt sich nicht dumm machen, dazu steht und hört man zuviel. Wenn ich reden wollte..."

„Reden Sie doch mal!"

„Die mischen sich in lauter Sachen, die sie nicht für'n Sechser angehen. Damals zum Beispiel bei meiner Heirat wollten sie mit partout was am Zeug flicken. Bloß auf das Gerede der Leute hin. Mit allen Klatschbäsen sind sie ja immer gut Freund! Beinah hat' ich keinen Kranz tragen dürfen. Dann stänkerten sie mir ins Gesicht: ich veranlasse zu viele Tanzvergügen, da würden die jungen Leute verleidet. Wo ich mir den Sommer doch wahrnehmen muß, lang ist er wahrhaftig sowieso nicht! Die werden die Steuern für mich nicht bezahlen! Sie sollen beten und sich kasteien und nicht danach schielen, was andere tun. Und haben Sie schon das Neueste gehört? Deht predigen sie gegen den Alkohol, auf einmal soll der an allem schuld sein. Berrückt sind die Kerle, die würden sich wundern, wenn sie alle ernähren sollten, die bisher von Brauereien und Gasthöfen lebten!"

„Worin mühte lächeln, wie sie sich so ertollte. „Wie wär's, wenn wir ihnen einen Schabernack spielten und den Wasserköpfen zum Pöffen einen Watsch zusammen tranken?" sagte er jovial und getraute sich, sie dabei begütigend auf den Rücken zu klopfen.

Gleich wurde sie sachlich: „Als zwei Watsch. Kleine oder große?" „Zweifelhafte natürlich! Wie wir gebaut sind, uns werden die wohl nicht gleich umschmeißen!"

Sie stiegen an. „Auf Ihren Herrn Sohn, daß er mal ein ganz berühmter Jurist wird!" „Machen Sie's halbwegs! Ich wär schon zufrieden, wenn er nur erst mal Jura studierte!"

„Das werden Sie doch wohl durchsehen, Meister! Sie sind doch der Herr im Hause, dacht' ich!" „s mühte eigentlich so sein! Aber in Wahrheit — du lieber Gott...! Für meine Frau und für den Jungen, da bin ich so eine Art Störenfried. Gut dazu, ihnen das Geld zu verdienen, aber im übrigen doch bloß ein simpler Handwerker und den seinen Herrschaften lästig!" „Das kann ich gar nicht glauben. So borniert werden doch Ihre Leute nicht sein. Wie ich bin, ich ziehe mir jeden soliden Geschäftsmann einem Beamten vor."

„Meine Therese kann halt noch heute nicht vergessen, daß ihr Mann keinen Titel besitzt. Sie hätte sich was Besseres erhofft..." „Sie soll doch froh sein, daß sie Sie hat! So eine günstige Position hätte ihr keiner sonst bieten können. Solche Wädel sind immer zu anspruchsvoll. Einen Akademiker oder höheren Beamten hätte sie ihrem Stände nach und ohne Mühsal doch nicht bekommen, und die mittleren oder Militärämter sind doch Hungerleider gegen Sie!"

„Reden Sie ihr das mal ein, Frau Kaps! — Ach was, bringen Sie lieber zwei Watsch!" „Ich dachte, Sie wären der glücklichste Mensch." „Es hat wohl jeder sein Pöckchen zu tragen. Sie sind eben eine vernünftige Frau, eine Geschäftsfrau, die weiß, wie's im Leben zugeht. Man hat sich manches anders gedacht..."

Er trank den zweiten Schnaps hastig herunter und seufzte. Die Sorge wegen des Sohnes, die ihn schon unterwegs gequält hatte und die er doch nach dem Gebet in der Klosterkirche abgetan wissen wollte, umdunkelte ihn wieder riesengroß. Er trank nun hastig immer einen Watsch nach dem anderen weiter, ohne daß die Gastwirtin noch mit ihm Schritt hielt.

„Und nicht einmal mit dem Sohn stehen Sie gut?" fragte sie. „Gar nicht stehe ich mit ihm! Weil ich immer in der Werkstatt und im Laden war, blieb er seine ganze Kindheit über hauptsächlich auf die Mutter angewiesen. Die hatte es auch leicht, freis freundlich zu sein. Ich, wenn ich abends nach Geschäftsschluss endlich mich den Meinen widmen konnte, war abgepannt, der Berger des ganzen Tages wirkte in mir nach, und so gab ich natürlich einen schlechten Gesellschafter her. Ich glaube, der Knabe hatte schon immer Angst, wenn ich nach Hause kam, daß ich ihnen die gute Stimmung ver-

derben würde. Ich erinnere mich noch ganz genau einer Enttäuschung, die mir unvergänglich sein wird. Ich hatte an jenem Tage ein besonders gutes Geschäft gemacht und daher den Laden eher als sonst verlassen. Stillvergnügt dachte ich: wird den beiden eine freudige Überraschung machen; und kaufte unterwegs für Therese Pralinees und für den Jungen eine Schachtel Bleisoldaten. Leise schlich ich das Entree auf, häng den Mantel ab und drückte vorsichtig die Tür zur Wohnstube auf. Da steht mein Artur mitten im Zimmer und deklamiert was, hat sich mit einem Federhute meiner Frau und einer Tischdecke kostümiert und spielt Theater, seine Mutter sitzt als Publikum auf dem Sofa und hört ergriffen zu. Ich bleibe mäuschenstill an der Tür stehen, um ihn zu Ende kommen zu lassen, aber wie er mich erblickt, kriegt er einen Wutanfall, reißt sich Hut und Decke herunter und freischt: „Gerade war ich im besten Zuge!" Mir wurde eiskalt, wie er gar zu weinen anfang, ich versuchte ihn zu begütigen, er konnte ja noch einmal von vorn beginnen, nun hätte er doch einen Zuhörer mehr, und ich würde ganz andächtig aufpassen, aber er kauerete sich verstockt in einen Winkel, und meine Frau machte mir auch noch Vorwürfe: jedes harmlose Vergnügen müßte ich verderben, und was ich denn schon wollte, ob was passiert sei, ich lege es ordentlich darauf an, sie immer zu erschrecken! Da habe ich erst gar nicht das Abendessen abgewartet, bin ins „Sängerheim" hinübergegangen, hab' der Kellnerin die Pralinees gegeben und einem barsüßigen Jungen, der mit Streichhölzern haufieren kam, die Bleisoldaten und mich sternhagelmäßig betrunken."

„Sie haben eben beide von vornherein zu sehr vermöhnt, Sie sind eben 'n viel zu gutmütiger Charakter, Herr Werbs!"

„Ach Gott, Artur ist ja sonst ein Sohn, an dem man Freude haben könnte. Immer bringt er die besten Zensuren mit. Unter uns gesagt, er ist mir ein wenig zu solide! Als ich in den Flegeljahren war... Jungens müssen eigentlich austoben. Ich wünschte, er verübe mal 'nen richtigen Streich, das Leder vollhauen wöll' ich ihm schon dafür, aber innerlich freuen würde ich mich doch darüber. So sitzt er nur immer und liest und liest. Da kriegt man ja ganz verschrobene Ansichten vom Leben!"

„Da ist mein Oskar ein anderer Kerl! Der ist wieder ganz nach dem Vater geschlagen und treibt sich bis abends spät draußen herum. Jeden Tag stiftet er was Neues. Eh' ich den Himmel dazu bringe, die notwendigen Schulaufgaben zu machen, muß ich wirklich erst jedesmal handgreiflich werden. Ich bin froh, daß er zu Ostern freikommt!"

(Fortsetzung folgt.)

